

Nr. 2

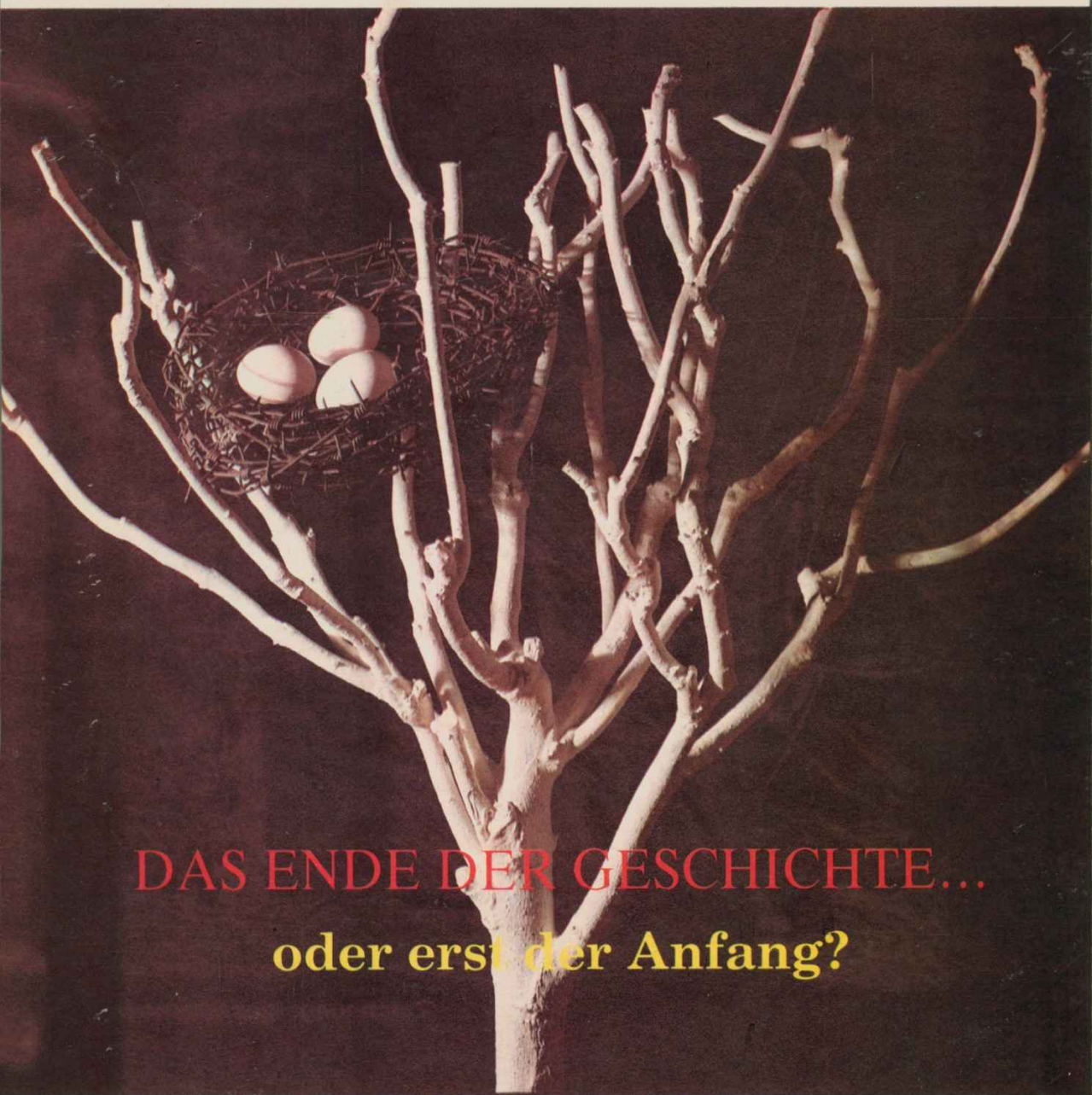
8. - 14. Januar 1990

BRD	2,-	DM
Österreich	10,-	ÖS
Schweiz	1.80	sfr
Berlin (West)	2,-	DM

**MOSKAUER HEFTE
FÜR POLITIK**

NEUE ZEIT

**Der Beichtvater
des spanischen Königs**

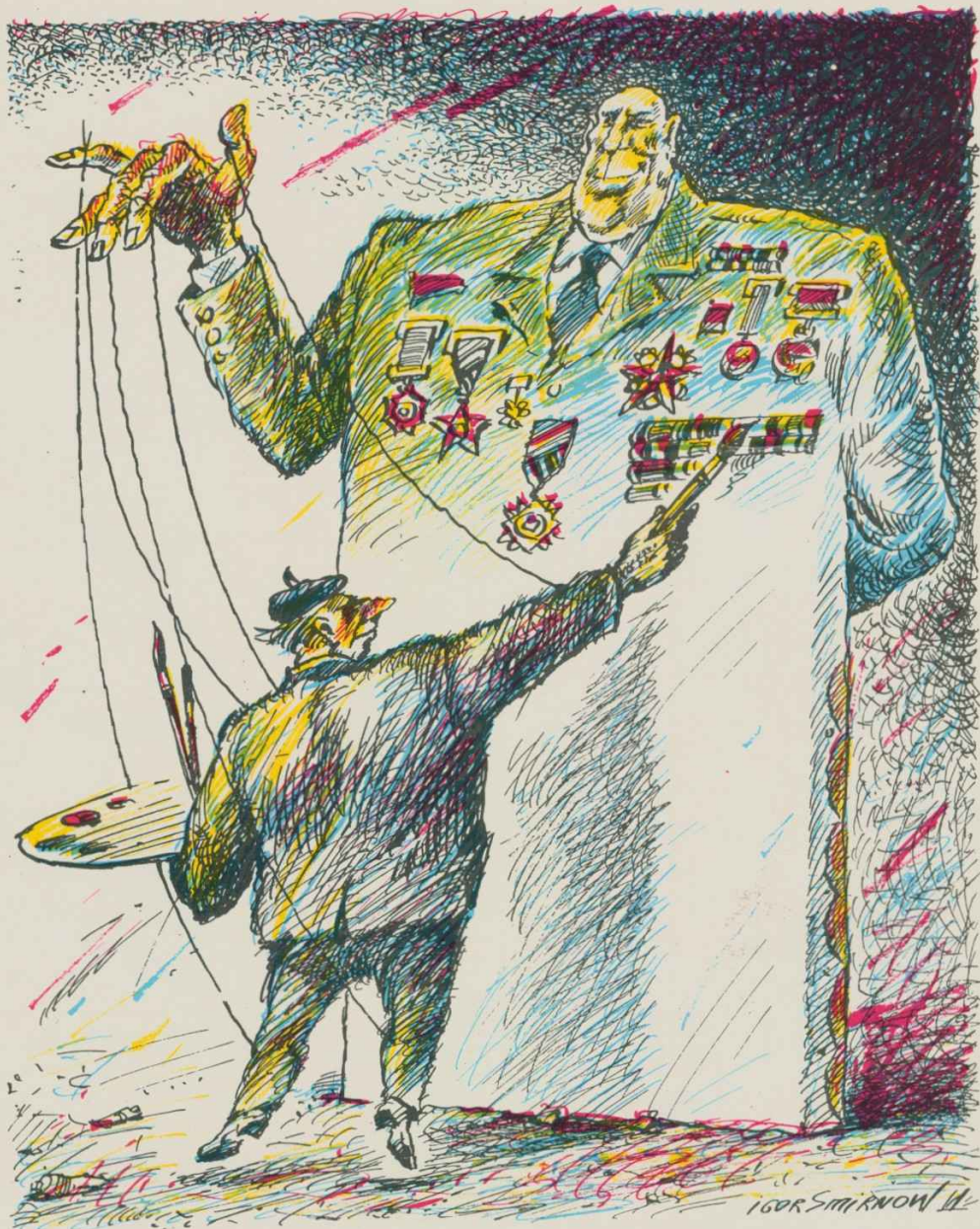


DAS ENDE DER GESCHICHTE...
oder erst der Anfang?

RUMÄNIEN: AUF DEN RUINEN DER DIKTATUR



PERSPEKTIVEN



Zeichnung: Igor Smirnow

LESERBRIEFE (2), EREIGNISSE DER WOCHE (4), PERSONALIEN (44)

RUMÄNIEN

S. Swirin **AM WENDEPUNKT**; G. Syssojew **DIE NEUEN MENSCHEN**

VON TIMISOARA;

W. Pestscherski **RUHMLOSES ENDE** 5

UdSSR L. Mletschin „**ES GEHT NICHT UM EMOTIONEN**“ 10

TSCHECHOSLOWAKEI A. Didussenko **LETZTER AKT, ERSTER AKT** 12

USA-PANAMA J. Kudimow **GRENADA-VARIANTE** 15

SÜDAFRIKA N. Reschetnjak **DIE MACHT DER MEHRHEIT** 16

VON UNSEREM SONDERKORRESPONDENTEN

S. Goljakow „**MEINE RELIGION IST DIE MENSCHLICHKEIT**“ 18

VEREINIGTE ARABISCHE EMIRATE

V. Ganjuschkin, V. Lebedew **FATA MORGANA ZUM ANFASSEN** 21

VON UNSEREM SONDERKORRESPONDENTEN

W. Shitomirski **QUEBEC: STIEFKIND ODER FAVORIT?** 24

NZ-STANDPUNKT L. Besymenski **DER PREIS DER ERKENNTNIS** 27

KONVERSION S. Babussenko **SCHWERTER ZU PFLUGSCHAREN -**

EINE LEICHTE AUFGABE? 28

STANDPUNKT DES JURISTEN J. Feofanow **DER BLICK UNTER**

DIE BETTDECKE 31

NZ-DISKUSSIONSCLUB E. Posdnjakow **ERINNERUNGEN**

AN DAS ENDE DER GESCHICHTE 32

TAGEBUCH DES SOZIOLOGEN L. Ionin **EINE GESELLSCHAFT**

VON BÜRGERN 35

JUNGE WELT S. Soloweitschik **ICH LERNE AN EINER AMERIKANISCHEN**

UNIVERSITÄT 36

HANDSCHRIFTEN BRENNEN NICHT (POLITISCHE GEDANKEN

DES 20. JAHRHUNDERTS)

A. Sacharow **DIE WELT IN EINEM HALBEN JAHRHUNDERT** 39

A. Pumpjanski **EIN MANN, AUF DEN MAN ENDLICH HÖREN MUSS** 43

THEATER V. Fokin **UMSTEIGEN** 46



Vaclav Havel, der
neue Präsident der
Tschechoslowakei
S. 12



In unserem
nächsten Heft:
Soziologische
Umfrage der NZ

POLITISCHE
GEDANKEN
DES

20.

JAHRHUNDERTS

Unter dem Motto
„Handschriften
brennen nicht“
eröffnet die NZ
ihre Bibliothek
ausgewählter
Werke von
politischen
Denkern des 20.
Jh. Unser erster
Autor ist Andrej
Sacharow
S. 39

Titelbild: Viktor Brel

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

☎: 229-88-72, 209-07-67

Telex 411164a NEWTSU, 411164b NEWTSU, 411164c NEWTSU Telefax: 200-41-92, 200-42-23

Erscheint in Russisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Portugiesisch,
Italienisch, Polnisch, Tschechisch und Griechisch ● Druck: „Moskowskaja Prawda“

„Aeroflot“ bringt die „Neue Zeit“ prompt in jedes Land

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet

Chefredakteur

Vitali IGNATENKO

Redaktionskollegium:

Leonid ABRAMOW,

Lew BESYMENSKI,

Alexej BUKALOW

(verantwortl. Sekretär)

Vitali GANJUSCHKIN

(stellv.

Chefredakteur),

Alexander DIDUSSENKO,

Sergej GOLJAKOW,

Wladimir

KULISTIKOW

(stellv. Chefredakteur),

Leonid MLETSCHIN,

Dmitri POGORSHELSKI,

Alexander PUMPJANSKI

(1. stellv.

Chefredakteur),

Galina SIDOROWA,

Viktor STARCHINOW

Gestaltung:

Igor SCHEJIN

Verantw. Redakteur
der deutschen Ausgabe:

Gennadi M.JASNIKOW

NZ-Korrespondenten:

Algier

Jewgeni BOBROW;

Belgrad

Gennadi SYSSOJEV;

Berlin

Anatoli KOWRIGIN;

Bonn

Nikita SHOLKWER;

Bukarest

Sergej SWIRIN;

Delhi

Sergej IRODOW;

Havanna

Vitali SOBOLEW;

Lusaka

Nikolai RESCHETNJAK;

Managua

Juri KUDIMOW;

New York

Jewgeni ANDRIANOW;

Rom

Pawel NEGOIZA;

Stockholm

Alexander POLJUCHOW;

Tokio

Wladimir

OWSJANNIKOW.

Auslandsredaktionen:

Warschau, „Nowe Czasy“

Jan LYSEK;

Prag, „Nova doba“

Vladimir TRAVNICEK;

Athen, „Nei Keri“

Kostas MICHAELIDES

LESERBRIEFE

■ Ich wende mich an alle, die den Tod von Andrej Sacharow als persönlichen Schmerz, als Tragödie des ganzen Landes, als allgemeinhin menschliches Unglück empfunden haben. Ich denke, man sollte ein Denkmal für den Staatsbürger errichten, denn Andrej Sacharow war die Inkarnation dieses Begriffes.

Er, der nicht nur ein großer Wissenschaftler, sondern auch eine hervorragende Persönlichkeit des öffentlichen Lebens war, ist die Inkarnation der Begriffe Staatsbürger und Gewissen.

Ich schlage vor, einen Fonds für freiwillige Spenden für die Projektierung und den Bau eines Denkmals für Andrej Sacharow zu bilden. Als erste Einzahlung biete ich das Honorar an, das mir für die Übersetzung des Buches „Orchestration“ des amerikanischen Komponisten Walter Piston zusteht, das vom Verlag „Sowjetskij Kompositor“ herausgegeben wird. Außerdem ist unser Zentrum für Musikkultur „Polifonija“ beim Sowjetischen Kulturfonds bereit, ein Sonderkonto zu eröffnen und alle Einnahmen des ersten Konzertes geistlicher Musik aus der von uns inspirierten Reihe „Wosroschdajemaja kultura“ („Wiedergeborene Kultur“) darauf zu überweisen.

Konstantin Iwanow
Generaldirektor des Zentrums für
Musikkultur „Polifonija“
Moskau

■ Ich schäme mich für den Beschluß meiner Regierung, die vietnamesischen Flüchtlinge gewaltsam aus Hongkong zu deportieren. Um die Verantwortung für ihr Schicksal nicht zu übernehmen, bezeichnet die britische Regierung diese Leute nicht mehr als „Opfer der kommunistischen Tyrannei“, sondern als „illegale Immigranten“. Hanoi versichert, daß diejenigen, die zurückkehren, keine Bestrafung erwartet. Ich verstehe zwar, daß es sich hierbei um eine delikate Frage handelt. Sie wollen vielleicht auch nicht Ihre Beziehungen zu einem Bündnispartner komplizieren. Tatsachen lassen sich aber nun einmal nicht aus der Welt schaffen: Seit 1975 sind 167 000 Menschen aus Vietnam auf Booten nach Hongkong geflüchtet. Es muß schwerwiegende Gründe geben, die Menschen zum Verlassen ihrer Heimat bewegen. Sie nahmen immerhin eine gefährvolle Reise in Kauf, die vielen schon das Leben (die Boote gingen oft unter) und die

Freiheit (durch Piraten) gekostet hat. Dennoch reißt der Flüchtlingsstrom nicht ab: Seit Juni 1988 haben 46 000 Menschen Vietnam verlassen, und jeden Monat wächst die Zahl der Flüchtlinge um weitere Hunderte. Die Menschenrechtskommission der UNO besteht darauf, daß den vietnamesischen Flüchtlingen in Hongkong Asyl gewährt wird, zumal dort Arbeitskräftemangel herrscht. Es gibt auch den Vorschlag, dieses Asyl auf ein Jahr zu beschränken, damit die Weltgemeinschaft in der Zwischenzeit eine annehmbare Lösung für dieses Problem finden kann. Wie dem auch sei, die Entscheidung Londons widerspricht der von der britischen Regierung unterzeichneten UNO-Flüchtlingskonvention, in der geschrieben steht, daß Flüchtlinge nicht deportiert werden dürfen, wenn sie in ihrer Heimat aus nationalen, religiösen oder politischen Motiven heraus verfolgt werden...

Steven Craig
Plymouth, Großbritannien

■ Im Frühjahr 1988 fand die Gründungskonferenz von „Leningrad“ statt, die dieser Wohltätigkeitsgesellschaft einen offiziellen Status verlieh. Diese

Hoffnung auf eine bessere Zukunft

■ Als Schriftsteller könnte ich hochtrabende Worte finden, um den ersten Kongreß der jüdischen Organisationen und Gemeinden in der UdSSR zu beschreiben. Aber das Andenken an die hohen Verluste und vielen Opfer, die das jüdische Volk im Namen seines nationalen Überlebens hinnehmen mußte, mahnt uns zur Zurückhaltung.

In dem kleinen litauischen Ort, wo ich geboren wurde, sagte einmal ein alter weiser Jude: „Einen Feiertag kann man überall begehen, nur nicht auf dem Friedhof.“ Vielleicht meint jemand, Kanowitsch würde übertreiben. Dennoch betrachte ich es als meine Pflicht, daran zu erinnern: Der Friedhof liegt ganz in der Nähe. Dort liegt Michaels und sein legendäres Theater, dort liegen die besten Vertreter der jüdischen Sowjetliteratur, von Untersuchungsrichtern gepeinigt, zum Wahnsinn getrieben und dann erschossen: Bergelson und Markisch, Gofstejn und Kwitko. Dort liegt die völlig unschuldige Redaktion der jüdischen Zeitung „Einikajt“. Dort liegen Hunderte und Tausende von namenlosen Rittern des Geistes, die nicht auf bessere Zeiten warten konnten und in einer Minute der

Verzweiflung nicht nur ihre Henker, sondern auch ihren eigenen Edelmut verfluchten.

Es ist erfreulich, daß diese Ritter des Geistes bis und da wieder auftauchen, es ist erfreulich, daß wir keine Waisen sind, denn unser Volk ist mit uns, dessen Geschichte lehrt: „Es reicht nicht, auf den Messias zu warten, jeder muß an seinem Erscheinen mitwirken.“

Es ist bedauerlich, daß der erste Kongreß der jüdischen Organisationen und Gemeinden bestenfalls eine Versammlung von Solisten war. Der Chor stand nicht vor den Toren des Filmzentrums im Moskauer Stadtbezirk Krasnaja Presnja, sondern vor den Booten der USA und der Niederlande. Es ist bedauerlich, daß nach wie vor Emigration und Assimilation die wichtigsten Hindernisse auf dem Weg der Wiedergeburt eines vollwertigen jüdischen kulturellen Lebens darstellen. Das ist allerdings im Zuge der immer deutlicher werdenden antisemitischen Tendenzen unvermeidbar. Das einzige, was bleibt, ist die Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Die Hoffnung war schon immer die wichtigste Nahrung jedes Volkes.

Grigori Kanowitsch
Schriftsteller und Volksdeputierter der UdSSR
Vilnius, Litauische SSR

**Ich schäme mich für
meine Regierung...**

**Alle anderen mit
beratender
Stimme...**

**Wenn man sagt, die
Truppen des Innen-
ministeriums seien
etwas Böses, bin ich
beleidigt**

erste Wohltätigkeitsorganisation innerhalb der UdSSR wird vom Schriftsteller und Volksdeputierten Daniil Granin geleitet. In der Gesellschaft wirken Freiwillige, die alleinstehenden älteren Leuten und Behinderten helfen, sich unentgeltlich behinderter Kinder annehmen und an der Resozialisierung ehemaliger Häftlinge mitwirken. Unsere Organisation hat die erste kostenlose Suppenküche eröffnet. Inzwischen gibt es davon allein in Leningrad Dutzende von verschiedenen Organisationen! Wohltätigkeit und Friedensschöpfung sind verwandte Begriffe. Unsere Freiwilligen suchen in ihrer Tätigkeit nach Wegen zur gegenseitigen Verständigung, zur Einigung der Menschen, zur Lösung von Konflikten. Von einem Freiwilligen der Gesellschaft werden psychologische Kenntnisse, Lebensweisheit, Taktgefühl und Geduld verlangt.

Die Wohltätigkeit erlebt in unserem Land eine Wiedergeburt. Wir unternehmen die ersten Schritte und brauchen dringend die Erfahrungen ausländischer Wohltätigkeitsorganisationen. Die ersten Kontakte zu Gleichgesinnten aus Italien, den USA, Kanada, Großbritannien und Japan haben gezeigt, wie fruchtbringend diese Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wohltätigkeit sein kann. Unsere Gesellschaft hat eine Schule der Wohltätigkeit eröffnet, die Organisatoren der Wohltätigkeitsbewegung ausbildet. Wir hoffen, daß der Kurs „Erfahrungen ausländischer Wohltätigkeitsorganisationen“ von Gästen unseres Landes gelesen wird.

Allen, die an einer Zusammenarbeit mit uns interessiert sind, teilen wir unsere Anschrift mit: Wohltätigkeitsorganisation

„Leningrad“
UdSSR-190000-Leningrad, ul.
Dzierzynskiego 5

N. Djatschenko

Stellv. Vorstandsvorsitzender der
Wohltätigkeitsgesellschaft „Leningrad“

■ Wenn man sagt, die Truppen des Innenministeriums sind etwas Böses, bin nicht nur ich, sondern auch meine Kameraden beleidigt. Am liebsten würde ich sie fragen, was sie denn anstelle von uns vorzuschlagen hätten. Losungen? Hohles Geschwätz über die friedliche Beilegung von Konflikten? Über politische Regelungen? Über demokratische Prinzipien? Und was ist, wenn in diesem Moment vor unseren Augen eine gewalttätige und entmenschte Menge lawinenartig über ein paar zusammengedrückte hilflose Alte, Frauen und Kinder herfällt, um sie fertigzumachen, nur weil sie anderer Nationalität sind?

Bevor meine Einheit nach Nagorny Karabach verlegt wurde, habe ich noch nie so viel Blut fließen sehen. Am schwersten fiel es mir, meine Hand gegen einen Menschen zu erheben. Wieviel Blut würde aber fließen, würden meine Kameraden und ich abseits stehen? Allein die Vorstellung läßt mich erschrecken.

Ich behaupte keineswegs, daß sich alle Konflikte mit Hilfe von Truppen des Innenministeriums lösen lassen. Wo aber die

Gefahr besteht, daß Menschenblut vergossen wird, dort ist meiner Meinung nach der Einsatz unserer Einheiten als humane und barmherzige Aktion anzusehen, denn wir sind die einzige Kraft, die Blutvergießen verhindern kann.

Alexej Romanow
Woronesh, RSFSR

■ Ich habe aufmerksam den Meinungsstreit im Obersten Sowjet bezüglich der jungen Leute verfolgt, die in Pakistan in Gefangenschaft sind. Der Staat hat die an Körper und Geist noch ungefestigten jungen Männer in eine schwere und ungesetzliche Lage gebracht, als er sie zum Kriegführen ins Ausland schickte. Was soll man nun tun, wenn sie aufgrund bestimmter Umstände oder einfach deshalb, weil sie der psychischen Spannung nicht gewachsen waren, in Gefangenschaft gerieten und fanatische ideologische Forderungen nicht erfüllten? Nun, meinen viele, müsse man sie als Verräter betrachten. Meiner Ansicht nach sollte man aber Patriotismus nicht mit unbedingtem Gehorsam gegenüber dem herrschenden Regime gleichsetzen.

Man muß diesen Jungen helfen, zu Hause ein normales Leben führen zu können. Sie haben es verdient.

Michail Nasarow
Ilanskij, Region Krasnojarsk,
RSFSR

■ Bei meiner Tätigkeit als

Jurist in einer Frauenberatungsstelle, wo ich werdende Mütter über die Gesetze zum Schutz der Mutterschaft und der Kindheit aufkläre, ist mir der Gedanke in den Sinn gekommen, daß in unseren Gesetzen eine wichtige Frage völlig ungenügend behandelt ist, nämlich die Verantwortung der Mutter für die Gesundheit ihres Kindes. Eine verantwortungsbewußte Haltung der Frau gegenüber ihrer Gesundheit während der Schwangerschaft und die präzise Befolgung aller ärztlichen Empfehlungen stellen wichtige Bedingungen für eine erfolgreiche Entbindung und die Geburt eines gesunden Kindes dar. Leider begreifen längst nicht alle Frauen die Tragweite ihrer Verantwortung. Sie gehen nicht zur Untersuchung und weigern sich selbst in dringenden Fällen, sich stationär behandeln zu lassen. Manchmal lassen sich werdende Mütter, nachdem sie ihren Schwangerschaftsurlaub angetreten haben, gar nicht mehr beim Arzt sehen. Als Folge davon sterben viel zu viele Neugeborene. In vielen zivilisierten Ländern ist die Verantwortung der werdenden Mütter für die Gesundheit ihrer Kinder gesetzlich geregelt, wobei die Höhe der Beihilfezahlungen vom Verhalten während der Schwangerschaft abhängig gemacht wird. Sollten wir das nicht auch tun?

J. Bordinowa
Moskau
Zusammengestellt von
T. Tschernowa

SO GESEHEN



Zeichnung: Wladimir Nenaschew



**PJOTR
LUTSCHINSKI**
Erster
Sekretär
des ZK der KP
Moldawiens

Rumänien ist für uns nicht bloß ein Nachbarland. Wir haben viele Berührungspunkte in der Geschichte und geistigen Kultur, viel Gemeinsames in der Sprache, Folklore und Literatur. Deshalb löste der Sturz des autoritären Ceausescu-Regimes Freude und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft des rumänischen Volks aus, verursachte jedoch zugleich einen tiefen Schmerz um die zahlreichen Menschenopfer.

Gleich vom Beginn der Ereignisse in Rumänien unterstützten das ZK der KP Moldawiens und die Regierung unserer Republik die gerechte Sache des rumänischen Volks. Um der in Mitleidenschaft gezogenen Bevölkerung Rumäniens zu helfen, wurde eine Regierungskommission eingesetzt. Ihr gehören auch Vertreter der Volksfront Moldawiens an. Die Kommission koordiniert die ganze Arbeit. Beim ZK der Gesellschaft vom Roten Kreuz der Moldauischen SSR wurde ein Hilfskomitee für das rumänische Volk geschaffen, es wirken zahlreiche Bürgerinitiativen.

Ich möchte besonders hervorheben, daß die Hilfe von Vertretern verschiedener in Moldawien lebender Nationalitäten kommt. Wir haben schon 120 Waggons mit Nahrungsmitteln und Industriewaren von einem Gesamtgewicht von ca. 2400 t sowie Medikamente für 300 000 Rubel geschickt. Auf das Hilfskonto für das rumänische Volk wurden 2 257 000 Rubel überwiesen, 10 477 Menschen spendeten Blut für das Nachbarland.

Die Demokratisierung und Offenheit, das neue politische Denken fördern auch offenere Beziehungen zwischen Moldawien und Rumänien. Ich bin sicher, daß unsere Wirtschafts- und Kulturbeziehungen einen neuen Impuls bekommen werden und sich das Verfahren der gegenseitigen Besuchsreisen unserer Bürger vereinfachen wird.

Die demokratischen Umgestaltungen in Rumänien sind nur zu begrüßen. Wir werden ihm auch weiter helfen, damit die Ideale der Demokratie und des Humanismus triumphieren.

Ich freue mich, dem ausgezeichneten Dramatiker und Prosaisten Vaclav Havel als dem neuen Präsidenten der Tschechoslowakei gratulieren zu können. Ich möchte ihm und seinem Volk im neuen Jahr Glück wünschen, vor allem aber Erfolg beim demonstrierten bemerkenswerten Beispiel eines friedlichen Übergangs vom stalinistischen dogmatischen Sozialismus zu einer demokratischen Gesellschaft. Ein wirklich nachahmenswertes und lehrreiches Beispiel.

Ich denke, daß Vaclavs Havels humanitäres Talent ihm auch in seiner neuen Tätigkeit helfen wird. Die Prüfungen, die in den vergangenen Jahren sein Los waren, und die Standhaftigkeit, mit der er sie überstanden hat, machen Vaclav Havel zu einem Menschen, der beim eigenen Volk und bei vielen von uns Vertrauen genießt. Seine Vergangenheit bildet die Hoffnung und Garantie, daß die Menschenrechte, für die er sich so furchtlos einsetzte, in der Tschechoslowakei wahrgenommen werden.



**DANIIL
GRANIN**
Schriftsteller,
Volks-
deputierter
der UdSSR

Die „Prawda“ erscheint ab diesem Jahr mit einem anderen Kopf: Anstatt der traditionellen Orden sieht man eine Abbildung Lenins. Meiner Meinung nach ist das sehr richtig. Die Zeitung erhielt die Orden seinerzeit keineswegs dafür, daß sie in der Vorhut der Glasnost gewesen wäre. Während der Stagnation war es überhaupt eine traurige Gesetzmäßigkeit: Je schlechter es uns ging, desto mehr Orden wurden verteilt.

Übrigens war ich schon immer der Meinung, daß es absurd und eine bürokratische Erfindung ist, Zeitungen, Wasserkraftwerken, Stadien, Fabriken, U-Bahnen, Ämtern, Kolchosen und Republiken Orden zu verleihen (merkwürdig, daß man seinerzeit nicht darauf verfiel, die UdSSR mit dem Orden der Völkerfreundschaft auszuzeichnen). Die „Prawda“ hat diesen Schritt getan, und folglich haben wir eine kleine Absurdität weniger.



**ALEXANDER
WASSINSKI**
Publizist

Das Land erwacht aus der politischen Lethargie

Am Wendepunkt



**Allmählich
normalisiert sich
die Situation in
Bukarest und im
Land**

In der Stadt hat sich die Lebensmittelversorgung verbessert. Erstmals probieren die Bukarester Kinder Orangen. Erstmals seit vielen Jahren erhalten die Einwohner Energielieferungen in ausreichendem Umfang. Erstmals seit vielen Jahren kann ich mich mit meinen rumänischen Kollegen unterhalten, ohne die obligatorische Anwesenheit eines Mitarbeiters der berüchtigten „Protokollabteilung“ der Nachrichtenagentur Agerpres, der jedes Wort mitschrieb, erdulden zu müssen. Gerade darüber sprach ich mit Radu Pascale, Chefredakteur der Zeitschrift „Lumea“.

Er erzählt: „Unsere Redaktion unterstützt ohne Vorbehalt den Rat der Front der Nationalen Rettung. In der Redaktion besteht ein örtliches Komitee dieser Front. Der Inhalt unseres fälligen Hefts weist große Veränderungen auf. Die russischsprachige Ausgabe von „Lumea“ wird erhalten, wohl aber aus technischen Gründen mit einiger Verspätung erscheinen.“

Unserer Meinung nach sind die Ereignisse, die am 21. Dezember begannen, für Rumänien von wirklich historischer Bedeutung. Die Zeit ist

gekommen, die rumänische Gesellschaft umzubauen. Bei uns ist es zu einer Teilung zwischen der Staatsmacht und der politischen Macht gekommen, was sehr wichtig ist. Das Gebot der Zeit lautet, einen gesamtationalen Konsens für gemeinsame Ziele zu erreichen: Vertiefung der Demokratisierung, Abschaffung aller Mittel der Willkür und Diktatur, Rekonstruktion (wohlgemerkt: nicht Umgestaltung, sondern eben Rekonstruktion) des ganzen Landes in jeder Hinsicht, vor allem des materiellen und geistigen Lebens des Volkes.

Es gilt, das tradierte nationale geistige Erbe unseres Volkes wiederherzustellen, Rumänien wieder dem modernen Europa einzugliedern und zu einem festen Bestandteil der weltweiten Zivilisation zu machen.“

Ich bitte Pascale, mir zu sagen, ob sich aus der Einberufung des außerordentlichen Militärtribunals viele Fragen ergeben.

„Für dieses Phänomen gibt es nur eine einzige Erklärung. Rumänien durchlebt eine Zeit maximaler Spannungen. Davon zeugen die 70 000

Menschenopfer allein in der ersten Woche der Revolution. In Bukarest sind noch immer Terroristengruppen am Werk, es gibt sie auch in anderen Teilen des Landes.“

„Eine weitere Frage. Was wird Ihrer Meinung nach aus der KP Rumäniens? Aus den rumänisch-sowjetischen Beziehungen?“

„Man muß ehrlich sagen, daß das gegenwärtig von vielen im In- und Ausland gefragt wird. Jahrzehntlang assoziierte sich die KP Rumäniens mit einem einzigen Menschen, der in Wahrheit kein Recht hatte, sich Kommunist zu nennen. Wie kam das, was waren die Gründe? Die rumänischen Kommunisten und die gesamte rumänische Gesellschaft müssen auf diese Frage antworten. Wie sich das Schicksal unserer Partei gestaltet, wird die Zeit zeigen.“

Ich wiederhole, heute besteht die wichtigste Aufgabe in der Rekonstruktion und Erneuerung des Landes. Wir müssen alles tun, damit die Demokratisierung erfolgreich verläuft. In dieser schwierigen historischen Periode hat das rumänische Volk die guten Wünsche Michail Gorbatschows und Nikolai Ryschkows an die Adresse des Rats der Front der Nationalen Rettung sehr dankbar aufgenommen. Wir sind überzeugt, daß sich die zwischen Rumänien und der Sowjetunion traditionellen Beziehungen im Interesse der erfolgreichen Verwirklichung der Erneuerungsprozesse in unseren beiden Ländern, im Interesse eines besseren Weltklimas weiterentwickeln werden. Ich hoffe, daß sich auch unsere zwischenstaatlichen Beziehungen jetzt durch Offenheit auszeichnen werden.

Wie ich glaube, wird die rumänische Außenpolitik eine neue Entwicklung erfahren. Wie die neue Führung des Landes schon erklärt hat, waren und bleiben wir Mitglied der Warschauer Vertragsorganisation und werden unsere Politik unter Berücksichtigung dieses Vertrages gestalten. Zugleich sind wir fest entschlossen, uns in die Schaffung eines einheitlichen Europas, eines gesamteuropäischen Hauses für alle Völker unseres Kontinents einzuschalten und unseren internationalen Verpflichtungen nachzukommen, darunter solchen, die die Menschenrechte schützen.“

Inzwischen hat die Entwicklung eine beispiellose Rasanzenz angenommen. Die letzten Widerstandsherde der Ceausescu-Anhänger werden unterdrückt. Der Bukarester Flughafen hat seinen norma-



Ion Iliescu

Der Vorsitzende des Rates der Front der Nationalen Rettung Rumäniens wurde 1931 in der Familie eines illegal tätigen Kommunisten geboren. Nach Absolvierung der Moskauer Hochschule für Energetik war er im Jugendverband, später im Apparat des ZK der Rumänischen KP tätig.

1967 wurde Iliescu zum 1. ZK-Sekretär des kommunistischen Jugendverbands Rumäniens gewählt. Zwischen Februar und Juli 1971 war er Sekretär des ZK der RKP für ideologische Fragen. Aber Iliescu internationalistische Überzeugungen und seine Prinzipienfestigkeit paßten der damaligen engen RKP-Führung nicht, man entsandte ihn zur subalternen Parteiarbeit nach Timisoara, dann nach Iasi, dann in den Nationalrat für Wasserressourcen der Republik, bis er schließlich als Direktor in einem obskuren technischen Verlag landete.

Ion Iliescu gehört zu jenen rumänischen Kommunisten, die nie mit dem vom Ceausescu-Clan durchgesetzten Kurs des Personenkults und des Aufbaus eines feudalen „Sozialismus“ einverstanden waren. Nach dem Sturz der Ceausescu-Diktatur wurde er zu der heute wichtigsten Funktion im rumänischen Staat gewählt.

len Betrieb wiederaufgenommen. Das Staatswappen des Landes ist geändert, aus dem Namen des Landes das Wort „sozialistisch“ entfernt worden. Alle Begrenzungen für Strom wurden abgeschafft, die Werktätigen haben ein reales Recht auf einen 8-Stunden-Tag und eine 5-Tage-Woche erhalten, vor allem aber können die Menschen ruhig, ohne sich umblicken zu müssen und ohne die eigene Zukunft und die ihrer Familien aufs Spiel zu setzen, von ihren schreienden Problemen sprechen.

Die bekannte rumänische Schriftstellerin Doina Cornea, Mitglied des Rats der Front der Nationalen Rettung, sagte in einer Sendung des Freien Rumänischen Fernsehens: „Wir haben die scheußliche Angst und Feigheit von früher abgelegt. Wir erleben jedoch recht schwierige Zeiten, uns droht ein Chaos, denn nach jeder Umwälzung ist die Lage immer schwer und ungewiß.“

Hinzu kommt die außerordentlich schwere Lage in Rumäniens Wirtschaft. Die prahlerischen Erklärungen der früheren Führung über grandiose Wirtschaftserfolge haben sich als Betrug erwiesen. Wie Agerpres meldet, wurden der Bevölkerung und der ganzen Welt nicht die wirklichen Produktionskennziffern mitgeteilt, sondern andere, von den Behörden stark überhöhte.

So bezeichnete Ceausescu die Ernte von 1989 als die höchste in der rumänischen Geschichte. In Wirklichkeit machte sie bei Weizen 40%, bei Mais rd. 12%, bei Zuckerrüben 25% und bei Kartoffeln 16% dessen aus, was offiziell gemeldet wurde. Das Bruttoaufkommen bei Getreide macht nur ein Viertel des „papiernen“ aus, und das verursacht große Schwierigkeiten bei der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und der Viehhaltung mit Futter.

Kurzum, die Lage ist schwer. Dennoch sind alle, mit denen ich mich unterhalten konnte, frohen Mutes. Prof. Dumitru Mazilu, der vor kurzem zum stellvertretenden Vorsitzenden des Rats der Front der Nationalen Rettung gewählt wurde, sagte vor kurzem zu dieser neuen Gemütsverfassung: „Das rumänische Volk, das als sehr demütig und zu ruhig galt, hat nicht nur bewiesen, daß es einen Platz an der Sonne verdient, sondern auch, daß es die notwendige Kraft aufbringt und mit der komplizierten Situation, in der es sich jahrzehntlang befand, rasch fertig werden wird.“

Sergej Swirin

NZ-Korrespondent
BUKAREST

Die neuen Menschen von Timisoara

Voltaire sagte: Die Stärke des Volkszorns stehe im direkten Verhältnis zur Stärke seiner Unterdrückung. Diese Worte machen vieles von dem, was sich in Rumänien in den letzten Wochen ereignet hat, verständlicher

Auf meine Frage nach dem Sinn der Ereignisse im Lande erhielt ich überall, ob in Timisoara oder anderen rumänischen Städten, die gleiche Antwort: Revolution. Die Antwort klang sehr überzeugt, wollte jedoch nicht in den Rahmen des Altgewohnten hineinpassen. Ist Revolution in einem sozialistischen Land denn möglich? Entweder ist das keine Revolution, oder sie vollzieht sich nicht in einem sozialistischen Land.

Auch andere Fragen stellten sich. Was beabsichtigen die Behörden? Wer sind sie, die neuen Menschen von Timisoara? Mit diesen Fragen begab ich mich zum Komitee der Demokratischen Front der Stadt.

Nach sorgfältiger Durchsichtung gehen wir, von einem Mann mit einer MPI begleitet, in das Zimmer hinein, wo uns der Komiteevorsitzende Fortuna Lorin und sein Stellvertreter Burlacu Tudorin empfangen. Das Komitee zählt 60 Mitglieder, was recht viel ist, und vertritt verschiedene Belegschaften und Organisationen der Stadt. Die politische Führung wird von einem Kern aus 7 Mitgliedern ausgeübt. Die soziale Zusammensetzung ist sehr bunt: Arbeiter, Intellektuelle, einige Militärs, drei Kommunisten.

Übrigens befand sich das Komitee früher im Operngebäude, ist jedoch ins Haus des ehemaligen RKP-Kreiskomitees übergesie-

delt. Die Menschen, die hier früher saßen, sind nicht mehr da. Auch eine städtische RKP-Organisation existierte nicht mehr, ließ ich mir sagen. Die Bevölkerung identifiziert sie oft mit den ehemaligen großen und kleinen Ceausescus. Werden die Kommunisten es schaffen, das Vertrauen zur Partei neu zu erwerben? Schwer zu sagen. Auf jeden Fall werde es, sagt man im Komitee, die bisherige KP nicht mehr geben.

Die Leiter des Komitees sind offensichtlich übermüdet. Keiner von ihnen befaßte sich früher mit „hoher Politik“. Fortuna Lorin unterrichtete an einer TH, sein junger Stellvertreter war erst vor kurzem Student.

Ich frage Lorin, wann sich die Lage in der Stadt endgültig normalisieren werde.

„Schwer zu sagen. Die Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes des früheren Regimes kennen die Stadt gut und sind ausgezeichnet bewaffnet. Die endgültige Unterdrückung des Widerstands wird wohl eine oder zwei Wochen in Anspruch nehmen. Außerdem haben die Betriebe der Stadt noch nicht ihre volle Leistung wieder erreicht. Freilich gab es in der Stadt weder Sabotage noch Diebstahl.“

Das habe auch ich gesehen. Als in Timisoara noch geschossen wurde, gab es im Zentrum zerschlagene Schaufenster. Niemand rührte jedoch Kleidungsstücke oder Lebensmittel an, obwohl der Mangel sowohl

an diesen als auch an jenen in der Stadt zu spüren war.

„Wie gestalten sich Ihre Beziehungen zur Armee?“

„Wir wirken eng zusammen. Die Macht in der Stadt gehört dem Komitee, aber die Armee kontrolliert die Situation. Heute ist sie sehr autonom, erhebt jedoch keinen Anspruch darauf, in Zukunft selbständig zu sein.“

„Wie sieht Ihr Programm aus?“

„Das Komitee der Demokratischen Front setzt sich für die konsequente Einhaltung der Menschenrechte, die Freilassung aller politischen Häftlinge und die offenen Grenzen ein. Wir gedenken, eine neue Wirtschaftsstruktur einzuführen: Alle Eigentumsformen sind gleichberechtigt, der Export ist kein Selbstzweck mehr, der Staat mischt sich nicht in die Wirtschaft ein. Das Wichtigste: Wir müssen freie demokratische Wahlen vorbereiten und im April d. J. abhalten.“

Ich möchte von ihm hören, wie man mit den früheren Funktionären zu verfahren beabsichtige.

„Wer ein Verbrechen begangen hat, muß sich verantworten. Dann ist es keine Rache, keine Abrechnung, sondern ein legitimes Gericht. Übrigens meinen wir, daß man Ceausescu viel zu schnell abgeurteilt hat. Man hätte einen breiten politischen Prozeß aufziehen sollen. Er hätte eine Garantie dafür werden sollen, daß sich ein Ceausescu-Regime auf rumänischem Boden nie wiederholt. Obwohl, wir verstehen durchaus, daß das Volk das frühere Regime haßt.“

Auch ich kann die Gefühle der Bevölkerung verstehen, als sie von dem Preis erfuhr, der für die Freiheit gezahlt werden mußte. In Timisoara zeigte man mir Fotos von Massengräbern, die auf eine Forderung des Volkes hin geöffnet worden waren. Verrenkte Menschenkörper, die davon zeugen, daß in aller Eile auch nur Angeschossene zugeschlachtet wurden.

Verständlich ist auch die faktisch einmütige internationale Verurteilung der Verbrechen, die das Ceausescu-Regime auf dem Gewissen hat. Ich sehe darin eine Art des Um-Verzeihung-Bittens gegenüber dem rumänischen Volk.

Bei meinen Dialogen in Timisoara und Arad mußte ich häufig entdecken, daß sich meine Gesprächspartner sich nicht sehr konkret vorstellen konnten, wie es weitergeht. Alle glaubten sie jedoch: Es werde besser sein. Ich stimmte ihnen zu, denn schlimmer, als es war, kann es wohl nicht sein.

Gennadi Syssojew

NZ-Sonderkorrespondent

TIMISOARA – ARAD – BELGRAD



Hilfe aus der UdSSR

Foto: TASS

Ruhmloses Ende

Aufstieg und Fall des Ceausescu-Clans

Mit dem rumänischen „Conducator“ und Diktator, der vom Volksaufstand hinweggefegt wurde, führte mich das Schicksal in den vielen Jahren meiner diplomatischen Tätigkeit in Bukarest zusammen. Ich war Zeuge der atemberaubenden Karriere Ceausescus. Meine Kollegen, ausländische Diplomaten in Rumänien, waren stets erstaunt, wie dieser im Grunde recht beschränkte Mann eine so enorme Macht in seinen Händen konzentrieren und dem temperamentvollen rumänischen Volk diktieren konnte, wie es zu leben und wohin es zu gehen habe. Ja, wie war das möglich?

Der künftige Diktator Rumäniens wurde 1918 in einer kinderreichen Bauernfamilie geboren. Die patriarchalische Atmosphäre der Kindheit lehrte ihn, sich auf die Hilfe und Unterstützung der Familie zu verlassen. Als Halbwüchsiger ging er in die Stadt, wurde Schustergeselle. Anfang der 30er Jahre wurde er verhaftet – am ehesten wohl wegen eines kleineren Diebstahls oder einer Schlägerei. Doch in der Haft in einem der schrecklichsten Gefängnisse Rumäniens, Dofana, lernte er den bekannten Revolutionär Gheorghe Gheorghiu-Dej kennen, der großen Einfluß auf ihn hatte.

Diese Bekanntschaft half Ceausescu, nach dem Sieg der demokratischen Volksrevolution schnell politische Karriere zu machen. Zunächst übernahm er die Leitung des Rumänischen Kommunistischen Jugendverbandes, dann wechselte er zur Parteiarbeit über und schließlich wurde er Leiter der politischen Verwaltung und stellvertretender Minister für nationale Verteidigung. Ich hörte wiederholt, der junge Ceausescu sei grob gegenüber Untergebenen gewesen, hochmütig und unduldsam gegenüber Kritik. Gerade seine Tätigkeit in der Armee dürfte ihn zu der Überzeugung gebracht haben, daß widerspruchslöser Gehorsam die Grundlage der Macht sein müsse. Widerstand sei um jeden Preis zu unterdrücken. Und eben so verfuhr er, als er den Befehl gab, auf Bauern im Kreis Galati, die gegen die Zwangskollektivierung protestierten, zu schießen. Die Behörden in Bukarest hielten es damals für sinnvoll, die Geschichte zu vertuschen, die nicht nur Ceausescu kompromitierte.

Die Entschlossenheit und der bedingungslose Gehorsam des jungen Ceausescu aber blieben nicht unbemerkt. Seine ehrgeizigen Pläne begannen Gestalt anzunehmen.

Nach dem Tod von Gheorghe Gheorghiu-Dej 1965 war im ZK der RKP eine schwierige Situa-

tion entstanden. Viele Parteiveteranen beanspruchten den frei gewordenen Platz. Die Lage spitzte sich zu. Ceausescus Wahl zum Generalsekretär war sozusagen eine Kompromißlösung. Man erwartete, Ceausescu werde auf die Stimme der älteren Genossen hören und die Angelegenheiten der Partei im Geiste der Kollegialität führen. Doch bald schon mußte man sich vom Gegenteil überzeugen.

Ceausescu, der an die Spitze von Partei und Staat trat, legte sein eigenes politisches Programm vor. Eine Vorstellung davon konnte man sich bei der Lektüre rumänischer Zeitungen machen, die immer häufiger von Reden des „Conducator“ gefüllt wurden. Er rief dazu auf, einen großen, prosperierenden Staat zu schaffen, unabhängig in der Außenpolitik von den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft, von der Sowjetunion. Diese Ideen fanden ein Echo. Die Vertreter der rumänischen Intelligenz, mit denen ich zusammentraf, bekundeten Solidarität und Unterstützung für Ceausescu. Seht doch, erklärten sie, „unser Ceao“ rechnet nicht mehr mit Moskau, der Westen aber trägt ihn gleichsam auf den Armen. Ja, Ceausescu fand die besondere Sympathie der US-Präsidenten Nixon, Ford und Carter, mit denen er in Bukarest und Washington zusammentraf. Die häufigen Kontakte mit westlichen Vertretern vermittelten ihm die Zuversicht, seine „herausragenden“ Qualitäten würden im Ausland hoch geschätzt und man betrachte ihn als „historische“ Persönlichkeit. Ich sah, wie der selbstzufriedene Ceausescu auf einem Empfang in der französischen Botschaft zu Ehren von de Gaulle mal den einen, dann den anderen Botschafter um Komplimente anging... In Wirklichkeit erinnerte er an einen Operettenbuffo, der eine Opernpartei übernommen hatte.

In der Wirtschaftspolitik nutzte Ceausescu anfangs geschickt die Unvollkommenheit des

Mechanismus der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den RGW-Ländern. Daß Rumänien zu günstigen Bedingungen sowjetische Rohstoffe erhielt, erlaubte es dem Land, erfolgreich die Schwer- und die Leichtindustrie zu entwickeln. Der Export von verarbeiteten Öl- und petrochemischen Produkten nahm zu. Rumänien, das 10 bis 12 Mio t Erdöl jährlich förderte, importierte zusätzlich bis zu 18 Mio t Öl zu den niedrigen Weltmarktpreisen. Der Verkauf von Produkten, die aus dem in rumänischen Raffinerien verarbeiteten Öl gewonnen wurden, erwies sich als sehr lohnend. In der Landwirtschaft gab es ebenfalls anfangs keine Probleme. Gute Ernten wurden eingebracht. Die Lebensmittelversorgung war zufriedenstellend. Die Produktionsgrundfonds des Landes wurden erweitert, die Bevölkerung wurde weitgehend mit den wichtigsten Nahrungsmitteln und Industriewaren versorgt, die Löhne und Gehälter stiegen. Der Export von Ölprodukten und landwirtschaftlichen Erzeugnissen brachte Devisen.

In Rumänien begann man bereitwillig Losungen in Sprechchören zu verkünden, Losungen, die jeder hörte, der das Land besuchte: „Ceausescu und das Volk! Ceausescu – RKP! Geliebter Führer!“

Die tatsächlichen und angeblichen Erfolge verdrehten manchem den Kopf, ließen die Arroganz immer unerträglicher werden, wurden zum Fundament des Größenwahns. Ceausescu rechnete so gut wie nicht mehr mit dem ZK und der Regierung.

Wir wissen nicht, wer ihm die Idee der Rotation von Partei- und Staatsämtern suggerierte, doch er griff nur zu gern nach ihr, sah darin ein Mittel, ihm Unbequeme, an denen er zweifelte, denen er aus verschiedenen Gründen nicht vertraute, loszuwerden. Die Rotation ließ alle führenden Politiker zu Geiseln werden. Jeden Augenblick (und das wußte jeder nur zu gut) konnte Ceausescu einen ihm nicht voll hörigen oder, wie er meinte, „schwachen“ Leiter entfernen und ihn degradieren. Unter dem Vorwand der Erneuerung der Parteiführung schickte er viele alte Kommunisten und fähige junge

Spitzenpolitiker – Ion Iliescu, Gheorghe Apostol, Ilie Verdet, Ianos Fazecas u. a. – in die Wüste.

Ein tragisches Schicksal erwartete den beliebten Gewerkschaftsführer Virgil Trofin. „Im Zuge der Rotation“ wurde er als Genossenschaftsvorsitzender aufs Land geschickt, wo er bald schon unter ungeklärten Umständen ums Leben kam. Ebenso rätselhaft, bei einem Autounfall, kam auch der ehemalige Innenminister Vasile Patilenet um, der seine Ablehnung des Regimes der persönlichen Macht nicht verhehlte.

Zur Hauptstütze seiner autoritären Herrschaft machte Ceausescu die Sicherheitsorgane. Sie



Im Kreise der Familie: Nicolae, Elena, Zoe und Nicu

erhielten eine privilegierte Stellung. Als die Krise das Land heimsuchte, erhielten die Mitarbeiter der Geheimdienste weiterhin üppige Lebensmittelpakete, lebten in geheizten Wohnungen und ihre Gehälter wurden sogar angehoben. Die „Securitate“ aß ihr Brot nicht umsonst. Die Sicherheitsorgane, die auf der Grundlage eines Präsidentenerlasses von Ende der 70er Jahre handelten, verstießen gegen das Briefgeheimnis, hörten Telefongespräche ab, installierten illegal Abhöranlagen in Wohn- und anderen Räumen.

Diplomaten in Bukarest sagten oft, der bezeichnendste und wohl widerlichste Zug der Ceausescu-Diktatur sei die Clan-Herrschaft gewesen. Ceausescu, der nur nahen und fernen Verwandten vertraute, nominierte diese für hohe Ämter im Partei- und Staatsapparat. Über Verwandte kontrollierte Ceausescu die Lage in der Armee, in den Gewerkschaften, in der Jugendorganisation, im Innenministerium, beim staatlichen Plankomitee und bei den Massenmedien. Nepotismus und landsmannschaftliche Beziehungen erlaubten Ceausescu, die Gefühle des „Volkes“ zu dirigieren.

Äußerst abstoßend wirkte das Triumvirat, bestehend aus Nicolae Ceausescu, Elena Ceausescu und ihrem jüngsten Sohn Nicu. Dieses Triumvirat entschied im Grunde die wichtigsten Angelegenheiten in der Partei und im Land.

Wie Leute, die Elena Ceausescu gut kannten, sagten, sei sie eine herz- und skrupellose Frau gewesen, ebenso wie ihr Mann besessen von wahnsinnigem Ehrgeiz. Sie sah sich nicht nur als First Lady Rumäniens, sondern hielt sich auch für die schönste Frau des Landes. So erklärten sich ihre Reisen nach Paris, wo sie astronomische Summen für plastische Operationen, für Kleider und Kosmetika vergeudete. Alle Ausgaben in Verbindung mit Elena Ceausescus Reisen wurden aus der Staatskasse bezahlt. Die Ceausescus besaßen, wie westliche Journalisten erklären, bei Schweizer Banken große Konten für den „Notfall“, obwohl sie nicht erwarteten, daß der irgendwann eintreten würde.

In seiner Jugend war Nicu Ceausescu, damals Sekretär des ZK des Kommunistischen Jugendverbandes, dann Sekretär des RKP-Kreiskomitees in Sibiu, für seine Zechgelage und die anschließend von ihm verursachten Verkehrsunfälle bekannt – nicht selten mit tragischem Ausgang für Fußgänger, die er mit seinem Rennwagen überfuhr. Doch all das erregte keinen Anstoß, da er Sohn des „Conducator“ war und als Nachfolger für seinen Vater vorgesehen wurde. Als westliche Korrespondenten Nicolae Ceausescu direkt fragten, ob das stimme, antwortete der, das sei nicht ausgeschlossen, „wenn dies das Volk wünscht“.

Ceausescus ältester Sohn, Valentin, war Physiker. Die Politik des Vaters widerte ihn an. Er heiratete die Tochter eines RKP-Veteranen, eine Nichtrumänin – dieses „Dissidententum“ wurde ihm vom Clan



Auf der Jagd

nicht vergeben. Er lebte getrennt von der Familie, von ihr verstoßen.

Zoe, Nicolae und Elena Ceausescus Tochter, war schon als Studentin der Universität Bukarest bekannt durch ihre Vorliebe für Wein, Mann und Gesang. Um ihren Amouren ein Ende zu bereiten, beeilten sich die Eltern, Zoe unter die Haube zu bringen, obwohl sie selbst es gar nicht eilig hatte – und ermöglichten ihr eine wissenschaftliche Karriere.

Das Oberhaupt des Clans, Nicolae Ceausescu, war von Natur aus ängstlich, ja feige. In Rage geriet er nur beim Billard. Er mochte nicht verlieren, und deshalb wählte er sich bewußt schwache Partner. Einmal war der damalige Außenminister Corneliu Manescu, der noch nicht einmal wußte, wie herum er das Queue halten sollte, Ceausescus Partner. Zufällig gewann er die Partie. Man hätte sehen müssen, wie Ceausescu ihn anfuhr: „Ich werde dir das nicht vergessen. Du kommst als Botschafter nach Afrika.“

Ceausescu lebte in ständiger Angst davor, vergiftet zu werden. Selbst bei seinen Auslandsreisen nahm er einen Koch und überprüfte Lebensmittel aus Bukarest mit und verlangte, daß sein Essen vorgekostet würde.

Trotz der schweren Unterdrückung, die Partei und Land so zusetzte, nahm die Unzufriedenheit in der RKP ständig zu. Sie fand Ausdruck in der beispiellosen Rede des Parteiveteranen Constantin Pirvulescu am 12. RKP-Parteitag im November 1979. Als Pirvulescu das Wort erteilt wurde, erwartete man, er werde sich im Namen der älteren Generation der rumänischen Kommunisten den Lobhudeleien auf die Erfolge und Vorzüge Ceausescus anschließen. Doch das Unerwartete geschah. Der Veteran begann auf dem Parteitag den Ceausescu-Clan der autoritären Herrschaft, der Loslösung der SR Rumänien von der sozialistischen Gemeinschaft und der Mißachtung der Probleme der rumänischen Werktätigen zu beschuldigen. Man versuchte, ihm das Wort zu entziehen, und als dies nicht gelang, schleppte man ihn einfach vom Rednerpult fort. Der wider-

spenstige Veteran wurde später ins ZK der Partei bestellt, man erteilte ihm eine Rüge und erklärte, seine Rente werde gekürzt und er in eine armselige Wohnung am Stadtrand von Bukarest umgesiedelt. Doch Pirvulescu sollte seine Rede nicht umsonst gehalten haben!

Es war bekannt, daß unter den Einwohnern der Hauptstadt über die Arbeiterunruhen in einigen Großstädten, darunter in Brasov, dem Zentrum des

Schwermaschinenbaus, gesprochen wurde. Zu Unruhen kam es auch in Bergarbeitersiedlungen, vor allem im Kohlenbecken des Landes, in Valea Jiului. In einzelnen Dörfern verbrannten die Bauern aus Protest Heugärten, schlachteten Vieh, gingen mit ausgestreckter Hand auf die Straße.

Seit Beginn der 80er Jahre begannen Ceausescus Positionen spürbar schwächer zu werden. Er bemerkte die zunehmende Kluft zwischen sich und dem Volk nicht, und wenn er doch etwas bemerkte, dann meinte er wohl nur: Um so schlechter für die Unzufriedenen und Unbotmäßigen. Er glaubte an die Stärke seines Clans, der Armee und der Sicherheitskräfte, hielt sich für unverwundbar. Zugleich kann man nicht sagen, Ceausescu habe ganz ignoriert, daß sich Explosionsstoff im Lande ansammelte. Er ordnete ja an, seine Leibwache zu verstärken, und befahl zusätzliche Vorsichtsmaßnahmen, wenn er in der Öffentlichkeit auftauchte. Augenzeugen berichteten, daß selbst wenn Ceausescu unter vier Augen inoffiziell mit jemandem zusammentraf, immer ein großer dressierter Hund bei ihm war, bereit, bei der geringsten jähren Bewegung über den Besucher herzufallen.

Bereits vor einigen Jahren wurde, wie Einwohner von Bukarest berichteten, unweit vom Sitz des ZK der RKP ein Sonderbunker für Ceausescu ausgehoben. Nicht ausgeschlossen, daß auch in anderen Landesteilen spezielle Unterschlupfmöglichkeiten für ihn angelegt wurden. Die Privatresidenz des Diktators am Herastrau-See im Norden von Bukarest wurde rund um die Uhr bewacht. In der Residenz war stets ein Hubschrauber startbereit, und am Kai wartete ein Gleitboot. Doch das sollte dem Diktator nicht helfen...

Mit dem Sturz der bürokratischen Familiendiktatur der Ceausescus, die dem Ansturm des Volkes nicht standhielt, ist eine weitere Bastion des administrativen Kommandosystems in Osteuropa in sich zusammengebrochen. Dem rumänischen Volk eröffnet sich der Weg zur Erneuerung des Sozialismus, zu Humanismus, Demokratie und zu neuem politischen Denken.

Wladimir Pestscherski

„Es geht nicht um Emotionen“

Ein Plenum des ZK der KPdSU erörterte die Ergebnisse des jüngsten Kongresses der Kommunistischen Partei Litauens. Welche Folgen werden diese dramatischen Ereignisse für Litauen und unser ganzes Land haben?

Man darf annehmen, daß die Entscheidungen des Kongresses in Vilnius für die NZ-Leser keine Überraschung waren. Unsere Zeitschrift hatte ausführlich darüber berichtet, was bei zwei Plenartagungen des ZK der KP Litauens im Herbst v. J. zur Sprache gekommen war: die Wege zu einem radikalen Umbau der Partei. Die erste Variante setzte eine entschiedene Erneuerung ihrer Tätigkeit im Rahmen einer sich ihrerseits erneuernden KPdSU voraus. Bei der zweiten Variante ging es darum, eine neue und selbständige Partei mit eigenem Programm und Statut zu gründen. Bei der Wahl der Delegierten zum Außerordentlichen Kongreß, der den endgültigen Beschluß fassen sollte, wurde ihre Position eben zu dieser Frage berücksichtigt.

Vor dem Kongreß wurden unterschiedliche Stimmen laut, es war jedoch klar, daß die absolute Mehrheit der Delegierten für die zweite Variante stimmen würde. Die Teilnehmer des letzten Plenums des ZK der KP Litauens, der vor dem Kongreß abgehalten wurde, nahmen höflich von Gorbatschows Schreiben zu dieser Frage Kenntnis, verhielten sich jedoch zu den Aufforderungen und Wünschen aus Moskau ablehnend. Der seitenstarke politische ZK-Bericht, im Grunde ein Versuch, Litauens gesamte Geschichte zu analysieren, war offensichtlich nicht für den Kongreß, ja nicht einmal für die Litauische SSR bestimmt. Das war die politische Begründung einer Entscheidung, die möglicherweise die Entwicklung in unserem ganzen Land beeinflussen wird. Algirdas Brazauskas, 1. Sekretär des ZK, begann seine Rede mit einer Anlehnung an Lenin:

„Der Kongreß, von dessen Notwendigkeit die Kommunisten und ganz Litauen so lange gesprochen haben, beginnt seine Arbeit... Dem Kongreß steht bevor, die Selbständigkeit der KP Litauens politisch zu legalisieren und ihre Stellung im politischen Leben unserer Republik zu bestimmen.“

Welche Argumente führte der 1. Sekretär ins Feld?

Erstens sei das der Willen der meisten Kommunisten Litauens, sich ergebend aus der Notwendigkeit einer Erneuerung und der Distanzierung von den durch die Partei früher begangenen tragischen Fehlern und von den Stalinischen Verbrechen. „Am 8. Oktober 1940 wurde die KP Litauens auf Beschluß des Politbüros des ZK der KPdSU(B) als örtliche (Gebiets)Organisation der KPdSU(B) angegliedert. Dadurch wurde die Parteioorganisation unserer Republik zu einem direkten Instrument des Stalin-Regimes, zu einem

Anhängsel des machtvollen staatlichen Unterdrückungsapparats... Die KP Litauens trägt die politische Verantwortung dafür, daß sie, ein Bestandteil des totalitären Systems des Stalinismus geworden, seinen Willen erfüllte.“

Zweitens gelte es, von der staatlichen Rolle der Partei zum Status einer demokratischen politischen Partei überzugehen, was auch für eine umfassende Demokratisierung des politischen Systems unumgänglich sei. Den Anfang machte jene Tagung des Obersten Sowjets der Litauischen SSR, bei der Art. 6 der Verfassung aufgehoben wurde. Schon wirkten mehrere politische Parteien auf dem Territorium der Republik.

Drittens widerspreche der Status einer dem Zentrum untergeordneten Partei der Konzeption der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Republik sowie dem gesetzten strategischen Ziel: Wiederherstellung der Eigenstaatlichkeit Litauens. „Jede Nation trachtet danach, ihren eigenen Staat zu haben“, meint A. Brazauskas. „Das ist unbestreitbar, ist eine elementare Wahrheit. Die Kommunisten Litauens haben sich für den parlamentarischen Weg entschieden, um dieses Ziel zu erreichen.“

Viertens könne nur eine selbständige KP die Interessen von Litauens Einwohnern zum Ausdruck bringen; von gleich zu gleich mit anderen politischen Kräften konkurrieren, Litauen aus der Krise heraushelfen und es zu einer demokratischen Gesellschaft führen.

Am Tag darauf wurde eine Deklaration über die Selbständigkeit der KP Litauens angenommen. Dafür stimmten 855, dagegen 160 Delegierte. Am dritten Tag des Kongresses beschlossen 135 Delegierte, die dem Austritt der KP Litauens aus der KPdSU nicht zustimmten, eine Konferenz durchzuführen, um die Kommunisten zu konsolidieren, die in einer „selbständigen KP Litauens im Bestand einer sich erneuernden KPdSU“ bleiben.

Die Konferenz arbeitete gleichzeitig mit dem Kongreß, und zwar abends nach seinen Sitzungen. Wladislaw Schwed, 1. Sekretär des Bezirkskomitees Oktjabrski (Vilnius) der KP Litauens, der an der Konferenz teilnahm, sagte:

„Die Unabhängigkeitsdeklaration der KP Litauens bedeutet den Unglauben an die Möglichkeit der Erneuerung der KPdSU. Das ist wohl der Hauptgrund für die Opposition. Auf der einen Seite stehen Menschen, die an eine Erneuerung der KPdSU und der UdSSR nicht glauben, auf der anderen Seite solche, die diesen Glauben nicht verloren haben. Man braucht uns deshalb nicht eine „fünfte Kolonne“ zu nen-

nen. Uns allen liegen die Interessen Litauens am Herzen.“

Die Konferenz wählte ein provisorisches ZK der KP Litauens, sein Sekretariat sowie eine Revisionskommission.

Beim Plenum des ZK der KPdSU in Moskau sprachen Sekretäre der (neuen) KP Litauens und des provisorischen ZK der KP Litauens.

Hätte die Spaltung vermieden werden können? Die Diskussion beim Kongreß förderte zutage, daß die Standpunkte manchmal einander diametral entgegengesetzt sind und daß der Wunsch nach einem Kompromiß minimal ist. Im stenographischen Bericht ist kaum eine ruhige, ausgewogene Ansprache zu finden.

Romualdas Ozolas, Chefredakteur der Zeitung „Atgimimas“:

„Das Vorherrschen kommunistischer Parteien oder wenigstens ihr Anspruch darauf sind ein nicht zu übersehender Zug des 20. Jahrhunderts. Leider konnte sich mit Ausnahme des ehemaligen Russischen Reichs eine kommunistische Partei nirgends vollständig durchsetzen. Wie das geendet hat, wissen leider auch wir. Nicht von ungefähr jubelt die Welt heute angesichts der Tatsache, daß eine radikale Demontage des Stalinismus begonnen hat... Jetzt sehen schon alle, daß der sogenannte Weg zum Kommunismus ins Nichts führte... Die KP Litauens mußte diesen geheimen Spielen mit Moskau, die bereits in den Zeiten der Republik Litauen angefangen hatten, selbst ein Ende setzen und aus eigenem Antrieb normale Beziehungen zur künftigen Kommunistischen Partei Rußlands aufnehmen. Die KP Litauens ist verpflichtet, am Wiederaufbau dessen, was sie zerstört hat, des unabhängigen Litauen, teilzunehmen.“

Juozas Kuolelis, Berater beim Präsidium des Obersten Sowjets der Litauischen SSR:

„Man stößt uns auf den Weg eines nur angeblichen Neuerertums, obwohl man uns einredet, wir seien der Umgestaltung der gesamten Partei voraus, wir seien die ersten... Es ist sehr schade, daß sich unsere Parteiorganisation als das schwächste Kettenglied in der gesamten Parteistruktur erwiesen hat. Heute haben wir noch Zeit zum Nachdenken, sonst werden wir tatsächlich in einen tiefen, trüben Wassergraben geraten. Eine Alternative gibt es nicht... Außerhalb der KPdSU können wir dem Volk in keiner Weise helfen.“

Selbstverständlich waren die Kongreßdelegierten auf die Reaktion Moskaus gespannt.

Der Kongreß schickte unverzüglich ein Telegramm an das Politbüro des ZK der KPdSU und den Generalsekretär des ZK der KPdSU, M. Gorbatschow: „Die beim Kongreß der Kommunisten Litauens gefaßten Beschlüsse über die Selbständigkeit unserer KP sind keine Spaltung in der Partei, sie sind vielmehr die Suche nach neuen zwischenparteilichen Beziehungen.“

Nach zwei Tagen wandte sich der Kongreß an das Plenum des ZK der KPdSU mit einem



Die Spaltung in der KP Litauens ist vollendete Tatsache. Welche Haltung soll Moskau einnehmen?

weiteren Schreiben: „Unsere für die Veränderungen in der UdSSR und in Osteuropa empfängliche Gesellschaft ähnelt heute einer Frühjahrsflut. Überall verändern sich stürmisch gesellschaftliche Strukturen und brechen alte politische Bastionen zusammen. Wir können nicht länger passive Beobachter bleiben. Wir wünschen nicht, daß die Stimme der Kommunisten überhört wird, daß sie als Geiseln der Stalinschen und Breshnewschen Eiszeit gelten und deshalb aus dem realen politischen Leben verdrängt werden.“

Anders ausgedrückt erklärte der Kongreß seine Beschlüsse sehr prosaisch: Es ginge um das Überleben der KP, der in Litauen die völlige Verdrängung von der Macht und der völlige Schwund des Einflusses drohten. Der Leiter des Instituts für Philosophie, Soziologie und Recht der republikanischen AdW nannte in Vilnius Angaben einer umfassenden soziologischen Befragung: 56% der Befragten äußerten sich für eine selbständige KP, 8% für eine autonome KP im Bestand der KPDsU, 6% gegen die Abspaltung von der KPDsU; 13% hatten keine Meinung dazu, weitere 16% interessierten sich nicht für Fragen der KP Litauens. Außerdem sagten 29% der Befragten, sie würden für keine KP Litauens stimmen.

Der Kongreß hoffte, in Moskau würde man die verzweifelte Lage der Partei und die Notwendigkeit dieser Selbstrettungsaktion verstehen. Der Versuch, sich allein zu retten, wirkt jedoch als Desertion und bringt darüber hinaus auch die übrigen in eine noch schwierigere Lage. Nach M. Gorbatschows Bericht zu urteilen, ist die Führung der KPDsU und unseres Staates nicht über die Eigenwilligkeit von Vilnius, nicht über den formalen Verlust der Kontrolle über die KP Litauens und nicht über die Veränderung gewohnter Formeln und Strukturen besorgt, sondern über die Gefahr einer weit ernsthafteren Spaltung als in Litauen.

Selbstverständlich waren viele über die Freidenkerei in Vilnius, den Verzicht auf die Dogmen, den Bruch mit der Vergangenheit und schon über den Wunsch, selbständig zu leben, höchst empört. Die Forderung, die Abweichler streng zu bestrafen und jene Leiter, die „so etwas zugelassen“ hätten, in Moskau zur Verantwortung zu ziehen, drückte wohl auf das Plenum, aber Gorbatschow gab einen anderen Ton an:

„Es geht nicht um Emotionen, sie sind in sol-

chen Fragen nicht die besten Helfer. Man muß nicht besonders schlau sein, um etwas zu verurteilen und zu brandmarken. Den litauischen Genossen zuzustimmen, bedeutet jedoch, die Spaltung zu vertiefen.“

Das Plenum des ZK der KPDsU beauftragte eine große Gruppe der Parteifunktionäre, darunter den Generalsekretär des ZK, nach Litauen zu reisen. Was erwartet sie dort?

Im Grunde wirkt die neue Partei schon. Ihre Prinzipien sind Freiwilligkeit, Gewissensfreiheit, Meinungsfreiheit (Mitglieder der Partei müssen der Position der Mehrheit nicht zustimmen und können ihre eigene Plattform durchzusetzen versuchen; in der KP Litauens sind schon drei Fraktionen im Entstehen), Kollegialität, Offenheit, Parteidisziplin (ist aber ein Beschluß der Parteiorgane für einen Genossen unannehmbar, braucht er ihn nicht zu befolgen), Erweiterung der Demokratie. Das Institut der Kandidaten der Partei, das der Bürgen und der Bestätigung eines Neuaufgenommenen durch ein übergeordnetes Parteikomitee sind abgeschafft. Ein Parteimitglied kann wählen, welcher Grundorganisation er angehören will.

„Einige schlugen vor, im Statut ideologische und organisatorische Grundlagen der Partei wie die marxistisch-leninistische Ideologie, den sozialistischen Internationalismus, den demokratischen Zentralismus und die unverbrüchliche ideelle Einheit der Kommunisten zu bestimmen“, sagte Wladimir Beresow, 2. Sekretär des ZK, der seinen Posten nach den Neuwahlen behalten hat. „Leider haben solche Vorschläge häufig einen konservativen Beigeschmack.“

Durch einen Beschluß des Kongresses werden alle Mitglieder der alten Partei mechanisch Mitglieder der neuen. Es gibt keine Neuregistrierung. Wer mit Programm und Statut nicht einverstanden ist, kann der Partei den Rücken kehren. Wer in der KPDsU bleiben will, kann bis zu ihrem 28. Parteitag in der neuen KP Litauens bleiben. Bis dahin verändert sich die organisatorische Struktur der Partei nicht.

Das neue Statut senkt die Mitgliedsbeiträge; das werde dazu führen, den Apparat der Parteiorgane und -ämter beinahe auf die Hälfte zu kürzen, wie der Vorsitzende der (inzwischen ebenfalls abgeschafften) Revisionskommission beim Kongreß sagte. Es wurden eine Berufungs- und eine Finanzkommission der KPL, beide vom ZK unabhängig, gewählt.

Unterdessen wird man sich an die früheren

Parteidokumente halten. Wer in diesem Jahr eintritt, bekommt eine provisorische Mitgliedskarte. Ab 1. Januar 1991 sollen dann neue Parteidokumente ausgestellt werden.

Man muß offen sagen: Für die Erhaltung der alten Lage sprechen sich unverkennbar meist die polnisch- und die russischsprachigen Parteiorganisationen aus. Es gelang der litauischen Mehrheit nicht, die nationalen Minderheiten von der Garantie ihrer Interessen zu überzeugen. Möglich, daß sie sich nicht sehr darum bemüht. Möglich ist ferner, daß die in Litauen lebenden Russen, Polen und Ukrainer mit ihren Nachbarn nicht sehr gut auskamen und sich auch nicht sehr darum bemüht, diese zu verstehen. Auf jeden Fall sind die Veränderungen in der Republik und dieser Absonderungsprozeß bedrohlich, man setzt die ganze Hoffnung auf Moskau, das die Minderheiten in seinen Schutz nehmen würde. Um ehrlich zu sein, können wir nicht damit rechnen, daß die Mehrheit und die Minderheit sich gegenseitig nachgiebig zeigen.

Das ZK der KPDsU soll jetzt eine Formel für das Einvernehmen finden, und das nicht nur zwischen beiden Parteien in Litauen, sondern auch zwischen den Vertretern verschiedener Ansichten innerhalb der KPDsU. Bald nach dem Beschluß des Obersten Sowjets Lettlands, der den ehemaligen Status der KP Lettlands abgeschafft und das Mehrparteiensystem legalisiert hatte, stellte das ZK der KP Lettlands die Frage nach einer Revision des Parteistatus: Es müsse dem Status der Republik entsprechen, die ebenso wie Litauen eine Deklaration über die Souveränität annahm. Ein ähnlicher Prozeß ist in der KP Estlands im Gange. In den kommunistischen Parteien einiger anderer Republiken treten die nationalen Interessen in den Vordergrund, dort fordert man eine Absonderung nicht nur der Republik, sondern auch der Partei. Diese Tendenz zerstört die integrierende Rolle der KPDsU.

Deshalb wird das Plenum des ZK der KPDsU, das seine Arbeit wiederaufnehmen soll, nicht nur seine Haltung zum Kongreß in Vilnius ausarbeiten, sondern auch mit der Suche nach einer universellen Lösung beginnen müssen, die dazu angetan wäre, die Integrität der für die ganze Union einzigen Partei zu erhalten.

Leonid Mletschin

Letzter Akt, erster Akt

Am Vorabend des neuen Jahres wählte die Föderative Versammlung der CSSR einen neuen Vorsitzenden, Alexander Dubcek, und einen neuen, wie es heißt, interimistischen (bis zu den im Sommer anstehenden Wahlen) Präsidenten der Republik – Vaclav Havel

Neu er Präsident der Tschechoslowakei wurde der 53jährige Dramatiker, vor kurzem noch sozusagen Dissident Nr. 1 des Landes, der in den letzten 20 Jahren 5 Jahre in Haftanstalten und Untersuchungsgefängnissen zugebracht hatte – Vaclav Havel. Ende Dezember war er der einzige Kandidat geblieben. Dubcek hatte zugunsten von Havel verzichtet. Ein weiterer Spitzenpolitiker des Prager Frühlings von 1968, Cestmir Cisar, hatte seine Kandidatur zurückgezogen. Der neue KPTsch-Vorsitzende Ladislav Adamec nahm nicht am Kampf um das höchste Staatsamt teil. Das Bürgerforum, die slowakische Bewegung „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ und die Parteien hatten sich in Vorgesprächen auf Havel geeinigt. Und Havel wurde gewählt.

So fand der letzte Akt der Krise, die seit dem 17. November v. J. angehalten hatte, seinen Abschluß. Der erste Akt eines neuen historischen Stückes mit neuen handelnden Personen und Darstellern beginnt. Die Schlüsselpositionen im Staat sind verteilt. In das neue Jahr ist die Tschechoslowakei mit einem nichtkommunistischen Präsidenten, mit einem seinerzeit aus der KPTsch ausgeschlossenen Parlamentsvorsitzenden, mit einem kommunistischen Ministerpräsidenten und einer Koalitionsregierung getreten, in der die Vertreter der KPTsch in der Minderheit sind. In wenig mehr als einem Monat verlor die KPTsch ihre dominierende Stellung in der Gesellschaft. Die Arbeitermiliz, die Politorgane und die Parteiorganisationen in den Streitkräften und im Innenministerium sind aufgelöst. Die Lehrstühle für Marxismus-Leninismus an den Hochschulen wurden geschlossen. Tausende Kommunisten geben ihre Parteibücher zurück. Unzählige neue nichtkommunistische Organisationen entstehen. Die Menschen tauschen die unpopulären 20-Kronen-Scheine mit dem Bild von Klement Gottwald bei den Banken um... Und all das vor dem Hintergrund von Großkundgebungen und -demonstrationen, doch ohne zerschlagene Fensterscheiben, brennende Autos und Schießereien, ohne eine spürbare Störung des normalen Lebens.

„Vergiß nicht, daß die Tschechoslowakei nicht Rumänien ist“, sagte mir ein Prager Kollege. „Die Erfahrungen der



Vaclav Havel

bürgerlichen Demokratie spielen ihre Rolle.“

Über diese Bemerkung sollte man sich Gedanken machen.

Besondere Sympathien für die westliche Demokratie empfinde ich nicht. Weniger, weil mir in der Schule und danach ständig gesagt wurde, sie sei schlecht. Was hat man uns nicht alles gelehrt, woran man heute lieber nicht mehr denken möchte! Ich meine nur, es wäre dumm, die Demokratie in eine „bürgerliche“ und eine „sozialistische“ zu teilen. Entweder gibt es Demokratie oder es gibt sie nicht. Und doch finden sich in dem in Jahrhunderten im Westen entstandenen Mechanismus zwei Momente, die mir außerordentlich gefallen. Erstens ein erprobtes Modell für den Machtwechsel. Präsidenten wechseln, Minister und Regierungen treten zurück – und das wirkt sich weder auf die Arbeit des Staatsapparats noch auf das Warenangebot in den Geschäften aus. Und zweitens ist es dort nicht üblich, führende Politiker, die verloren haben und gehen müssen, durch den Dreck zu ziehen.

Ja, jenseits des bereits stark durchgerosteten „eisernen Vorhangs“ führen ehemalige Premiers und Präsidenten, Parteiführer und Minister in der Regel ein friedliches Leben, werden keinem Scherbengericht

ausgesetzt. Sie schreiben Memoiren, halten Vorträge, machen in Wohltätigkeit und Weltpolitik. Natürlich gibt es auch hier Ausnahmen, doch sie bestätigen nur die Regel: Ein Spitzenpolitiker, der gegen das Gesetz und Normen der Moral verstoßen hat, bekommt einen öffentlichen Prozeß oder ein Impeachment, doch hierbei zieht niemand Banknoten mit dem Porträt eines ehemaligen Premiers oder Präsidenten aus dem Verkehr.

Die Erfahrungen der Tschechoslowakei wie etwas früher die der DDR haben gezeigt, daß auch in Ländern, die sich als sozialistisch bezeichneten, der Übergang von der administrativen bürokratischen Parteierrschaft zu einer pluralistischen und demokratischen Staatsform ohne ernsthafte Störungen im Wirtschaftsmechanismus, ohne Schießereien und physische Gewalt möglich ist.

Doch trotzdem nimmt sich auf der sozialistischen Seite des Vorhangs vieles bislang nicht sonderlich zivilisiert aus. Kaum tritt jemand von der politischen Bühne ab, schon fällt man über ihn her. Der eine wird zu Unperson, der andere landet im Kittchen, der dritte wird erschossen...

Herrgott, denkt man da. Was ist denn das? Haben uns wirklich das ganze Leben lang unfähige, inkompetente und bisweilen auch noch unehrliche Leute regiert? Wo waren wir denn eigentlich, während sie regierten? Wohin schauten wir?

Schmerzlich, entsetzlich schmerzlich entsteht staatsbürgerliches Verantwortungsbeußsein in einer Gesellschaft, die es gewohnt war, in Angst vor dem Herrscher zu leben, die sich dabei über ihr mutiges Bild im Zerrspiegel der Untertanenideologie begeisterte. Allmählich nur setzen sich Normen durch, die es erlauben, sich offen nicht nur zur Vergangenheit, sondern auch zur Gegenwart zu äußern. Übrigens auch zur Vergangenheit, da die historischen Unwahrheiten und Halbwahrheiten der Väter mit der Zeit zu Minenfeldern werden, auf die die Kinder treten.

Natürlich wird die Zeit allem seinen Platz zuweisen. Doch dabei sollte man nicht vergessen, daß die Zeit kein Wundarzt und kein Priester ist, der die Sünden vergibt. Die Zeit läßt uns nur älter und weiser werden.

Ja, an jenen Wendepunkten der Geschichte sagen sich die Sieger nicht selten selbstbewußt vom Erbe ihrer Vorgänger los. So war es 1948, als die Führung unter Gottwald das pluralistische Programm eines tschechoslowakischen Weges zum demokratischen Sozialismus durch-



Natürlich sind die politischen Ereignisse in der Tschechoslowakei nicht spurlos an Weihnachten und Neujahr vorbeigegangen. Wie alle Jahre wieder zogen in Prag Käuferscharen von Geschäft zu Geschäft, um Weihnachtsgeschenke zu besorgen. Auf dem Altstädter Platz stand wieder die erste Tanne der tschechoslowakischen Hauptstadt. Dort, auf dem Altstädter Platz, fand nach der Wahl des Präsidenten der Republik eine große Party unter freiem Himmel statt

Foto aus: „Rude Pravo“ (CSSR)

kreuzte. So verfuhr auch die Mannschaft von Husak, die alles, was mit dem Prager Frühling verbunden war, auszumerzen suchte. Doch führte nicht diese Haltung letztlich zum Fiasko des Systems?

Ich schreibe das keineswegs, weil ich jene verteidigen will, die in den vielen Jahren ihrer verantwortungslosen Herrschaft an Straßlosigkeit gewöhnt, degradierten. Ich schreibe das, weil ich überzeugt bin: Bei der Bewertung eines bestimmten Geschichtsabschnitts darf man nicht nur die großen und kleinen Fehler der einen oder anderen Spitzenpolitiker sehen, nicht nur das, was danebenging, sondern muß auch die Erfolge, die Errungenschaften sehen.

Natürlich ist Gustav Husak nicht „mein Präsident“, nicht mein Ideal. Als er Generalsekretär war, wurden viele meiner engen Freunde, Tschechen und Slowaken, ehrliche und prinzipientreue Kommunisten, aus der KPTsch ausgeschlossen, durften nicht mehr in ihrem Beruf arbeiten. Ihr „Verbrechen“ bestand darin, daß sie Stalinismus nicht Sozialismus und eine imperiale Politik nicht Internationalismus nennen wollten...

Nichtsdestoweniger war ich es irgendwie gewohnt, daß man in der Tschechoslowakei stets Respekt vor den eigenen Präsidenten hatte – sowohl vor jenen, die als Sieger in die Geschichte eingingen, wie Tomas Masaryk, als auch vor denjenigen, die Niederlagen hinnehmen mußten, wie Eduard Benes, und auch vor jenen, die nur bemüht waren, ehrlich das schwere Amt des Staatsoberhauptes auszufüllen, die Fehler wie Erfolge auf ihrem Konto zu verbuchen haben, wie Zapotocky, Novotny und Svoboda. Ich hoffte, gerade diese Erfahrungen könnten heute zum Allgemeingut aller werden, die an der Entwicklung eines demokratischen

Rechtsstaates interessiert sind, von welchem Land auch die Rede sein mag. Und ich fühle mich sehr unwohl, wenn ich höre, daß der Sieg der Werktätigen im Februar 1948 ein Putsch gewesen sein soll, wenn ich das Gottwald-Denkmal sehe, die Arme bis zum Ellenbogen mit roter Farbe beschmiert.

Die neuen führenden Politiker der Tschechoslowakei erklären, daß sie die feste Absicht haben, eine gewaltsame Abrechnung nicht zuzulassen. Nichts kann die Tschechoslowakei zwingen, vom Weg zur Demokratie abzugehen, heißt es im Regierungsprogramm. Die Einhaltung der Gesetze ist Grundlage der Arbeit des Staates.

Man möchte hoffen, daß diese Prinzipien verwirklicht werden können. Gewalt bringt ja immer nur Gewalt hervor. Die Französische Revolution ebenso wie die Oktoberrevolution und die Entwicklung in der Tschechoslowakei seit 1968 haben deutlich werden lassen, daß Repressalien, die Verfolgung von Andersgläubigen und Andersdenkenden nicht den Weg zu einem demokratischen Rechtsstaat eröffnen, keine Gewähr für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit geben. Im Gegenteil führen sie in die Sackgasse.

Kurz bevor Vaclav Havel Präsident wurde, sagte er in einer Ansprache: „Lange Reden haben wir genug gehört. Deshalb möchte ich nur an das Wichtigste erinnern. Es geht heute schon nicht um eine bessere Zukunft der Tschechoslowakei. Daß sie besser sein wird, ist klar. Es geht um mehr. Damit der Weg, auf dem wir zu einer besseren Zukunft gelangen, zu einer besseren Zukunft ganz Europas, der ganzen Welt führt.“

Wünschen wir dem Volk der Tschechoslowakei Erfolge auf diesem Weg.

Alexander Didussenko

NZ-Sonderkorrespondent
PRAG-MOSKAU



Immer dabei...

sind unsere Reporter
und Korrespondenten,
wenn irgendwo
auf der Welt
etwas passiert.
Gründliche Recherchen
und Analysen,
kritische Berichte
finden unsere Leser
in der
politischen
Wochenzeitschrift

„NEUE
ZEIT“

Fundierte
Informationen
über Glasnost,
Perestroika,
Demokratisierung
in der Sowjetunion.
Wir beziehen
Standpunkte in Politik,
Wirtschaft,
Wissenschaft
und Kultur.

„NEUE
ZEIT“

Sozialismus heute

Gedanken des Premierministers der Französischen Republik, Michel Rocard, zum Schicksal sozialistischer Theorie und Praxis, zur Demokratie und den Aufgaben, vor denen die Linken in Zukunft stehen

Der Begriff Sozialismus war nie eindeutig. Seine Anhänger waren sich einig darin, daß sich in einer gerechten Gesellschaftsordnung die Produktionsmittel im Besitz oder unter Kontrolle der Gesellschaft befinden müssen. In der Praxis waren allerdings die Vorstellungen davon, wie man das erreichen könne, äußerst vielfältig. Was entstanden nicht in Frankreich seit der ersten Hälfte des 19. Jh. alles für sozialistische Schulen – vom Anarchismus bis hin zum sozialen Republikanismus. Nach 1917 wurde die Konfrontation zwischen der kommunistischen und der sozialistischen Bewegung zum bestimmenden Faktor für die gesamte Gegenwartsgeschichte. Übrigens kämpften bei einer gewaltigen Prüfung, wie sie der zweite Weltkrieg darstellte, Sozialisten und Kommunisten Schulter an Schulter. Die Differenzen darum, was denn nun Sozialismus tatsächlich sei, waren allerdings zu groß, um eine Einigung über einen größeren Zeitraum hinaus zu erzielen.

Dem in der Sowjetunion begonnenen Reformprozeß kommt heute außerordentliche Bedeutung zu. Er macht uns allmählich klar, daß der Sozialismus nur eine Zukunft hat, wenn er sich auf eine wettbewerbsfähige, offene und entwickelte Wirtschaft, politischen Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit stützt. Ohne Demokratie werden wirtschaftliche Reformen immer lebensunfähige Halbheiten bleiben. Andererseits kann man sich auf politische Reformen, die nicht von einer effektiven Wirtschaft untermauert werden, nicht verlassen.

Bei seiner Wahl ist der westliche Sozialismus von diesen Voraussetzungen ausgegangen. Die Geschichte jedes westlichen Landes gestattet es, ziemlich genau den Moment zu bestimmen, da man diese Grundsätze begriffen hat. Die Republik als Staatsform wurde in Frankreich einige Jahrzehnte vor Entstehung der sozialistischen Bewegung eingeführt, doch die Ideen von Demokratie und Sozialismus sind eng miteinander verbunden. Es verging allerdings eine ganze Weile, bis sich im sozialistischen Bewußtsein zwei Wandlungen vollzogen: Zuerst sagte sich der Sozialismus von der Gewalt los, dann von der Idee eines staatlichen Vormunds.

Heute hat sich beim demokratischen Sozialismus ein Gleichgewicht eingepegelt. Achtung der Menschenrechte und politischer Pluralismus gehen einher mit der Orientierung auf eine effektive Wirtschaft und einen hohen Grad an sozialer Sicherheit.

Bei alledem ist der demokratische Sozialismus jedoch keineswegs eine magische Formel. Eine Demokratie, die ausgeht

MICHEL ROCARD:



„Heute stehen wir vor einer Herausforderung, der wir nach Möglichkeit mit gemeinsamer Kraft entgegentreten sollten“

vom Vorhandensein von Konflikten und Unterschiede zuläßt, ist nur unter Kompromißbedingungen lebensfähig. Auch der Markt kann nicht alle wirtschaftlichen Funktionen wahrnehmen. Indem er ständig Ungleichheit generiert, läßt er auch soziale Effektivität und Erfindungsreichtum zu.

Die ganz auf Freiheit fixierten Sozialisten können sich aber natürlich nicht damit abfinden, daß das Wirtschaftssystem außerhalb der bewußten Kontrolle der Menschen funktioniert. In der Tat ist eine demokratische Gesellschaft nicht nur ein Zusammenschluß freier Individuen, sondern auch eine bewußt wirkende und über die Freiheit der Wahl verfügende Gemeinschaft. Die Erfahrungen lehren uns, daß dieser Widerspruch nicht gelöst werden kann. Die Sozialisten müssen alle beiden Seiten in Betracht ziehen. Das Ziel

der demokratischen Gesellschaft besteht ja gerade darin, sich nicht den Weg mit endgültigen Entscheidungen zu verbauen, sondern eine offene Gesellschaft zu sein, damit alle Mitglieder der Gesellschaft nach ständiger Verbesserung streben können. Der Begriff Gleichheit behält seine Bedeutung als Protest gegen den Druck der sich in der Gesellschaft fügenden Umstände.

Wenn man die Ziele des Sozialismus so versteht, ist es keine leichte Aufgabe, sie zu erreichen. Vielen Völkern, die das Diktat des sozialen Durcheinanders satt haben und danach streben, die organisierte Freiheit zum Entwicklungsprinzip zu machen, geben diese Ziele Hoffnung.

Heute ist ohne Zweifel das Wichtigste, zu erkennen, daß eine bestimmte geschichtliche Epoche zu Ende geht. Die Dramatik, die sie erfüllte, wird noch lange Stoff für Geschichtsdispute liefern. Die Sozialisten des Westens sind jedoch zur Zusammenarbeit bereit, die noch vor kurzem undenkbar schien.

Vor allem die Sozialisten können ihre Erfahrungen allen zur Verfügung stellen, die Bedarf haben. Außerdem sind sie bereit, an der Klärung von Problemen mitzuwirken, die alle Menschen der Erde bewegen. Die Erhaltung des Friedens, der Schutz der Menschenrechte, Aussöhnung der Interessen von Süd und Nord, Umweltschutz – all das bedingt globales politisches Vorgehen und neue Formen der multilateralen Zusammenarbeit.

Jede neue Epoche bringt günstige Umstände mit sich, die es unbedingt zu nutzen gilt. Um die nach Beendigung des zweiten Weltkriegs vergebenen Möglichkeiten zu verwirklichen, stehen uns viele ernsthafte Veränderungen bevor. Man muß neu an das Verständnis der Souveränität eines Staates herangehen. Unabdingbar ist die Anerkennung der gewachsenen Rolle internationaler und regionaler Organisationen.

Heute stehen wir vor einer Herausforderung, der wir nach Möglichkeit mit gemeinsamer Kraft entgegentreten sollten. Wir müssen unseren Verstand und Willen für die Lösung globaler Probleme einsetzen. Wenn wir in diesem Sinne handeln, bleiben wir dem wahrhaft internationalen Geist treu, der von Anfang an die sozialistischen Ideale bestimmt hat.

Foto aus: „Express“
(Frankreich)

Grenada-Variante

Der Überfall auf Panama hat gezeigt, daß man im Weißen Haus immer noch meint, in Lateinamerika den eigenen Hinterhof vor sich zu haben

Als ich von dem amerikanischen Überfall auf Panama erfuhr, waren die Einzelheiten der Operation und die Mannschaftsstärke der von den Vereinigten Staaten eingesetzten Truppen noch nicht klar. Zuerst wollte ich gar nicht glauben, was da passiert war. Sollte Washington sich tatsächlich zu diesem Schritt entschlossen haben? Ich dachte: Vielleicht ist das ja wieder nur so ein Umsturzversuch wie der, den eine Gruppe von panamesischen Militärs Anfang Oktober unternommen hatte?

Eine Mitteilung aus Washington zerstreute meine Zweifel. Präsident George Bush hatte tatsächlich den Befehl erteilt, eine Operation durchzuführen, die das Ziel hat, den panamesischen General Manuel Antonio Noriega zu ergreifen und an ein amerikanisches Gericht auszuliefern sowie in diesem kleinen lateinamerikanischen Land „die Demokratie zu verteidigen“.

Der Präsident hatte seinen Beschluß zwei Tage vor der Intervention gefaßt. Diese Maßnahme Washingtons wurde zum Kulminationspunkt der Spannungen zwischen diesen beiden Staaten. Seit mindestens zwei Jahren hatten sich diese Spannungen verstärkt. Die ganze Zeit über wurden über Noriega, der vor noch nicht allzu langer Zeit den Amerikanern gegenüber loyal eingestellt war und, wie behauptet wird, einst sogar gewisse Aufträge für die CIA übernommen hatte, wie aus einem Füllhorn diverse Beschuldigungen ausgeschüttet: Korruption, Teilhaberschaft am Drogengeschäft, Wahlmanipulationen, politische Morde usw. Die Aktionen der Opposition in Panama gegen das Regime des Generals hatten die USA durch wirtschaftliche Sanktionen gegen Panama unterstützt.

In den letzten Monaten lebte das Land in ständiger Alarmbereitschaft. Mitte Dezember hatte die Regierung in Panama mehrere Gesetze und Dekrete verabschiedet, die Verfassungsgarantien einschränkten, und damit praktisch den Kriegszustand eingeführt. In die Presse sickerten Nachrichten durch, daß angeblich Listen mit „Landesverrättern“ bereitlägen, die für den Fall eines Konflikts zu liquidieren seien.

Im Anfangsstadium der Operation waren mehr als 20 000 Militärangehörige der USA beteiligt, sowohl die früher schon in der Kanalzone stationierten Truppen als auch aus den USA eingeflogene Verstärkung. In den folgenden Tagen trafen weitere Verstärkungstruppen ein, so daß der zahlenmäßige Umfang der Besatzungsarmee inzwischen 26 000 Mann beträgt. Das ist doppelt

so viel wie die Mannschaftsstärke der Kräfte der nationalen Verteidigung (FD), der Armee von Panama, und der paramilitärischen Freiwilligeneinheiten, der sogenannten Dignidad („Würde“-Bataillone. Sie bestehen aus Sympathisanten der regierenden Revolutionär-Demokratischen Partei und der (kommunistischen) Partei des Volkes. US-Verteidigungsminister Cheney behauptet, daß die Amerikaner in Panama zum ersten Mal einen für Radarschirme unsichtbaren „Stealth“-Jagdbomber F-117A unter Kriegsbedingungen eingesetzt hätten.

Die Amerikaner konnten den Widerstand der panamesischen Armee in der Hauptstadt schnell unterdrücken, was ihnen mit den Dignidad-Bataillonen nicht sofort gelang. Ein Teil der Soldaten und freiwilligen Kämpfer zog sich in die gebirgigen Regionen des Landes zurück, um den Kampf gegen den Aggressor fortzusetzen. Die Kampfhandlungen kamen jedoch bald zum Erliegen.

Panama City bietet inzwischen ein deprimierendes Bild. Viele Gebäude sind zerstört. Zehntausende von Menschen haben kein Dach über dem Kopf. Die Okkupanten befreien Teilnehmer der letzten regierungsfeindlichen Meuterei aus den Gefängnissen. Plötzlich befanden sich auch einige Kriminelle in Freiheit. Kein Wunder also, daß in der Hauptstadt Plündereien einsetzten. Viele Geschäfte sind ausgeräumt. Die an-

deren haben geschlossen. Inzwischen kommt der Handel nur zähhaft wieder in Gang.

Unmittelbar nach Beginn der Intervention wurde Guillermo Endara, Vorsitzender der Allianz der demokratischen Opposition, zum neuen Präsidenten von Panama ernannt. Endara hält sich mit einiger Berechtigung für den Sieger der Präsidentschaftswahlen vom 7. Mai letzten Jahres, deren Ergebnisse das Noriega-Regime annulliert hatte. In einem Interview für den 4. Fernsehkanal, der von den Amerikanern kontrolliert wird, bemängelte Endara, daß er unter den schlimmsten Bedingungen, in denen man sich als Präsident in Panama nur befinden kann, Staatschef geworden sei. Als besonders negativ bewertet er die Tatsache, daß er das Präsidentenamt übernimmt, nachdem Panama von einer ausländischen Intervention heimgesucht wurde. Dennoch plant Endara vorerst keine Neuwahlen, weil er der Meinung ist, daß er und seine Mannschaft am 7. Mai, wie es in der Verfassung vorgesehen ist, ein Mandat auf fünf Jahre erhalten hätten.

Die Regierung in Washington war die erste, die die Regierung Endara offiziell anerkannt hat. Es wurde mitgeteilt, daß die Wirtschaftssanktionen gegen Panama aufgehoben, daß Panamas auf annähernd 370 Millionen Dollar geschätzte Forderungen an die USA wieder für rechtsgültig erklärt und großzügige Kredite in Aussicht gestellt worden seien. Vorläufigen Schätzungen von Experten zufolge werden zwei bis drei Milliarden Dollar vonnöten sein, um das Zerstörte wiederaufzubauen und die Wirtschaft in Panama zu stabilisieren.

Zu den ersten Schritten der Regierung Endara gehörte die Ernennung eines neuen



Vorerst beabsichtigt man im Pentagon nicht, die US-Soldaten aus Panama abziehen

Foto: Reuter - TASS

Botschafters in den USA sowie die Ernennung der ständigen Vertreter Panamas in der UNO und der Organisation der Amerikanischen Staaten. Man meldet die Auflösung der FD und der Dignidad-Bataillone. An ihrer Stelle ist geplant, „gesellschaftliche Kräfte zur Aufrechterhaltung der Ordnung“ zu gründen. Über tausend ehemalige Militärangehörige der FD haben der neuen Regierung bereits den Fahneneid geleistet. Auch ehemalige FD-Offiziere, die einst Noriega unterstützt hatten, haben inzwischen führende Positionen bei den „gesellschaftlichen Kräften“. Die Kommandeure vieler Garnisonen in der Provinz haben ihre Posten behalten. Das mag ein Indiz für einen gewissen Kompromiß zwischen der neuen Regierung und den Militärs in Panama sein.

Währenddessen haben es die meisten Länder nicht besonders eilig, die Regierung Endara anzuerkennen.

Noriega zu ergreifen ist den Amerikanern nicht gelungen. Einige Zeit war überhaupt nichts über seinen Aufenthaltsort bekannt. Die Washingtoner Regierung versprach demjenigen eine Million Dollar, der ihr helfen würde, herauszufinden, wo Noriega sich aufhielt. Es sieht so aus, als würde diese runde Summe keinen neuen Besitzer finden. Noriega wurde selbst in der Botschaft des Vatikans in Panama vorstellt und bat um politisches Asyl. Truppen der USA haben die Vatikan-Vertretung umzingelt. Zuvor schon hatten sie die Botschaften von Nikaragua, Kuba und Libyen blockiert, weil sie meinten, Noriega könne sich dort versteckt haben.

Inzwischen wird die Frage erörtert, ob der ehemalige Präsident von Panama in ein drittes Land ausreisen könne. Spanien hat ihm die Einreise bereits verweigert und verwies auf eine Abmachung mit den USA, Personen an die Vereinigten Staaten auszuliefern, die des Drogenhandels angeklagt sind. Der Vertreter des kubanischen Außenministeriums erklärte, daß sein Land „General Noriega politisches Asyl gewähren würde, wenn er sich mit einer solchen Bitte an uns wendet“. Auch Peru soll sich bereit erklärt haben, Noriega aufzunehmen.

In einem Interview für die „Neue Zeit“ schätzte der stellvertretende Außenminister der UdSSR, Viktor Komplektow, der sich gerade in Managua aufhält, die amerikanische Aktion in Panama als einen großen politischen Fehlschlag ein. Das Weiße Haus, sagte er, sehe in Lateinamerika nach wie vor seinen Hinterhof. Wieder einmal hätten die USA gegenüber den lateinamerikanischen Völkern eine Frontstellung bezogen.

„Man hört immer wieder folgenden Standpunkt: Die Annäherung der beiden Großmächte, besonders die Begegnung auf Malta, habe Aggressionshandlungen der USA in Mittelamerika grünes Licht gegeben. Das hat jetzt schon zur Invasion in Panama geführt...“

„Das stimmt, diese Meinung taucht hin und wieder auf. Mehr noch, mehrere Leute sind der Meinung, daß der sowjetisch-amerikanische Dialog eine Brutalisierung der

Politik der USA gegenüber allen anderen Entwicklungsländern fördere. Ich verstehe bloß nicht, von welchen Motiven sich die Urheber dieser Theorie leiten lassen. Wenn sie das Wesen der sowjetischen Außenpolitik nicht begriffen haben, wäre das halb so schlimm. Wäre das der Fall, müßte man uns Diplomaten und auch den Journalisten die Schuld geben. Dann hätten sie es nämlich nicht vermocht, Ziele und Aufgaben des neuen politischen Denkens hinreichend deutlich zu machen. Noch schlimmer ist aber, wenn diejenigen, die diese Version verbreiten, vorhaben, gewisse Aspekte der sowjetischen Außenpolitik in Mißkredit zu bringen.“

Ich möchte noch einmal kurz an das Wesen des neuen Denkens erinnern: Es soll die Suche nach friedlichen Wegen und Lösungen von internationalen Problemen erleichtern. Die Begegnung auf Malta hat den beiden Großmächten dazu verholfen, sich weiter zu einem Verständnis verschiedener globaler Fragen vorzuarbeiten. Über regionale Konflikte läßt sich das leider nicht sagen. Wir sind dafür, die Prinzipien des neuen Denkens auch auf diese Konflikte auszudehnen.“

„Im Zusammenhang mit der Krise in Panama: Kommt der Vorschlag der führenden Politiker einiger Länder in Mittelamerika nicht gerade rechtzeitig, die UdSSR und die USA zu einer aktiveren Teilnahme an einer friedlichen Regelung in dieser Region zu bewegen?“

„Mit dieser Fragestellung würde ich noch etwas abwarten. Meines Erachtens ist es sehr viel wichtiger, daß niemand den Prozeß der Regulierung in Mittelamerika stört. Ich möchte nicht im einzelnen darauf eingehen, was die UdSSR in letzter Zeit getan hat, um diesen Prozeß günstig zu beeinflussen. Es reicht, an unsere mit Managua abgestimmte Entscheidung zu erinnern, die militärischen Lieferungen nach Nikaragua einzustellen. In der UdSSR hat man die Vorschläge des UNO-Generalsekretärs Perez de Cuellar an die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion und Kuba begrüßt, sich an multilateralen Beratungen für eine mittelamerikanische Regelung zu beteiligen“, bemerkte Viktor Komplektow zum Abschluß.

Wenn wir noch einmal auf die Situation in Panama zurückkommen, müssen wir uns fragen, wie die Besatzungskräfte sich jetzt selbst sehen. Zu Beginn der Intervention hatte es in Washington geheißt, sie würden bald wieder abgezogen werden. Ähnliche Voraussagen hatte es auch nach der Einmischung von US-Truppen 1983 in Grenada gegeben, während die amerikanischen Militärangehörigen dort über ein Jahr verblieben sind. Auch heute erklärt US-Außenminister James Baker, die Fristen für den Abzug betreffend: „Es wäre ein Fehler, konkrete Daten zu nennen.“ Vorerst ist nur klar, daß infolge der bewaffneten Aggression der USA gegen Panama ein weiterer neuralgischer Punkt auf der politischen Weltkarte entstanden ist.

Juri Kudimow

NZ-Korrespondent
MANAGUA

Über das Treffen mit zwei Führern des Afrikanischen Nationalkongresses berichtet der NZ-Korrespondent Nikolai Reschetnjak

Mehr als hunderttausend Menschen aus fast allen Gegenden des Landes waren nach Soweto, einer Vorstadt von Johannesburg gekommen, um die Befreiung von acht bekannten politischen Führern zu feiern, die wegen eindrucksvoller Auftritte gegen die Apartheid im ganzen Land freigelassen worden waren. Unter ihnen sind der ehemalige Generalsekretär des Afrikanischen Nationalkongresses Walter Sisulu und sein Kampfgenosse Ahmed Kathrada, die mehr als ein Vierteljahrhundert in Gefangenschaft verbracht hatten.

Die Gefangenen werden freigelassen

Zum Anlaß der Befreiung der Führer des ANC fand ein Meeting statt, das zur größten und wichtigsten Demonstration gegen die Apartheid in der gesamten Geschichte Südafrikas wurde.

Das erste Mal seit dreißig Jahren traten die Führer der 1960 verbotenen und im Untergrund arbeitenden Organisation offen vor einem großen Publikum auf.

Ohne Zweifel handelt es sich dabei um eine prinzipiell neue Erscheinung im politischen Leben der Republik Südafrika. Es ist ein Zeugnis für die realen Veränderungen in der Politik der führenden Kreise der Republik Südafrika. Der Präsident der Republik Frederik W. de Klerk bekundete seine Absicht, den schon seit einer Reihe von Jahren herrschenden Ausnahmezustand außer Kraft zu setzen.

Zugegeben, die Veränderungen im Land gehen langsam voran. Die Abschaffung der drakonischen Gesetze in den verschiedenen Regionen der Republik Südafrika erfordert eine gewisse Zeit.

Trotzdem ist das Erreichte ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Demokratisierung der südafrikanischen Gesellschaft. Natürlich sind diese Veränderungen nicht nur der Ausdruck guten Willens der Machthaber der Kap-Republik. Die Regierung von Pretoria war durch den mutigen Kampf der Stammbevölkerung für ihre Rechte gezwungen, mit der Freilassung der politischen Gefangenen zu beginnen. Schließlich hat auch die Weltöffentlichkeit, die nicht mehr gewillt war, einen Anachronismus wie die Apartheid hinzunehmen, ihr Wort mit in die Waagschale geworfen.

Früher war es den Machthabern der Republik Südafrika ein leichtes, mit der demokratischen Bewegung fertig zu werden, indem sie das Ausnahmerecht anwandte und alle Demonstrationen und Meetings gegen die Apartheid einfach verbot oder Menschen ohne Gerichtsverhandlung oder gerichtliche Untersuchung hinter Gittern verschwinden ließ. Jetzt sind die ersten politischen Gefange-

Die Macht der Mehrheit



Walter Sisulu und Ahmed Kathrada

Foto: der Autor

nen freigelassen worden. Zwei von ihnen sind meine Gesprächspartner.

Eine Schnellstraße führte uns aus dem Zentrum von Johannesburg nach Soweto. Am Steuer sitzt Jerry Madjotladu, der Pressesekretär des Nationalen Bergarbeiterverbandes. Der verhältnismäßig junge Mann spricht in tiefer Verehrung von Walter Sisulu, dem Helden des ANC. Daran ist nichts Verwunderliches. Sisulu hat mehr als ein Vierteljahrhundert in Folterkammern verbracht. Der vierzigjährige Madjotladu erzählt, daß der Name Walter Sisulu für ihn und seine Kampfgenossen eine Parole für Aktionen massenhaften Widerstandes gewesen sei. Jerry selbst saß zehn Jahre lang in Gefängnissen des Apartheidregimes. Und warum saß er hinter Gittern? Weil er gegen die Rassendiskriminierung gekämpft hatte.

Die Zeit ist noch nicht reif für Gespräche

Inzwischen sind wir in Soweto angekommen. Das Haus von Walter Sisulu ist nicht schwer zu erkennen. Die Straße ist an der Einfahrt zu seinem Haus mit leeren Fässern blockiert, an der Pforte stehen junge Mitglieder des ANC. Jerry kennt man hier, seine Empfehlung reicht aus, meine Papiere werden nicht kontrolliert.

Die Einrichtung des Hauses dieses Führers des ANC macht einen ganz bescheidenen Eindruck, und überall spürt man strenge Organisation und Ordnung.

Der sowjetische Gast wird brüderlich empfangen. Oft hört man das Wort „Genosse“. Neben Walter Sisulu sitzt sein Kampfgenosse Ahmed Kathrada.

W.Sisulu. In den schwersten Minuten der Haft hat uns die Erinnerung an den heldenhaften Kampf der russischen Revolutionäre gestärkt, die manchmal auch um den Preis des eigenen Lebens allen ein Beispiel für Standhaftigkeit und Treue zur Revolution demonstrierten...

A.Kathrada. Wir haben immer gesagt, daß

die Sowjetunion ein großer Freund der Völker ist, die gegen alle Formen der Unterdrückung gekämpft haben. Sie haben uns ständig selbstlose Hilfe erwiesen. So etwas vergißt man nicht. Ich glaube, daß sich diejenigen auf dem Holzweg befinden, die uns jetzt auseinanderzubringen versuchen, weil sie sich in der Sicherheit wähnen, daß die UdSSR jetzt ihre Innen- und Außenpolitik ändert und ihre alten Freunde im Stich lassen will. So können die Perestroika nur diejenigen verstehen, die ihren wahren Sinn nicht erkannt haben. Wir sind davon überzeugt, daß die Veränderungen in Ihrem Land darauf gerichtet sind, eine demokratischere und lebenswertere Welt zu schaffen, in der jeder Mensch und jedes Volk ein Recht auf Glück hat.

Für diese Ideale setzen auch die Kämpfer für ein neues, demokratisches Südafrika ihr Leben ein, in dem es keine Rassendiskriminierung mehr gibt.

NZ. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Situation in der Republik Südafrika?

W.S. Die Analyse zeigt, daß sich im Land völlig neue Kräfteverhältnisse bilden. Es kann keine Rückkehr zu den alten Verhältnissen geben. Die Massen, die um den ANC und andere demokratische Bewegungen versammelt sind, fordern die Abschaffung der Apartheid.

A.K. Uns scheint, daß auch die Machthaber in unserem Land zu begreifen beginnen, daß man den Afrikanischen Nationalkongreß nicht weiter ignorieren kann. Wenn die politischen Gefangenen freigelassen sind, tritt die Frage nach der Legalisierung des ANC ganz in den Vordergrund. Die Mehrheit in unserem Lande unterstützt unser Programm, eine demokratische Gesellschaft ohne Rassenschranken zu errichten. Es ist ein Programm von Südafrikanern für Südafrikaner, ohne Unterschied der Hautfarbe.

NZ. Wie schätzen Sie die Möglichkeit ein, direkte Gespräche zwischen dem Afrikanischen Nationalkongreß und der Regierung der Republik Südafrika zu beginnen, Gespräche,

die möglicherweise Perspektiven für die Zukunft des Landes festlegen?

W.S. Wir haben die Idee, Kompromisse in direkten Diskussion mit Pretoria zu suchen, nie abgelehnt. Allerdings sind dafür bestimmte Grundvoraussetzungen nötig. Wir sind der Ansicht, daß die Zeit für solche Gespräche noch nicht gekommen ist.

A.K. Wir können uns heute nicht an den Verhandlungstisch setzen, weil trotz der kosmetischen Veränderungen in der Republik Südafrika nach wie vor Nelson Mandela und andere politische Gefangene im Kerker sitzen und die Polizei, genau wie bisher, ungesetzlich gegen die Stammbevölkerung des Landes vorgeht.

Also ist, wie auch Genosse Sisulu schon gesagt hat, die Zeit für Gespräche noch nicht gekommen.

NZ. Wie beurteilen Sie, wenn die Dinge so stehen, die ersten Umgestaltungen, die Fredrik de Klerk vorgenommen hat? Wie sind sie zu bewerten, als Änderung der Politik oder als Manöver, dessen Ziel der Machterhalt der weißen Minderheit ist?

W.S. Noch ist es verfrüht, von einer Änderung der Politik zu sprechen. Die durchgeführten Reformen sind kein Geschenk der führenden Kreise. Sie sind das Resultat des Kampfes, den der ANC und andere demokratische Kräfte des Landes führen. Nach wie vor sehen wir das Problem der Apartheid mit verschiedenen Augen.

In Pretoria versucht man es zum Beispiel als große Errungenschaft zu verkaufen, daß man politische Gefangene freigelassen hat. Wir sagen auch, daß das wichtig ist, aber die eigentliche Frage ist der Kampf um die Macht. Das ist das eigentliche strategische Ziel unserer Organisation. Wobei in Betracht zu ziehen ist, daß es nicht um die Macht von Führern geht, sondern um die Macht für die Mehrheit, die bis jetzt nicht einmal das Wahlrecht hat.

NZ. Die Zeit, in der wir leben, erfordert in komplizierten politischen Fragen Beschlüsse, die im Geist des Kompromisses getroffen werden. Wenn Sie diese Realität berücksichtigen, welche Formen und Methoden des Widerstandes planen Sie anzuwenden, um ihr Ziel zu erreichen?

W.S. Wir sind der Ansicht, daß der ANC, solange sich nicht grundlegende Veränderungen im Lande ergeben, legale wie auch illegale Formen des Kampfes anwenden wird.

Große Hoffnungen legen wir auf die Konsolidierung der demokratischen Kräfte im Lande.

Wir schätzen die Tatsache hoch ein, daß sich die weiße Bevölkerung immer aktiver in den Kampf gegen die Apartheid einsetzt. Ist das etwa kein Anzeichen dafür, daß das Land sich auf der Schwelle großer Veränderungen befindet, die ein neues Kapitel in seiner Geschichte aufschlagen?

* * *

Ich fuhr mit einem Gefühl der Befriedigung aus Soweto zurück. Ich hatte Menschen getroffen, die, obwohl sie sich jahrelang in schwerer Haft befunden hatten, in ihrer Seele doch das Wesentliche bewahrt hatten: das Streben, Südafrika Frieden und Wohlstand zu bringen. Für alle. Für jeden.

JOHANNESBURG – SOWETO

Padre Bartolomae:**„Meine Religion ist die Menschlichkeit“**

Als Philosoph, Pädagoge, Persönlichkeit des öffentlichen Lebens und Beichtvater des Königs ist Padre Bartolomae eine bemerkenswerte Figur in der spanischen Politik. In seinem Interview für die „Neue Zeit“ spricht er über die Bedeutung moralischer und geistiger Werte bei der Gestaltung einer polyzentrischen Gemeinschaft der Nationen und Staaten

Nachdem man uns in ein Wohnzimmer geführt hatte, bat man uns, ein wenig zu warten. An der Wand gegenüber dem Eingang hing eine Darstellung des gekreuzigten Christus. Bücherregale an den Wänden. Ein Telefon. Ein runder Mahagonitisch und mehrere Sessel.

Das dem Dominikanerorden gehörende Haus mit dem kleinen Garten liegt an der Straße der Heiligen Jungfrau Maria. Der nie verstummende Lärm von den Plätzen und Straßen Madrids gelangt nicht hier herein. Stille. Hinter den Fenstern, die mit Stores verhängt sind, herrscht dieses Dezemberwetter.

Er tritt mit weichem kräftigem Gang ein. Er trägt einen handgestrickten Pullover und ein schweres Kreuz vor der Brust. Der Hemdkragen steht offen. Das glattrasierte, ein wenig längliche Gesicht atmet Morgenfrische.

Padre Bartolomae ist der Herr dieses Hauses und zweifellos eine dominante Persönlichkeit. Temperament in Verbindung mit geistiger Tiefe, erneuernder Anspruch und Traditionsverbundenheit, ein Herz voller Glauben und eine Ironie, die ihn nie im Stich läßt. Ein Philosoph, Pädagoge, ein Prominenter. Der Beichtvater des Königs.

Vor dieser Begegnung hatte ich mich im Wörterbuch vergewissert, was unter einem Beichtvater zu verstehen ist. „Ein Beichtvater“, klärte der akademische Band mich auf, „ist ein Geistlicher, der einer Person die Beichte abnimmt.“ Der vollständige Name des Mannes, mit dem der Padre ständigen Umgang pflegt: Juan Carlos Alfonso Victor Maria de Bourbon y Bourbon.

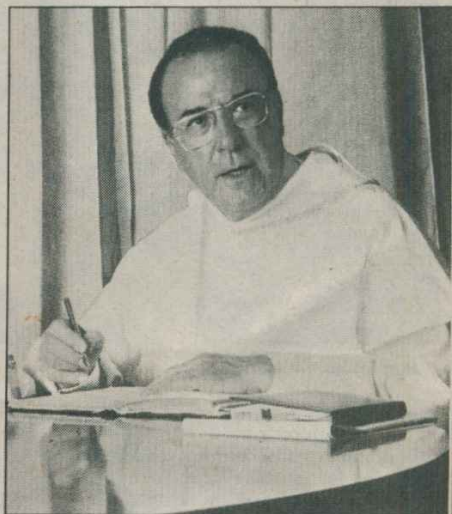
Zum ersten Mal hat das Schicksal sie vor fast 30 Jahren zusammengeführt: den jungen Sproß von Don Juan, Graf von Barcelona und dritter Sohn des spanischen Königs Alfonso XIII., den die Republikaner im April 1931 gestürzt hatten und der seitdem in der Verbannung lebte, und den angehenden Diener Gottes. Zwei junge Männer, vom hohen Mal der Vorsehung noch nicht gezeichnet.

Zu jener Zeit war Padre Bartolomae aus der Provinz in die Hauptstadt gereist, um sich an der Gründung eines neuen Bildungszentrums zu beteiligen.

„Die Idee bestand darin“, erinnert sich der Padre, „die besten europäischen Pädagogen für eine Arbeit bei uns zu interessieren und damit die spanischen Kinder der Notwendigkeit zu entheben, ihre geistige Bildung im Ausland zu suchen. Juan Carlos, damals noch Student an der Universität Madrid, stand diesem Experiment sehr aufgeschlossen gegenüber. Er war oft im Bildungszentrum. Dort haben wir uns wohl sympathisch gefunden, und so setzte unsere Annäherung ein.“

Ihrer herzlichen und vertrauensvollen Beziehung war es beschieden, noch viele Jahre zu wahren.

Das unausrottbare Interesse am Werden einer menschlichen Persönlichkeit und sein Kommunikationsbedürfnis erlauben Padre Bartolomae nicht, allzu lange an einem Ort zu verweilen. Er reist viel in der Welt herum, einerseits als Diener der Kirche,



noch häufiger allerdings als Präsident einer humanitären Stiftung, einer großen privaten Organisation, die sich ausschließlich von humanitären und der Aufklärung dienenden Zielen leiten läßt. Die Stiftung führt zu Begegnungen und Diskussionen junge Leute aus verschiedenen Ländern unabhängig von ihrer sozialen und religiösen Zugehörigkeit zusammen und bemüht sich, sie zu selbständigem Denken und einem verständnisvollen Umgang mit den Erfahrungen der vorangegangenen Generationen zu erziehen. Die jungen Leute, meint der Padre, müssen lernen, einander zuzuhören und sich auf verschiedene Standpunkte einzulassen, um auf dieser Grundlage eigene unverwechselbare Entscheidungen zu treffen. Das ist in gewisser Hinsicht so wie bei mathematischen Aufgaben: Geistige Arbeit soll nicht dazu führen, uniform zu denken, sondern über ein und dasselbe verschieden zu denken.

Hier noch ein weiterer Wesenszug meines Gesprächspartners. 1979 hatte er bei sich zu Hause einige Kinder aus der Sowjetunion aufgenommen. Sie waren zum Internationalen Jahr des Kindes zu einer Begegnung nach Madrid gefahren. Damals war es nicht gerade üblich, jungen oder erwachsenen Bürgern aus sozialistischen Ländern Sympathien entgegenzubringen. Der eine oder andere versuchte, das dem Padre anzukreiden. Er aber verriet seinen Glauben an den Vorrang der menschlichen Einigung nicht, so, wie er sich auch treu blieb, als er dreimal in die Sowjetunion fuhr, ohne die Kirchenhierarchie um ihren Segen ersucht zu haben. Er setzte sie in Kenntnis.

Der Gedankenaustausch mit verschiedenen Menschen, unter anderem auch mit den Hierarchen der russisch-orthodoxen Kirche bekräftigte ihn in seinem Gedanken, daß unsere beiden Länder, die im äußersten Osten und im äußersten Westen des europäischen Kontinents gelegen sind und in vieler Hinsicht durch historische Gemeinsamkeiten ver-

bunden sind, zueinander finden müssen. Diese Überzeugung ließ ihn letzten Endes in der Freundschaftsgesellschaft UdSSR – Spanien Vorstandsmitglied werden.

Die ungewöhnliche Persönlichkeit des Padre und die Vielseitigkeit seiner Interessen legen meine erste Frage nahe: Welche Mission findet er für sich persönlich wichtiger? Welcher Posten hat für ihn Vorrang?

„Ich glaube“, sagt er, „daß ich kaum irgendeinen hohen Posten bekleide, mit einer einzigen Ausnahme, und zwar ist das eine Aufgabe, die mir vorschreibt, mich für das menschliche Wesen zu begeistern und den Menschen bei seinem persönlichen Integrations- und Entwicklungsprozeß zu begleiten. Wenn ich in der Welt herumreise oder in Spanien arbeite, stellt nichts anderes für mich einen Wert dar. Außer der Möglichkeit und meiner Fähigkeit, dem Menschen zu dienen, sei er hier neben mir oder irgendwo weit von mir entfernt. Damit möchte ich sagen, daß ich selbst gar keine so wichtige Person bin. Mein größter Reichtum ist mein Gespür dafür, daß ich für andere nützlich sein kann.“

Mein ganzes Leben lang lerne ich weiter. Die Kenntnisse, die ich habe, führen mich immer nur zu einer einzigen Wahrheit: Man muß lernen, dem anderen zuzuhören und ihn wahrzunehmen. Selbst wenn dieser Mensch mich nicht braucht. Wenn ich aber an ihn glaube, gebe ich ihm den Wunsch und das Bedürfnis zurück, seine Zukunft in die eigenen Hände zu nehmen. In dieser Eigenschaft biete ich mich allen Ländern und Menschen der Welt an, selbst wenn der eine oder andere meint, auf meine Dienste verzichten zu können.“

„Sie sprechen davon, daß Sie den Menschen dienen wollen. Was heißt es aber heutzutage, Mensch zu sein? Die menschliche Zivilisation, die über unzählige Erleuchtungen und Opfer geschaffen wurde, kann durch eben diesen Menschen von einer Minute auf die andere vernichtet werden.“

„Ja, das ist so. Heutzutage schweben wir in Lebensgefahr. Um sie zu überwinden, brauchen wir mehr von dem, was ich als Licht oder als Aufhellung bezeichne. Ein solches Licht schafft Offenheit, Klarheit und Raum für den Dialog. Menschen, die keinen Dialog führen, gehören der Vergangenheit an. Ich bin froh, daß es heute mehr Licht gibt als früher.“

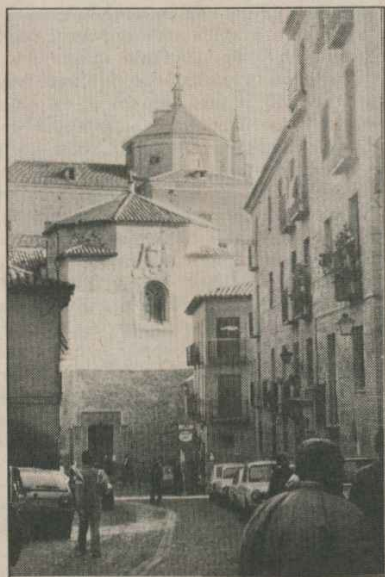
Ich werde die jüngste Begegnung zwischen Herrn Gorbatschow und dem Papst nie vergessen. Ein solches schönes Lächeln im Gesicht Ihres Staatsoberhauptes habe ich zum ersten Mal gesehen. Er strahlte ein Licht aus, das aus der Tiefe seiner Seele strömte. Auch der Papst hatte ein solches Lächeln im Gesicht, weil er sich aufrichtig über diese Begegnung gefreut hat. Beide haben schließlich ihre bedeutende und edle Mission erkannt.

Ich muß gestehen, daß für mich als Diener der katholischen Kirche ein solches Licht übereinstimmenden Schaffens die höchste Erscheinungsform menschlichen Wesens ist.“

Beim Rückblick auf sein bisheriges Leben sagt der Padre, daß er seine ersten 30 Jahre wie ein gewöhnlicher Mensch aus der Provinz verbracht und kein einziges Mal über religiöse

Fragen nachgedacht hatte. Er studierte an der Universität Barcelona und war dann Rechtsanwalt. In der täglichen Auseinandersetzung mit Ungerechtigkeit und menschlicher Not beschloß er schließlich, sich Gott zu weihen und Geistlicher zu werden. Die Menschen können nicht friedlich miteinander auskommen, wenn sie sich nicht Gott annähern, nach seinen Geboten leben und die Weisheit der Lehre Christi in sich aufnehmen.

„Alles, was in unseren Tagen vor sich geht“, sagt der Priester, „würde ich als neue Auferstehung bezeichnen. Sie kam aus den Händen von sehenden Menschen nach Europa und in unsere Welt. Unser alter Kon-



Kirche in Toledo

Foto: der Autor

tinent verändert sich vor unseren Augen. Die Quelle dieser Veränderungen ist der Prozeß, der in der Sowjetunion als Hinwendung zu Erneuerung und Reformen geboren wurde. Dieser Bewegung ist die ganze Menschheit entgegengekommen. Gerechtigkeit und Wahrheit sind einander begegnet und haben sich umarmt. Wenn Gerechtigkeit und Wahrheit eine Verbindung eingehen, entsteht Freiheit.

Überlegen wir doch einmal. Rom, der Vatikan, Malta, der Passagierschiff. Dieses Schiff hat Licht nach West- und Osteuropa gebracht. Es hat Spannungen beseitigt und unsere Welt gelassener und sicherer gemacht. So etwas vermag das Licht des Vertrauens.“

Die Begegnungen im Vatikan und auf Malta machten aus uns allen tatsächlich Bewohner einer neuen Welt, einer veränderten Welt. Einer Welt der Partner und nicht der Gegner. Glaubt der Padre, daß der Übergang zu dieser neuen Qualität unumkehrbar ist?

„Natürlich finden solche Veränderungen nicht von heute auf morgen statt. Sie müssen lange vorbereitet werden und bringen die Einsicht in eine Notwendigkeit zum Ausdruck. Wer diese Notwendigkeit eingesehen hat, wird zum Gestalter der Geschichte.“

Ich habe jetzt drei hervorragende Politiker

vor Augen, die Geschichte machen. Einer von ihnen ist der Papst. Wer wollte behaupten, daß er nicht von einem neuen Europa geträumt hätte? Ich erinnere mich noch an den ersten Besuch des Papstes in Spanien und an seine Worte, die er in Gegenwart Seiner Majestät des Königs aussprach, als eine riesige Menge von Gläubigen sich versammelt hatte: „Europa muß wieder Europa werden.“ Er sprach von einem gemeinsamen Haus für alle Europäer, in dem es keine trennenden Schranken mehr geben sollte. Die Schaffung eines solchen Europas wurde zu seinem sehnlichsten Ziel. Als dann der 1. Dezember 1989 kam, habe ich auf dem Gesicht des Papstes keine Anzeichen seiner früheren Besorgnis mehr gesehen. Sein ganzes äußeres Erscheinungsbild sprach dafür, daß dieser Wunsch jetzt anfängt, in Erfüllung zu gehen.

Die Möglichkeit eines neuen Europa und eines gesamteuropäischen Hauses war schon in den Abkommen von Helsinki angelegt. Mittlerweile ist dieser Prozeß schon so weit gediehen, daß man von einer neuen Konferenz in Helsinki sprechen kann. Als ich dann Gorbatschows Gesicht im Fernsehen sah, hatte ich das Gefühl, daß auch er seinen Weg von der Sorge um das Schicksal des Kontinents zu klarer Überzeugung zurückgelegt hat, daß ein beträchtlicher Teil der Arbeit bereits getan ist.

Damit möchte ich sagen, daß ein großes Ziel große Kräfte hervorbringt. Wenn den Menschen ein großes Ziel beflügelt, bringt es ihm auch Vertrauen und Achtung von anderen ein. Dieses Vertrauen gibt ihm neue Kraft und bringt neue Hoffnungen hervor.

Ohne Hoffnungen kann niemand leben. Wir brauchen sie, wie die Erde den erquickenden Regen. Es gab eine Zeit, da wurde die Hoffnung an falsche Ziele gebunden. Ihre Unhaltbarkeit rief bei den Völkern Verärgerung hervor. Heute brauchen wir Zeit und Raum, damit der Weg des Fortschritts und des Wohlstands nicht nur mit materiellen Werten gepflastert wird. In seinen Bau sollten auch moralische, sittliche und geistige Kräfte einfließen. Nur sie können der Menschheit den Weg in eine bessere Welt eröffnen.

Daß alle das Gleiche denken, gibt es nicht. Das muß auch gar nicht so sein. Im Gegenteil, wenn nämlich zwei, drei oder zwanzig Menschen etwas Eigenes denken, kann bei ihrem Gedankenaustausch Neues geboren werden. Es kommt nur darauf an, daß sie alle denselben moralischen Kompaß benutzen und an dieselben geistigen Werte glauben. Die ganze europäische Kultur ist ein Beweis dafür, daß es diese Möglichkeit gibt.

„Geschichte ist ein Prozeß“, sagt der Padre. „Es ist unmöglich, den gestrigen Tag aus dem Gedächtnis zu streichen, und genauso unmöglich ist es, nur in der Vergangenheit zu leben. Zum gegenwärtigen für Europa historischen Zeitpunkt müssen wir uns von einem festen Glauben an den morgigen Tag durchdringen lassen. Auch ein Flugzeug muß erst seine Motoren warmlaufen lassen und braucht eine Startbahn, wenn es abheben will. Wenn es erst die nötige Geschwindigkeit erreicht hat und aufgestiegen ist, kommt es bald auf schwindelerregende Geschwindigkeit und läßt den

Abstand zwischen Ländern und Kontinenten immer kürzer werden. Die heutigen Veränderungen in Europa und der Welt lassen sich durchaus mit einem solchen Flug vergleichen. Darüber kann man sich nur freuen. Jetzt muß man den richtigen Kurs halten und darf sich nicht vom Weg abbringen lassen. Das hängt in erster Linie von denen ab, die die Steuer in der Hand haben."

Glaubt er an die Weisheit der gegenwärtigen Politiker?

"Mir scheint", antwortet der Padre, "sie brauchen nicht so sehr Weisheit als vielmehr Menschlichkeit. Die Einsicht in den Primat allgemeiner Menschheitswerte über alles andere."

Das Schönste in diesem Zimmer ist das Fenster. Wenn man die Gardinen wegzieht, eröffnet sich vor uns eine erstaunliche Landschaft. Natur und Menschen sehen wir so, wie sie sind. Wenn Sie bei sich zu Hause von Glasnost sprechen, verstehe ich das so, daß sie damit Durchsichtigkeit, Zugänglichkeit und Offenheit meinen. Herr Gorbatschow hat den Vorhang aufgezogen, damit alle Ihre Absichten deutlich sehen und beurteilen können. Er ruft die ganze Menschheit auf, die Fenster aufzureißen und sich unvoreingenommen selbst anzuschauen. Dafür bin ich Gorbatschow von Herzen dankbar. Ich möchte ihm sagen, daß er nicht alleine ist. Viele, sehr viele Menschen in der Welt wollen so sein wie er. Während ich mich so hell auf begeistert über ihn äußere, möchte ich damit sagen, daß ich selbst davon träume, ihm ähnlich zu sein."

Ich frage meinen Gesprächspartner, was er von der Konzeption eines neuen Denkens in internationalen Angelegenheiten, wie es die Sowjetunion ins Gespräch gebracht hat, hält. Könnte es einmal so weit kommen, daß sich diese Idee in der internationalen Öffentlichkeit durchsetzt?

"Ohne Zweifel, das hat jetzt schon angefangen, weil diese Idee tiefest moralisch ist."

Ich bin auf einer Erde geboren und großgeworden, wo schon seit Menschengedenken Zitronen und Apfelsinen angebaut werden. Ich kann mich an keinen Fall erinnern, daß Apfelsinen auf einem Zitronenbaum wuchsen oder umgekehrt. Das wäre wider die Natur. Ich weiß aber, was man tun muß, damit die Früchte meines Baumes die besten im ganzen Umkreis werden. Dafür muß man den Baum gut pflegen, trockene Triebe rechtzeitig entfernen, ihn gießen und düngen. Bei der Moral ist das genauso. Sie kann herunterkommen. Unter der Einwirkung belebender Kräfte dagegen kann sie Wunder vollbringen. Die menschliche Persönlichkeit kann, ohne sich auf moralische Werte zu stützen, nicht bestehen und sich nicht entfalten. Die Menschen brauchen sie. Das heißt aber, daß Ihre edle Idee der Zusammenarbeit um einer besseren Zukunft willen menschlichen Forderungen genügt und mit der uns von Gott auferlegten Idee einer brüderlichen Menschheit harmoniert."

Gott und Mensch. Ein gewaltiges Thema. Ich habe Gott noch nie gesehen, ich habe nur Menschen gesehen, die ihn in ihren Herzen tragen."

Vor zwei Monaten kam Ihr Kosmonaut Aksjonow von seinem Weltraumflug zurück

und sagte, daß er keinen Gott gesehen habe. Ich beglückwünsche ihn zu dieser Entdeckung. Er konnte gar nichts sehen, weil Gott nicht materiell ist. Materiell sind unsere Welt und die darin lebenden Menschen. Materiell bin ich, sind Sie, der Greis, der Jüngling, der Trinker, der in der Gosse liegt, die Frau, die Wäsche wäscht. Gott selbst aber hat kein Bild. Er ist in uns. Deshalb bin ich auch sicher, Gott zu dienen, wenn ich den Menschen diene. Das Wichtigste in meinem Leben ist Gott, also der Mensch. Der einzelne und die ganze menschliche Gemeinschaft. Ich habe schon längst begriffen, daß ich kein Thema für eine Unterhaltung suchen muß, ich muß nur zuhören und antworten. So verlaufen auch die Gespräche zwischen dem spanischen König Juan Carlos und mir."

Als mein Gegenüber diesen Namen ausspricht, hält er inne, als sei er vor einer unsichtbaren Trennwand stehengeblieben. Das Beichtgeheimnis ist heilig. Niemandem ist es erlaubt, sich an ihm zu vergreifen. Trotzdem frage ich den Padre, was es für ihn bedeutet, Beichtvater des Königs zu sein. Schließlich ist ihre Beziehung Gegenstand diverser Gerüchte. Seinerzeit schrieben die Zeitungen, Juan Carlos habe es dem Rat seines Beichtvaters zu verdanken, daß er eine so erstaunliche Festigkeit an den Tag legte, als im Februar 1981 putschende Generale die Demokratie in Spanien ernsthaft bedrohten. Standhaftigkeit und Entschlossenheit des Königs ermöglichten es den Verschwörern nicht, die Armee für ihre Ziele zu mißbrauchen. Damit war das Scheitern des Militärputschs sicher. Später hieß es, daß die Idee für einen Besuch des spanischen Staatsoberhauptes 1984 in der Sowjetunion unter dem Eindruck von Erzählungen des Padre über seine Reisen in unser Land zustande gekommen sei.

Padre Bartolomea streitet entschieden ab, daß er etwas mit den Beschlüssen des Staatsoberhauptes zu tun habe.

"Man gibt Königen keine Ratschläge", sagt er, "und ich glaube, sie würden ihnen auch nicht folgen."

Was es heißt, Beichtvater des Königs zu sein? Für mich ist das ein wertvolles Geschenk. Ich achte Seine Majestät sehr, weil er zu den Menschen gehört, die sich und anderen glauben und den Fortschritt fördern. Juan Carlos ist dermaßen natürlich, aufrichtig und schlicht, daß nur Gott allein weiß, daß er ein König ist.

Ich kann mich unentwegt für ihn begeistern und bin mir ständig dessen bewußt, wie verantwortungsvoll die Mission ist, die ich erfülle. Ihr Sinn besteht darin, einen Menschen sich selbst sein zu lassen."

Ich habe den Eindruck, daß auch die einfachen Spanier ihrem Monarchen ähnliche Gefühle entgegenbringen.

Farbfotos des königlichen Paares sieht man nicht nur in offiziellen Arbeitszimmern, sondern auch in normalen Wohnhäusern. Die Volksseele assoziiert den Monarchen mit einem aufrichtigen und charakterfesten Mann, dem jede Geziertheit fernliegt und der ein offenes und umgängliches Wesen hat.

1948 wurde nach einer Übereinkunft zwischen Franco und Don Juan von Barcelona dessen 10jähriger Sohn Juan Carlos nach Spanien geschickt, um dort eine Ausbildung

zu erhalten. Die Lehrzeit betrug genau 20 Jahre. In dieser Zeit erhielt der zukünftige König die Diplome der höchsten Offiziersschulen des Heeres, der Marine und der Luftstreitkräfte, wurde Jagdflieger, absolvierte die Universität Madrid, wo er Geschichte, Philosophie, Recht und politische Ökonomie studierte. Danach volontierte er mehrere Jahre in verschiedenen Ministerien und Behörden und erlernte die Wissenschaft der Staatsführung."

In dieser Zeit vermählte sich Juan Carlos mit der griechischen Prinzessin Sofia. Aus einer offiziellen Informationsschrift, die mir von der Abteilung für diplomatische Informationen des spanischen Außenministeriums lebenswürdigweise zur Verfügung gestellt wurde, geht hervor, daß der Stammbaum der Prinzessin zwei deutsche Kaiser, acht dänische Könige, fünf schwedische Könige, sieben russische Zaren, den König und die Königin von Norwegen, die englische Königin und fünf griechische Monarchen aufweist. Nichtsdestoweniger führte das junge Ehepaar ein einfaches und offenes Leben. Sie reisten viel in Spanien und im Ausland. Inzwischen haben sie drei Kinder."

Am 22. November 1975, zwei Tage nach dem Tod des 82jährigen Generalissimus Franco, wurde Prinz Juan Carlos, nachdem er Staatsoberhaupt geworden war, zum König von Spanien unter dem Namen Juan Carlos I. ausgerufen. Die Franco-Herrschaft gehörte damit der Vergangenheit an. Spanien schlug den Weg demokratischer Veränderungen ein, von denen viele mit der Persönlichkeit des neuen Monarchen in Verbindung gebracht werden sollten. Zum ersten Mal in der modernen Geschichte Spaniens wurden die Begriffe monarchistisch und reaktionär nicht mehr miteinander identifiziert."

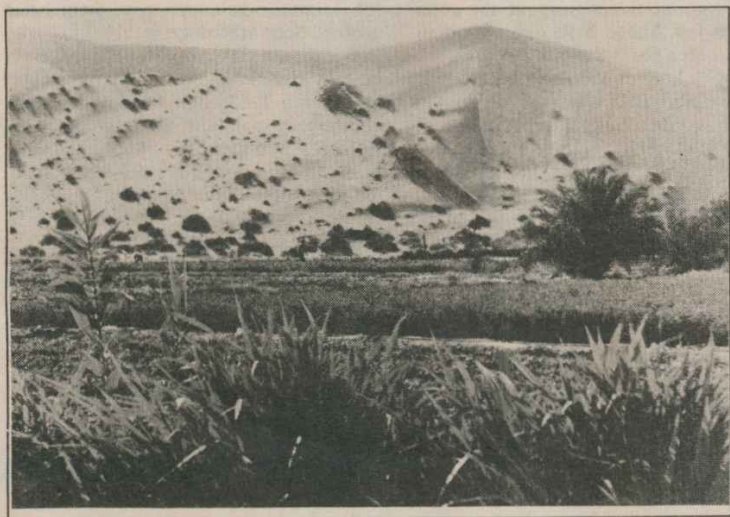
Die 30 Jahre, die Juan Carlos in der Umgebung von Franco verbracht hatte, haben ihn nicht zu seinem politischen Gleichgesinnten werden lassen. Mit jeder Handlung bekräftigt er die Idee, der zufolge der Monarch die Souveränität des Volkes verkörpert und als Garant der Interessen der ganzen Nation auftritt. Die Spanier wissen aus den Medien, daß der König und die Königin sich prinzipiell nicht an Wahlen beteiligen und damit zeigen, daß sie über den politischen Querelen stehen. Aus denselben Quellen erfährt die Öffentlichkeit auch, daß Juan Carlos 1980 als Kandidat für den Friedens-Nobelpreis benannt wurde. "Für die historische Rolle, die er bei der Normalisierung des Lebens in Spanien gespielt hat und seine ständigen Bemühungen, die der Festigung des Weltfriedens dienen."

"Ein weiser Mann", fährt der Padre fort, "hat einmal gesagt, daß Könige sich nicht irren können, weil sie nicht regieren, sondern herrschen. Ich habe nicht die Absicht, diese Behauptung anzuzweifeln, bin aber davon überzeugt, daß es heute keinen verantwortungsvollen führenden Politiker gibt, der nicht auf die Stimme des Volkes hören und sich nicht in das hineinversetzen würde, worüber die Menschen auf der Straße sprechen. Wer das nicht tut, verfällt früher oder später in Extreme. Ich komme aus dem Volk, ich bin das Volk. Daraus leite ich im wesentlichen auch die Pflicht ab, die mir zugefallen ist."

Sergej Goljakow
MADRID - MOSKAU

Fata Morgana zum Anfassen

Begleittext zu drei Fotografien



Auf dem Foto:

Nutzpflanzen im Sand zählen wie vieles andere in den Emiraten zum strategischen Fonds der kommenden Generationen

Wie ein zivilisierter Agrarsektor seine Bürger anhält, „das Land zu ernähren“

Auf das laufende Konto des Fonds für kommende Generationen

Fortsetzung.
Anfang siehe Nr. 1

Nachdem wir stundenlang durch richtige Wüste mit Wanderdünen und Kameldisteln gefahren sind, tut sich plötzlich vor unseren Augen ein smaragdgrünes Feld auf, das bis zum Horizont reicht und dabei noch mit einer Schutzhecke umgeben ist. Weizen! Auf nacktem Sand unter senkrecht niederbrennender Sonne. Das macht den kräftigen, wenn auch kleinwüchsigen Pflanzen nichts aus. Man wagt kaum, seinen Augen zu trauen.

Hier, wo Sand und Getreidepflanzen so unerwartet zusammentreffen, war unsere Fahrt über die Ländereien der landwirtschaftlichen Versuchsstation in Al Ain zu Ende. Die Stadt mit inzwischen 150 000 Einwohnern ist nach der Hauptstadt Abu Dhabi, dem Adelsnest von Scheich Said Bin Sultan Al Nahajan, Präsident der Vereinigten Arabischen Emirate, die zweite Stadt im Fürstentum. Die Station, in der wir jetzt sind, ist der anerkannte Vorposten der jahrelangen und hartnäckigen Wüsten-Offensive der Emiratsbewohner, eines umfangreichen Programms für die Begrünung ihrer Städte und Siedlungen sowie der Gründung und Entwicklung eines eigenen Agrarsektors der VAE. Das Programm wird hier zu Recht in einem Atemzug mit dem Namen von Scheich Said genannt, denn dieser hatte es, kurz nachdem er das Amt des Präsidenten übernommen hatte, hier in Al Ain in Angriff genommen. Auch heute noch kontrolliert der Staatschef nach Aussagen Beteiligter täglich, ob sich der „grüne Freund“ in den Emiraten noch

wohl fühlt, und ahndet Mißstände mit der ganzen Strenge des Gesetzes.

Inzwischen führt man uns in einen richtiggehenden Paradiesgarten, in dem die anfälligsten Pflanzen ungehindert gedeihen, von den Eingeborenen unserer sowjetischen Wüsten unbekannten Zitronen bis zu den uns ebenso wenig vertrauten Azaleen, die nicht zu verwechseln sind mit den Geranien vor unseren Fenstern. Obst, das eigentlich für diese Region wenig typisch, aber offenbar sehr notwendig ist, wird, wie übrigens auch die uns schon näher stehenden Gurken und Tomaten, vorbildlich angebaut und ist in gutem Zustand. Mit Auge und Nase begutachten wir Gewächshäuser, in denen buchstäblich auf Schotter und dem alles durchdringenden Sand beinahe das ganze Jahr über Gemüse gezogen wird, von dessen Existenz die einheimischen Wüstensöhne vor wenigen Jahrzehnten noch keine Vorstellung hatten. Heute versorgen sich die Vereinigten Emirate vollständig selbst mit Gemüse und exportieren es obendrein an Nachbarn und Europäer.

Die Angehörigen der noch gar nicht so alten Generation der ortsansässigen Ackerbauern, fast möchte man sagen Sandbauern, hatten es noch bei einigen für die Halbinsel Arabien traditionellen Sorten von Dattelpalmen und der Zubereitung von Kamelfutter bewenden lassen. Das war ihr ganzer Agrarsektor. Die ersten als solche erkennbaren Anstrengungen, eine eigene Landwirtschaft aufzubauen und das Land zu bepflanzen, wurden 1968 unternommen. Damals hat man auch die erste Versuchsstation in Al Ain eingerichtet. Inzwischen ist sie ein großes Staatsgut, das für die Kultivierung von nach Emiraten verschiedenen Sorten, vor allem Anbaukulturen, die den hiesigen Böden und Klimabedingungen am ehesten gerecht werden, viel getan hat. Die Station besteht aus einigen Forschungszentren, experimentellen Höfen von verschiedenem Profil, vom Bewässerungssystem bis zur Bienenzucht. Wenn inzwischen schon mehr als 280 000 Hektar Land kultiviert werden, 18 000 Hektar waren es noch vor 10 Jahren, so macht sich hier vor allem die Pionierarbeit bemerkbar, die Mitarbeiter aus Stationen wie der in Al Ain, die heute längst nicht mehr die einzige in den VAE ist, bemerkbar.

Neben vielen anderen hat sie die Aufgabe, Bauern und Grundbesitzern bei der Einrichtung einer modernen Haus- und Hofwirtschaft jede nur mögliche Hilfestellung zu geben. Allein die Station in Al Ain züchtet über 1,25 Millionen Sortensetzlinge pro Jahr und stellt sie Verbrauchern im ganzen Land zur Verfügung. Umsonst! Die Kosten werden durch Regierungssubventionen beglichen. Zu rein symbolischen Preisen werden auch Futterbriketts an Viehhöfe abgegeben.

Einzelheiten wie diese sollen eine Vorstellung davon vermitteln, wie systematisch der staatliche Agrarsektor betrieben wird. Bei aller Marktspontaneität und allgemeinem Privateigentum an Grund und Boden wird nichts und niemand vergessen in einem Agrarsektor, der als strategisch eingestuft wird. Deshalb gehen hier auch die Kleinbauern, die meisten Höfe bearbeiten zwischen 2 und 2,5 Hektar, nicht pleite, sondern blühen von Jahr zu Jahr mehr auf und nehmen zahlenmäßig zu. Noch ein Phänomen der Wüste! Dahinter stehen jedoch gesunder Menschenverstand und wirtschaftliche Rechnungsführung.

Nicht nur der emotionale Faktor, der Kult des „grünen Freundes“, wie er überall in den Emiraten gepflegt wird, zieht mit jedem Jahr mehr Menschen in den Bannkreis von Ackerbau und Viehzucht. Sie lassen sich auch durch materielle Direktmaßnahmen der Regierung überzeugen, die darauf abzielen, die Annehmlichkeiten des Landlebens zu propagieren. In das hiesige Nichtschwarzerdegebiet lockt man die Bevölkerung nicht mit märchenhaften Luxuswohnungen, deren Besitzer bei uns in der UdSSR immer noch nicht feststeht, sondern durch in unseren Breiten wirklich undenkbar Bedingungen der Neulandkultivierung.

Während wir uns zu Hause noch über die unschuldigen Pachtbauern in Schweiß reden, erhält der angehende Bauer in den Emiraten seinen Grund und Boden unentgeltlich und zur privaten Nutzung auf Lebenszeit. Wiedrum auf Kosten der Regierung bekommt der Neubauer alles, was er für den Hausbau braucht, sowie für 2 Jahre Hilfsarbeiter, die auch vom Staat entlohnt werden. Danach ist der Bauer gewordene Bürger der Emirate, von dem der Staat keinerlei Verpflichtungen als Entschädigung für seine Hilfeleistung fordert, in der Lage, nach eigenem Dafürhalten über seinen Hof zu verfügen. So hält ein zivilisierter Agrarsektor seine Bürger an, das Land zu ernähren.

Dann ist es auch kein Wunder, daß in den letzten Jahren allein im Emirat Abu Dhabi etwa 5000 neue bäuerliche Anwesen gegründet wurden und die VAE insgesamt den Weg zu ihrem Ziel, der völligen Selbstversorgung mit Lebensmitteln, schon zu einem Fünftel zurückgelegt haben. Immerhin ist die Agrarproduktion in den letzten 10 Jahren um das 5fache gestiegen. Das soll natürlich nicht heißen, daß es in der Landwirtschaft keine Probleme mehr gibt. Lebensmittel werden immer noch eingeführt und sind teuer.

während die Früchte des eigenen Landes angesichts ihres relativ hohen Selbstkostenpreises oftmals der Konkurrenz nicht standhalten und, wie es auch schon vorgekommen ist, verderben. Auch die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft entspricht keineswegs dem gegenwärtigen Standard. Dennoch kann man sich über das, was hier erreicht wurde, nur wundern. Es nötigt einem Respekt ab, wenn man sich vor Augen hält, daß alles dem unfruchtbaren Sand abgerungen wird.

Natürlich kommt auch hier der Appetit mit dem Essen. In der Station von Al Ain experimentierte man zunächst mit einfachsten Kulturen und ging dann nach der kompliziertesten von allen, der *trial-and-error*-Methode weiter. Erst 1974 wagte man sich an Experimente mit Getreidekulturen, dem bereits erwähnten Weizen, heran, was viele anfangs für eine Marotte gehalten hatten.

Man kann sich vorstellen, daß bei solchen Experimenten mit Getreide auf versalztem Sand, einer kostspieligen Angelegenheit also, der Selbstkostenpreis wenigstens zu Anfang dem Goldpreis nahegelegen hat. Man erklärte uns jedoch, daß man hier die Aufgabe, die Bevölkerung mit eigenem Getreide aus den Emiraten zu versorgen, ebenfalls als strategisch einstuft: Man weiß nie, in was für eine Klemme das kleine Land in einer heute immer noch unruhigen Welt geraten kann!

Deshalb hat man wie schon beim Bildungswesen auch beim strategischen Getreide nicht an Geld gespart und wartete auf die Stunde, da man die härteste Währung, den starken Weizen, dafür zurückerhalten würde. Diese Stunde ist gekommen! Über ungezählte Experimente mit unterschiedlichen Sorten unserer nördlichen Kornkammer, über die Anwendung verschiedener Bewässerungssysteme, von den traditionellen Wasser-

gräben bis zur modernen teuren aber zuverlässigen Zerstäubung, gelangte man zum industriellen Weizenanbau. Schon bei der heutigen Ernte, unter günstigen Voraussetzungen bis zu 60 Doppelzentner pro Hektar, können die Ländereien einer einzigen Station von Al Ain die Bevölkerung des ganzen Emirats Abu Dhabi für 2 Monate mit Getreide versorgen. Ach Mutter Heimat, wo sind sie, unsere enteehrten „roten“ Schwarzerdegebiete!

Wir wissen nicht, ob wirklich die Gefahr besteht, daß sich die Gesellschaftsstruktur in unseren ländlichen Gebieten ändert, aber wenn man alle diese genießbaren Früchte, Wunder von Menschenhand, sieht, die auf einer Erde kultiviert wurden, die sich ihrer Natur nach gar nicht für Bewirtschaftung eignet, könnte man entgegen allen bolschewistischen Vorsätzen aufschluchzen: Mein Gott, womit haben wir das verdient! Sind wir oder ist unsere Erde denn schlechter? Warum wächst bei ihnen hier auf dem Sand alles und trägt Früchte, während es bei uns selbst in der Schwarzerdezone verfault? Es ist zum Heulen, glaubt mir...

Heulen könnte man auch, wenn man dieses Spinnennetz aus Rohren und Schläuchen sieht, das praktisch das ganze Land eingesponnen hat. Es ist ein Spinnennetz, das nicht erdröselt, sondern Leben spendet, indem es über ein computergesteuertes zentrales Druckleitungssystem Wasser in jedes Dorf und an jeden Busch führt. Und zwar nicht in einer Vorzeige-Oase, sondern im ganzen Land, Hunderte von Kilometern an den erwähnten Schnellstraßen, den Straßen und Plätzen der Städte und Siedlungen entlang. Wir haben diese Definition im Vokabular der Emirate zwar nicht gefunden, aber uns kam dieser kühne Ausbruch der Flora aus für sie ursprünglich tödlichen Sandmassen wie eine „grüne Revolution“ vor. Immerhin sind in den letzten Jahren zwischen unfruchtbaren Wanderdünen ca. 70 Millionen Bäume angepflanzt worden. Und das zu einer Zeit, da unsere Wüsten zu Hause uns unbarmherzig aus dem Süden verdrängen und uns in unserer Panik zu solchen Verzweiflungstaten veranlassen, wie, unsere heimatlichen Flüsse, den Blutkreislauf unseres Landes, verkehrt herum zirkulieren zu lassen. Es ist also noch die Frage, wo die wirklichen Nomadenstämme siedeln.

Wir haben Fotografien von Abu Dhabi vor zwanzig oder dreißig Jahren gesehen, vielmehr dessen, was damals hier stand, wo heute die Hauptstadt ist. Eine Ansammlung von Lehmhütten und kein einziger Strauch, kein Grashalm. Hier auf der Insel gab es überhaupt kein Trinkwasser. Inzwischen bezeichnet man Abu Dhabi nicht nur des schönen Wortklangs wegen als „Gartenstadt am Persischen Golf“. Heute gibt es hier zwanzig Parks und Grünanlagen. Sie zieren alle Hauptstädte der VAE-Fürstentümer. Während der festlichen Tage sahen wir in Abu Dhabi Tausende von Menschen, die es



Die Gartenstadt am Persischen Golf

sich im Kreis ihrer Familie und inmitten ihrer Kinderschar direkt auf dem Rasen der städtischen Parks bequem gemacht hatten. Der Pflanzenwuchs nahm aus irgendeinem Grund keinen Schaden, nichts war verwelkt. Auch das ist eine grüne Revolution für die Menschen und ihr Wohlbefinden.

Während dieser Feiertage aus Anlaß des 18jährigen Bestehens der Vereinigten Arabischen Emirate, an denen auch wir, eine Gruppe sowjetischer Journalisten, teilnahmen, wurde betont selbstsicher auf die unumstößliche Tatsache hingewiesen, daß der junge Staat in diesem kurzen Zeitraum trotz aller Hemmfaktoren, die sich auch jetzt immer noch bemerkbar machen, es geschafft hat, sein strategisches Hauptziel zu erreichen und ein zuverlässiges Fundament für eine eigene Volkswirtschaft zu legen. Auch wenn sie noch in der einen oder anderen Form an das Erdöl gebunden ist, auch wenn sich immer noch die Abhängigkeit vom Ausland bemerkbar macht, hat die Föderation doch eine zuverlässige materielle Grundlage. Die Führung will die immer noch hohen Einnahmen aus dem Erdöl eindeutig dafür nutzen, die Wirtschaft zu diversifizieren, die Wirtschaftstätigkeit auf neue Bereiche auszuweiten und letztlich die Selbstversorgung mit den wichtigsten Industriewaren und landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu sichern.

Schon dieser Kurs, der nicht ohne Erfolg verwirklicht wird, kann den wesentlichen Beitrag für den Fonds der kommenden Generationen darstellen, den unsere lebenswürdigen Gastgeber immer wieder ins Gespräch brachten. In der Tat sind die Erdölvorräte in den Emiraten so groß, daß sie bei vernünftiger Ausbeutung noch für die nächste überschaubare Zukunft reichen. Die Erdgasvorkommen sind zahlenmäßig noch nicht erfaßt. Trotzdem und weil nichts ewig ist auf Erden, muß die Zukunft nicht mystifizierend, sondern materiell abgesichert werden. Unter den Bedingungen der Emirate ist eine der Garantien dafür die Umorientierung der Wirtschaft, um eine breitere industrielle Basis anzulegen.

Unter den 650 Industrieanlagen der VAE gibt es schon heute nicht wenige, die moderne wissenschaftsintensive Technologie anwenden, unter anderem für die Produktion von Flüssiggas, Zement, Erdölprodukten, Aluminium, Kabeln. Dasselbe gilt für Metallurgiebetriebe. In den Emiraten produzierte Klimaanlage gehen bereits in den Export, Keramik und Konfektionskleidung finden Absatz in den USA, und im letzten Jahr wurde die Montage von Computern aufgenommen, die auf Märkten in der Region verkauft werden sollen. Auch die recht starke und absolut moderne Bauindustrie läßt selbst die kühnsten Absichten durchaus realisierbar erscheinen.

Um sich einer Wirtschaftsform zu entledigen, die die Gefahr der Monokultur in sich birgt, werden noch ganz andere Maßnahmen ergriffen. Dafür verwendet man Petrodollars. Der Umfang der erdölabhängigen Wirtschaft wird heute schon von vie-



Ich bin stolz darauf, Geschäftsmann zu sein

len anderen Anforderungen bestimmt, die mit der Finanzierung neuer Projekte für Entwicklung und Diversifizierung der Wirtschaft, mit der Gründung von vorrangigen, große Kapitalinvestitionen erfordernden Betrieben zusammenhängen, die wiederum zur Industrialisierung des Landes im Interesse der Festigung seiner Einheit und sich entwickelnden Staatlichkeit beitragen könnten. Insgesamt erwirtschaften Betriebe, die nicht mit der Erdölindustrie in Verbindung stehen, schon heute zehn Prozent des Bruttosozialprodukts.

Auch die allmähliche Ablösung ausländischer durch eigene Fachleute sowohl in der Produktion als auch in den Bereichen Wissenschaft und Kultur zielt in dieselbe Richtung, nämlich den Fonds für die kommende Generation zu stärken. Überall, wo wir uns aufgrund der Bemühungen unserer Gastgeber aufhalten durften, in Zeitungsredaktionen, Ministerien, in Betrieben und Kulturstätten, sind wir Fachleuten aus den Emiraten begegnet.

Sie verdrängen die Einwanderer, unter denen Angehörige arabischer Länder, Libanesen, Ägypter, Sudanesen, Syrier, Palästinenser und Jordanier, besonders zahlreich vertreten sind. Für die ganze Föderation dagegen sieht es nicht so rosig aus. Der Anteil der Emiratsbürger unter den Lehrern und Dozenten liegt unter zehn Prozent. Die gesunde Gegenreaktion findet statt: eine verstärkte Immatrikulation von Studenten aus den Emiraten an der pädagogischen Fakultät der Emirats-Universität. Etwa 170 Studenten waren es 1980–81, über 600 waren es 1986–87. Ein weiterer spürbarer Wandel bei der Ausbildung eigener Fachleute vollzieht sich auf technischem Gebiet. In den letzten Jahren gehen immer mehr Abiturienten in die Fachbereiche für Petrochemie.

Den bereits erwähnten dreißigjährigen stellvertretenden Generaldirektor der Industrie- und Handelskammer von Abu Dhabi, Juma Achmed al-Salami, kann man durchaus unter den landeseigenen Spezialisten zuordnen. Seine derzeitige Funktion nimmt er seit 1985 wahr. Sich selbst zählt er zur „Gorbatschow-Generation“. Der Politologe erhielt seine Ausbildung an der George Washington

Universität in den USA, wo er als Stipendiat des Ministeriums für Information und Kultur der VAE studiert hat.

„Wir haben jetzt überhaupt viele eigene junge Spezialisten in führenden Positionen“, sagt er. „Scheich Said hat immer Wert auf gebildete Menschen gelegt. Ausländische Fachleute gegen eigene auszutauschen ist der allgemeine Trend in der arabischen Welt. Das läßt sich in Saudi-Arabien, in Kuwait und jetzt auch hier in den Emiraten beobachten. Ich bin eigentlich stolz darauf, ein Geschäftsmann zu sein. Solche Leute sind bei uns überall gefragt. Es gehört übrigens zu den Aufgaben unserer Kammer, den Kunden kommerzielles Denken zu vermitteln und ihnen zu zeigen, wie man Geld macht und es nicht verliert. Wir haben sogar ein Handbuch herausgegeben: „Wie werde ich Geschäftsmann?“ Wir wissen längst, daß wir mit Parolen nicht weiterkommen und daß wir etwas Konkretes machen müssen. Wir sind in der Vergangenheit viel übers Ohr gehauen, ja beraubt worden. Wir hatten hier alle möglichen Gauner und falsche Ratgeber. Aus unseren bitteren Erfahrungen haben wir gelernt. Heute haben wir viele Fertigkeiten selbst erworben und, was noch wichtiger ist, unsere staatlichen Einrichtungen gestärkt und gelernt, mit unterschiedlichem Publikum umzugehen. Kultur- und Zivilisationschock sind längst überwunden. Die Menschen gewöhnen sich schnell an den hohen Lebensstandard.“

Die gegenwärtige sowjetische Führung, die beabsichtigt, mehr zu tun als zu reden, besteht unserer Meinung nach aus ernst zu nehmenden und realistisch denkenden Menschen. Ich glaube, daß es jetzt, angesichts der Entspannung, neue Möglichkeiten für eine allseitige Zusammenarbeit gibt.

Die sowjetische Seite hat große wirtschaftliche und technische Möglichkeiten. Auch wir haben etwas anzubieten. Wir könnten uns beispielsweise an Projekten beteiligen, die Kapitalanlagen erfordern, wie etwa medizinische, touristische oder kommerzielle Projekte. Ich glaube, daß die Sowjetunion zu für beide Seiten günstigen Bedingungen auch die strategische Lage der VAE nutzen könnte. Von unseren Häfen aus lassen sich alle Golfländer erreichen.“

Mit großer Freude wiederholen wir hier, was unser Bekannter aus den Emiraten Ihnen gerne mitgeteilt hätte, um so mehr, als damit auch ein neues Thema, die Zusammenarbeit, angeschnitten wird. Wir hoffen, es noch abhandeln zu können. Die Worte, die wir hier angeführt haben, sind deshalb so wertvoll für uns, weil sie eine Stimmung wiedergeben, die für die VAE insgesamt typisch ist.

(Fortsetzung folgt)

Vitali Ganjuschkina
NZ-Sonderkorrespondent

Viktor Lebedew
TASS-Korrespondent
ABU DHABI

Quebec: Stiefkind oder Favorit?

Das bilinguale Land findet zur gemeinsamen Sprache

Ganz besonders hat mich ein Straßenfeger beeindruckt. Während er die rotgoldenen Ahornblätter in einen schwarzen Plastiksack stopfte, hob er für einen Augenblick den Kopf und nickte mir freundlich zu: Grüß' dich, wie geht's? Das war auf Rideau-Straße in Ottawa, die ich gemächlich entlangschlenderte. Der Fotoapparat in meiner Hand wies mich augenscheinlich als Fremden aus.

Seit meiner Kindheit habe ich in Moskau keinen Straßenfeger mehr gesehen. Sie wurden durch den sagenhaften Trust für mechanisierte Straßenreinigung ersetzt, der große Räume in der sowjetischen Hauptstadt zu gigantischen Müllhalden verkommen ließ. So wurde also die „geniale“ Lösung realisiert: „Saubere ist es nicht dort, wo man fegt, sondern dort, wo kein Schmutz gemacht wird“. Sie hatte keinerlei Einfluß auf jene, die Schmutz machen, dafür umso mehr auf diejenigen, die dafür bezahlt werden, daß es sauber ist. In Ottawa, wie auch in anderen Orten zu beiden Seiten des Atlantik und anderer Ozeane, läßt man sich von einer modifizierten These leiten: „Saubere ist es nicht nur dort, wo kein Schmutz gemacht wird, sondern auch dort, wo man fegt“. Außerdem wirft man nichts so leicht auf eine sauber gefegte Straße... Aber zurück zur Hauptsache. Warum hat mir der Straßenfeger zugelächelt?

Wahrscheinlich aus demselben Grund, der Autofahrer dazu veranlaßt, geduldig zu warten, bis alle die Straße überquert haben. Manchmal gibt er dabei noch ein Zeichen mit der Hand, um den Fußgängern anzudeuten: Ich werde warten. Hier grüßen sich auch völlig fremde Leute, die zusammen einen Fahrstuhl benutzen. Warum rufen einem Beamte einer Einrichtung, die dich zum ersten (und wahrscheinlich letzten) Mal sehen, ein freundliches „Hi!“ zu, auch wenn du gar nicht zu ihnen willst?

Das hat mich alles zutiefst beeindruckt, stärker noch als die blühende Umgebung und der Supermarkt, wo man am Ausgang einen Dollar bekommt, wenn man einen Artikel gesucht und nicht gefunden

hat, den man kaufen wollte. Der Weg zum Warenüberfluß ist weit, aber theoretisch vorstellbar. Der Weg zu Toleranz, gegenseitiger Achtung, zu einer Atmosphäre der Freundlichkeit erfordert tägliche und stündliche Anstrengungen, die damit beginnen, daß man sich dafür interessiert, was neben einem ist, im Haus, im Verkehrsmittel, in der Stadt, in der Republik, im Land, und damit enden, daß die Leute ringsum solche sind wie ich und du, daß sie dieselbe Aufmerksamkeit verdienen, auf die du selbst Anspruch erhebst. Ohne das alles ist wirtschaftlicher Wohlstand wohl undenkbar.

Die Toleranz im Alltag, die ich hier in Kanada zu spüren bekam, spiegelt sich auch in der „großen“ Politik wieder. Der Objektivität halber sei gesagt, daß es hier auch Rassisten und Verbrecher gibt, obwohl die Zahl der Morde, auf die Bevölkerung umgerechnet, im Vergleich zur Sowjetunion viel niedriger liegt. Dabei ist Kanada ebenfalls ein Vielvölkerstaat mit dem zweitgrößten Territorium der Welt nach der UdSSR.

Probleme gibt es genug. Darüber unterhielt ich mich mit Ilya Gerol, der vor zehn Jahren aus der UdSSR ausgewandert ist. Einmal pro Woche ist er für zwölf Stunden Professor an der University of Winnipeg, wo er Vorlesungen über Nationalitätenprobleme und regionale Konflikte hält. Sonntags moderiert er im Fernsehen eine internationale Wochenschau. Die übrige Zeit ist er einfach Leiter der internationalen Abteilung der führenden Zeitung „Ottawa Citizen“. In manchen Ausgaben ergreift er sogar zweimal das Wort. Er steht auf der inoffiziellen Liste der 200 bekanntesten Persönlichkeiten in Kanada.

Meine erste Frage lautete:

„In den vergangenen Jahren beschäftigten Sie sich eingehend mit den Fragen der zwischennationalen Beziehungen in Kanada. In den hiesigen Zeitungen und Zeitschriften taucht immer wieder der Begriff ‚Meech Lake Constitutional Accord‘ auf. Jeden Tag wird diese ‚Vereinbarung vom Meech-See‘ mehrmals im Fernsehen erwähnt. Soweit mir bekannt ist, geht es darin über die Beziehungen der Provinzen zu den Bundesbehörden und der Provinzen untereinander. Das Problem ist aber schon älteren Datums, nicht wahr?“

„Die Vorgeschichte der ‚Vereinbarung vom Meech-See‘, die 1987 unterzeichnet wurde, begann mit der Gründung Kanadas. Das Land wurde als Konföderation gegründet. Einst bestand es aus Ober- und Unterkana, aus dem, was wir heute Ontario und Quebec nennen, also aus Britisch- und Französisch-Kanada. Quebec blieb allerdings ein rückständiger und rechtsloser Teil der Konföderation. Im englischsprachigen Nordamerika konnte sich die Provinz durch ihre Sprache, ihre Kultur und die katholische Konfession behaupten. In den 60er Jahren wurde klar, daß die sechseinhalb Millionen Einwohner von Quebec, deren Vorfahren einst Kanada gründeten (Die ersten Siedler und Verbannten kamen aus Frankreich, und heute noch ist die Meinung weit verbreitet, Frankreich habe sie verraten, als

Bis in die 70er Jahre hinein waren die Bewohner der Provinz Québec „weiße Neger“. Quebec war Lieferant billiger Arbeitskräfte und Rohstoffe. Heute ändert sich diese Lage. Eine wichtige Rolle spielt hierbei die Toleranz, ein typischer Zug des innenpolitischen Lebens von Kanada



Hier beginnt Quebec

nach einem Krieg, den die Briten gegen die Franzosen gewannen, das Gebiet an die Krone von England abgetreten wurde, so nicht mehr länger leben können. Quebec war keine Kolonie, sondern Bestandteil Kanadas, allerdings sein Hinterhof, der „kleine Bruder“ der Anglophonen.

In den 60er Jahren verschärfte sich hier die Lage vor dem Hintergrund der intellektuellen und rechtlichen Revolution in Westeuropa. Diese revolutionäre Welle rollte auch über den amerikanischen Kontinent und kam im Kampf für die Gleichberechtigung der Frauen, Neger und anderer nationaler Minderheiten zum Ausdruck. Hier in Kanada kämpfte man um einen gleichberechtigten Platz von Quebec in der Konföderation der kanadischen Provinzen. Da dieser Kampf als solcher nicht verstanden wurde, beschränkten sich die Zugeständnisse der anglophonen Führer des Landes auf verbale Versprechungen: „Ja, wir realisieren eure Gleichberechtigung“. Darunter war eine größere Beteiligung an der Regierung, eine Förderung der französischen Sprache und die Erhöhung der staatlichen Investitionen zu verstehen. Das alles klang nicht schlecht. Für gleiche Rechte war es aber schon zu spät. Inzwischen forderte die Bewegung in Quebec die unverzügliche Gewährung außerordentlicher Rechte, um die viele Jahre fehlende Gleichberechtigung zu kompensieren. In den USA führte das zur Praxis der „affirmative actions“, zur Gewährung außerordentlicher Rechte, z. B. zur Festlegung von Quoten für Neger in Hochschulen. Viele haben damals diese Aktionen nicht verstanden. In der UdSSR verstehen viele auch heute noch nicht, warum die Litauer, Letten und Aserbaidschaner besonderer Sorge bedürfen. Die Gewährung außerordentlicher Rechte ist eine Kompensation, die die Erleichterung einer tatsächlichen Gleichberechtigung ermöglicht. Das hatte Pierre Trudeau begriffen. Nach seinem Amtsantritt 1968 überzeugte er die öffentliche Meinung mit propagandistischen Mitteln und entschlossenem Handeln von der Notwendigkeit, daß Kanada ein zweisprachiges Land werden muß. Das Französische sollte ungeachtet der Tatsache, daß es die Muttersprache einer Minderheit ist, die zudem noch konzentriert in einer Provinz lebt, zur Staatssprache des ganzen Landes werden. Kanada hat aufgehört, ein englisches Land mit französischer Minderheit zu sein. Auf Beschluß des Parlaments und der Regierung Trudeau wurde Kanada zu einem binationalen Staat. Beide Sprachen sind jetzt offiziell Landessprachen. Seit Ende der 60er Jahre kann niemand mehr in den Staatsdienst treten, der nicht beide Sprachen beherrscht, selbst in Vancouver, wo es praktisch keine Frankophonen gibt. Das Prinzip steht über dem „Realismus“. Das Prinzip, das ist Realismus im höchsten Sinne dieses Wortes.“

„War denn die Mehrheit der Bevölkerung damit einverstanden?“

„Nein, die arithmetische Mehrheit war dagegen, aber die Idee der Zweisprachigkeit wurde von den meisten Intellektuellen befürwortet. Dieser Prozeß verlief recht schmerzhaft, denn die Provinzen waren mit der Neuerung nicht einverstanden. Im Land gibt es nur eine zweisprachige Provinz, nämlich New Brunswick, wo ein Drittel der Bevölkerung französischer Herkunft ist. Seither ist die Zweisprachigkeit der Stein des Anstoßes, obwohl sie offizielle Staatspolitik Kanadas ist.“

„Aber in Quebec, im Unterschied zu Ontario, wo alle Straßen usw. zweisprachig ausgeschrieben sind, gibt es ausschließlich französische Aufschriften. Selbst das international übliche STOP an Straßenkreuzungen wurde durch das französische ARRET ersetzt...“

„Auf Quebec, mit Ausnahme der Bundesbehörden, wird die Zweisprachigkeit nicht angewendet. Quebec hat eigenmächtig ein eigenes Gesetz erlassen, daß alle Aufschriften und Aushänge von Geschäften und Privatfirmen nur in französischer Sprache gestattet. Die Bundesbehörden genehmigten diesen Schritt. Französisch ist also die offizielle Landessprache von Quebec, englisch dagegen nicht. Damit ist ganz Kanada einverstanden. Der Sinn des Kampfes um Quebec besteht darin, diese französische Enklave innerhalb der anglophonen Umgebung zu erhalten, denn Quebec hat immer das Schicksal von Louisiana gedroht. In den USA hatte es ebenfalls einen französischen Bundesstaat gegeben, von dem höchstens noch die französische Küche und vielleicht die Musik zeugt. Französische Kultur gibt es dort nicht mehr. In Quebec dagegen ist sie erhalten geblieben. Und um sie auch weiterhin in einer Welt zu erhalten, in der die Integrationsprozesse schnell voranschreiten, bekam die Provinz die wichtigste Kompensation, die jeder föderative Staat seinen Bestandteilen gewähren muß, um sie als starke Bestandteile zu behalten.“

„Damals war es in Quebec selbst recht unruhig...“

„Der Konflikt spitzte sich zu, es kam auch zum Blutvergießen. 1968 bis 1970 rollte eine Welle des Terrorismus über Quebec. Man entführte und ermordete einen Minister, ermordete einen britischen Diplomaten, Bombenanschläge wurden verübt usw. Bei allem Demokratismus in Kanada führte Trudeau 1970 den Ausnah-



Kanada – ein Vielvölkerstaat

mezustand ein. Damit wurden die verfassungsmäßigen Garantien außer Kraft gesetzt und viele mutmaßliche Terroristen festgenommen... Trudeau erläuterte damals seine Politik so: Quebec hat das Recht, sich von Kanada zu lösen und, wenn es will, einen unabhängigen Staat bilden. Aber nicht mit Gewalt, sondern auf demokratischem Weg, durch Konsultationen, ausreichende Vorbereitung und ein nationales Referendum. Einige Monate später konnte der Ausnahmezustand aufgehoben werden. Danach begann der Umwandlungsprozeß, der Quebec zu einer, wie man hier sagt, distinct society, einer Gesellschaft mit besonderem Status, werden läßt.“

„Warum eine ‚Gesellschaft mit besonderem Status‘?“

„Weil diese Provinz von Frankophonen besiedelt ist, weil man ihnen jahrhundertlang die gleichen Rechte vorenthielt, weil sie eine Minderheit sind, weil ihr politisches Gewicht innerhalb Kanadas nicht mit ihrer Zahl in Übereinstimmung gebracht werden muß, sondern mit ihrer Rolle im Land, weil die Notwendigkeit besteht, sie im Verband Kanadas zu erhalten.“

„Sie sprachen von der Notwendigkeit, die Provinz im Verband Kanadas zu erhalten. Für wen besteht diese Notwendigkeit?“

„Das ist eine Notwendigkeit für Kanada. Wir gehen hier davon aus, daß Quebec nicht ohne Kanada, Kanada aber schon gar nicht ohne Quebec existieren kann.“

Wir sind den US-Amerikanern gar nicht so ähnlich, wie das auf den ersten Blick erscheint. Wir unterscheiden uns deutlich voneinander. Die kanadische Gesellschaft ist kein ‚Schmelztiegel‘ wie die US-amerikanische. Wir betrachten unser Land als Gemeinde von Gemeinden. Wir nennen es „kanadisches Mosaik“, das aus zwei gleichberechtigten Völkern, den Anglophonen und den Frankophonen sowie einigen Dutzend anderer nationaler Gemeinden besteht, angefangen bei den Ureinwohnern

bis hin zur ukrainischen, italienischen oder deutschen Gemeinde. Und dieses Mosaik, diese Gemeinde von Gemeinden, gründet sich in erster Linie auf die Gleichberechtigung und den besonderen Status von Quebec. Als der Beschluß gefaßt wurde, stieß er auf riesige Probleme. Trudeau setzte sich dennoch für eine Föderation, und nicht für eine Konföderation, ein, also für eine starke Zentralmacht mit souveränen, dem Zentrum allerdings ausreichend untergeordneten, Provinzen.

1982 gelang es Trudeau, die Annahme einer kanadischen Verfassung durchzusetzen. Bis dahin war der British North America Act in Kraft. Die kanadische Verfassung wurde von allen Provinzen mit Ausnahme von Quebec unterzeichnet, weil ihr darin kein Sonderstatus eingeräumt wurde. Die von Brian Mulroney geführte Regierung stand nun vor der Aufgabe, den Beitritt Quebecs zur Verfassung zu gewährleisten. Dafür opferte Mulroney etwa die Hälfte der Befugnisse der Bundesbehörden und gewährte gleichzeitig Quebec den Status einer distinct society, was meiner Ansicht nach gut ist. Das aber führte zu einer Schwächung der Zentralmacht.

„Und wie macht sie sich bemerkbar?“

„Man hat Quebec beispielsweise das Recht eingeräumt, ein eigenes Einwanderungsministerium zu bilden und eigene Vertretungen in anderen Ländern zu unterhalten. Jetzt haben auch die anderen Provinzen dieses Recht. Das wurde bei einer Beratung der Ministerpräsidenten der Provinzen in einer Villa am Meech-See formuliert, etwa 20 Kilometer von dem Ort entfernt, wo wir uns jetzt miteinander unterhalten. Das wurde damals mehr oder weniger einstimmig befürwortet. Inzwischen sind in den Provinzen Bedenken aufgekommen. Die „Vereinbarung vom Meech-See“ wurde wohlwollend von der Regierung von Quebec aufgenommen, wo die Liberalen an der Macht sind, die meinen, daß Quebec Bestandteil der kanadischen Föderation bleiben soll.“

„Am Meech-See wurden also Vereinbarungen ausgehandelt, die eine Reihe von Verfassungsänderungen enthalten, die das Ziel verfolgen, daß Quebec sich der Bundesverfassung unterstellt. Und wie stehen die Einwohner von Quebec dazu?“

„1980 wurde in der Provinz ein Referendum abgehalten, das von Trudeau angekündigt worden war. Die Separatistenpartei, die damals an der Macht war, stellte bei diesem Referendum die Frage: Weiterbestehen von Quebec als Provinz Kanadas oder Souveränität, d. h. Loslösung von Quebec aus der kanadischen Föderation unter Beibehaltung assoziativer ökonomischer Beziehungen. Das war ein tragischer Monat in der Geschichte des Landes. Die Lage war aufs äußerste gespannt. Trudeau hielt damals im Fernsehen von Quebec seine wohl beste Rede. Er sprach von Kleingeistern, die die Provinz Quebec leiten, die Bevölkerung ihrem Schicksal preisgeben und aus ihnen eine kleine exotische Nation machen wollen, die erst den Kampf um ihr Selbstbestim-

mungsrecht aufgenommen hat, und sie dadurch dem schönsten Land der Erde, Kanada, rauben wollen. Am nächsten Tag fand die Abstimmung statt, bei der die Bevölkerung die Idee der Loslösung ablehnte. Das war ein richtiger Festtag. Die Menschen weinten und sangen die Nationalhymne Kanadas, die in französisch geschrieben wurde, auf den Straßen. Gefeiert wurde im ganzen Land, weil damit Kanada die schwerste Krise seit seinem Bestehen überwunden hatte. Danach gingen die Aktivitäten der Separatisten in Quebec zurück, und die Quebec-Partei verlor die nächsten Wahlen. Später, als die Konservativen im Land die Macht übernahmen, wurde die „Vereinbarung vom Meech-See“ formuliert. Nach



Im Stadtzentrum von Ottawa

der Unterzeichnung dieses Vertrages wollten allerdings einige Provinzen ihre Entscheidung einer Revision unterziehen.

„In einigen Provinzen fand nach der Unterzeichnung dieses Dokumentes ein Regierungswechsel statt...“

„Ja, aber interessanterweise hängt ihre Position in dieser Frage nicht von der Parteizugehörigkeit ab. In Manitoba, wo man besonders gegen die Vereinbarung ist, sind die Konservativen an der Macht, in New Brunswick sind es die Liberalen. Selbst wenn nur eine Provinz dagegen ist, tritt der Vertrag, der bis Juni 1990 ratifiziert werden muß, nicht in Kraft. Quebec ist dafür, lehnt jedoch neuerliche Verhandlungen ab. Die anderen Provinzen bestehen allerdings darauf, ohne prinzipielle Einwände gegen den Sonderstatus von Quebec etwas einzuwenden. Die beiden Provinzen lehnen folgendes ab: Die allgemeine Rechtscharta, die Teil der Landesverfassung ist, kann von jeder Provinz verändert werden, da es in der „Vereinbarung vom Meech-See“ einen Punkt gibt, der besagt, daß ein Beschluß der Bundesbehörden, der eine bestimmte Provinz betrifft, für diese Provinz keine Rechtskraft

besitzt, wenn dieser von ihr abgelehnt wird. Damit können bundesweite Beschlüsse durch die Regierungen der Provinzen aufgehoben werden. Manitoba und New Brunswick stellen in diesem Zusammenhang die Frage, ob im Falle einer Machtübernahme rechtsextremistischer Elemente, die gegen eine Erweiterung der Frauenrechte und gegen die besondere Privilegien für Minderheiten eintreten, die Bundesgesetze zu Fall bringen können. Diese beiden Provinzen sowie viele Liberale und Neudemokraten (Sozialdemokraten) verurteilen die Tatsache, daß Quebec bei der Diskriminierung der anglophonen Minderheit zuviel erlaubt. Sie sagen: Zur selben Zeit, da ganz Kanada Quebec entgegenkommt, wird die englischsprachige Minderheit in Quebec diskriminiert. Ein Beispiel hierfür ist das Verbot von Aushängen in englischer Sprache. Inzwischen sind sie wieder zugelassen, allerdings nur im Innenraum von Geschäften.“

„Das entbehrt nicht einer gewissen Logik... Und welche Argumente führt Quebec ins Feld?“

„Quebec hält dem entgegen, daß die Gleichberechtigung der anglophonen Minderheit wiederhergestellt wird, wenn sich die frankophone Kultur und der Einfluß von Quebec gefestigt haben. Und damit bestehen sie auf der Ratifizierung der „Vereinbarungen vom Meech-See“. Manitoba und New Brunswick dagegen fordern eine Revision. In Kanada reift eine neue Verfassungskrise heran.“

„In Quebec wurden kürzlich Wahlen abgehalten...“

„Die Separatisten haben zwar verloren, konnten aber mit 40 Prozent der Stimmen ihre Positionen ausbauen. Zu ihren Wählern gehören nicht nur eingefleischte Separatisten, sondern auch solche, die damit der Bundesregierung andeuten wollen, daß man Quebec nicht wieder unter Druck setzen darf. Das ist eine Botschaft für das anglophone Kanada. Nun steht die Regierung vor dem Problem, wie weiter zu verfahren ist. Brian Mulroney ist der Ansicht, daß im Zuge von Verhandlungen der Vertrag dennoch ratifiziert wird... Ich denke, daß die Frage letztlich gelöst wird und daß Quebec nie aus der Konföderation austritt. Die Gesellschaft ist schon zu sehr integriert, und diese Provinz kann nicht auf die Wohltaten verzichten, die ihr in letzter Zeit zugute gekommen sind...“

Im November, also schon nach unserem Gespräch, fand wiederum eine Begegnung der Ministerpräsidenten der Provinzen mit dem Premier des Landes statt. Zwei Tage lang diskutierten die Teilnehmer des Treffens um die „Vereinbarungen vom Meech-See“. Gegen die Verfassungsänderung, die Quebec einen Sonderstatus zuerkennt, sprachen sich diesmal drei Provinzen aus: Manitoba, New Brunswick und Newfoundland. Die Position des Ministerpräsidenten von Quebec R. Burassa lautet: Eine Revision der Vereinbarungen ist unannehmbar. Also beschloß man, die Verhandlungen fortzusetzen...

Wladimir Shitomirski
OTTAWA – MOSKAU

Fotos: der Autor

Der Preis der Erkenntnis

Kann eine Zufälligkeit doch eine Art von Gesetzmäßigkeit sein? Auf einen, den letzten Tag der Arbeit des zweiten Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR, entfielen die Rechenschaftsberichte der Ausschüsse, die drei tragischen Ereignissen eine politische und moralische Wertung geben sollten. Das erste Ereignis geschah vor 50 Jahren, das zweite vor 10 Jahren, das dritte vor nur 8 Monaten.

Eben damit befaßte sich unsere oberste Volksvertretung, was eine nicht leichte Aufgabe sein sollte – bis hin zu der außergewöhnlichen, hochdramatischen Wende bei der Diskussion über den Bericht von Alexander Jakowlew, Vorsitzender des Ausschusses für die politische und rechtliche Bewertung des sowjetisch-deutschen Vertrages. Auf der vorhergehenden Sitzung hatte der Kongreß gebannt die eingehend dokumentierte Analyse der komplizierten Vorkriegsergebnisse, des Vertrages und des verhängnisvollen „geheimen Zusatzprotokolls“ (über das die NZ-Leser wiederholt informiert wurden), vernommen. Alles schien auf die politische, rechtliche und moralische Verurteilung dieses Protokolls, dessen Existenz lange Zeit verschwiegen und verheimlicht wurde, hinauszulaufen. Doch da...

...Immer mehr empörte Stimmen waren im Saal zu vernehmen: Was für ein Protokoll? Kennen wir nicht! Haben wir nicht gesehen! Ein Original gibt es nicht! Alles Erfindungen, schädliche Erfindungen! Als dann die elektronische Stimmenauszählung erfolgte, sahen die im Saal Anwesenden entsetzt, daß der Vorschlag des Ausschusses nicht angenommen wurde. Eine Blamage vor der ganzen Welt?

Doch nicht von ungefähr heißt es, daß man eine Sache beschlafen sollte. Am Morgen des nächsten Arbeitstages des Kongresses legte der Ausschuß-Vorsitzende in angespannter Stille dem Kongreß und der Welt unüberlegbare Beweise vor, auf denen die Empfehlungen des Ausschusses beruhten. Im Archiv des UdSSR-Außenministeriums wurde ein auf den April 1946 datiertes Dokument entdeckt. Dort ist der Vorgang der Übergabe des Originals – hört, hört! – des Geheimprotokolls aus dem Sonderarchiv des Außenministeriums an einen Mitarbeiter von Wjatscheslaw Molotow, der damals einen Ministerposten bekleidete, festgehalten. Ferner findet sich dort eine beglaubigte sowjetische Kopie des Protokolls. Alles klar? Nein, auch danach bahnte sich ein Deputierter den Weg zum Rednerpult und flegte mit schmerzverzerrtem Gesicht den Kongreß an, es habe doch kein Protokoll gegeben...

Ach, wie schwer trennt man sich von Illusionen! Von den Illusionen einer Welt, in der wir stets recht hatten, alles wußten, allen gefielen. Heute muß man einen nicht geringen Preis dafür zahlen, daß wir zu lange derartige Illusionen hegten, uns nicht von den Tatsachen, sondern von vorgefaßten Meinungen leiten ließen; indem wir die Geschichte ideologisierten, nahmen wir ihr den Inhalt. Jetzt muß man sich von den Illusionen trennen. Die Zeit der Erkenntnis ist gekommen.

Sie sollte auch für die Bewertung der Ereignisse von vor 10 Jahren absolut notwendig sein. Der Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan wurde bereits zu einem Meilenstein in der Geschichte der Perestroika. Doch dieser Schritt verlangte seinen „Blick

zurück im Zorn“. Wer faßte den verhängnisvollen Beschluß? Warum? Welche Züge unserer früheren (und leider auch noch heutigen!) Ordnung ermöglichten derartige Entscheidungen? Auf diese Fragen wurden auf dem Kongreß kompromißlose Antworten gegeben, erfolgte eine nicht weniger kompromißlose Verurteilung der Entscheidung von 1979. Sie fiel besonders jenen im Saal, die selbst am Afghanistan-Krieg teilnahmen, schwer. Zu ihrer Ehre sei gesagt, daß sie obigem Beispiel nicht folgten und sich nicht an Illusionen klammerten.

Und schließlich Tbilissi. Eine schwierige Aufgabe hatte der Ausschuß, weil die Wunden noch so frisch sind. Fast wäre es schief gegangen! Die riskante (um nicht zu sagen provokatorische) Idee einiger Abgeordneten, die Bewertungen des Parlamentsausschusses und der Obersten Militärstaatsanwaltschaft vor dem Kongreß einander gegenüberzustellen, sorgte für eine so gefährliche Lage im Saal, daß der Kongreß den schweren Beschluß fassen mußte, auf die Rundfunk- und Fernsehübertragung zu verzichten. Im Ergebnis verurteilte der Kongreß die Anwendung von Gewalt, konstatierte schwerwiegende Fehleinschätzungen und Fehler – auf allen Ebenen, von der Republik- bis zur Unionsebene.

Der Volksdeputierte und Historiker Roj Medwedew nannte die Entscheidung zu 1939 die wichtigste des Kongresses. Dem kann man zustimmen, wenn man einen wesentlichen Zug dieser Entscheidung berücksichtigt: Das war keine „Verneinung um der Verneinung willen“, sondern ausgewogenes, differenziertes Handeln. Der Kongreß differenzierte zwischen dem Nichtangriffspakt, der in einer komplizierten politischen Lage geschlossen wurde und unter anderem das Ziel verfolgte, die Gefahr eines herausziehenden Krieges von unserem Land abzuwenden, und dem Geheimprotokoll, das gegen die Prinzipien der Leninschen Außenpolitik verstieß. Auch in beiden anderen besagten Beschlüssen des Kongresses verfuhr man ebenso. Die Volksdeputierten, die den Einmarsch in Afghanistan verurteilten, betonten, dafür seien die Soldaten, die nur ehrlich ihre Pflicht erfüllt haben, nicht verantwortlich gewesen. Und auch in der Entscheidung zu Tbilissi wurde nicht nur Gewalt verurteilt, sondern auch die große Idee der Beachtung der Menschenrechte, eines guten Verhältnisses zwischen den Völkern verteidigt.

Diese drei Entscheidungen des Kongresses sind Zeichen einer Zeit, in der wir beginnen, nach den Gesetzen der Moral zu leben – ohne Angst vor einer schmerzlichen Katharsis. Doch das ist für uns ungewohnt. Unserer Gesellschaft fallen, wie Michail Gorbatschow einmal zu Willy Brandt sagte, tiefgreifende Veränderungen gar nicht leicht, zu stark ist sie durch ihre Vergangenheit, durch Gewohnheiten und Vorstellungen, die zu anderen Zeiten entstanden, belastet. Genau – doch wie kann man die Vergangenheit nicht zu einer Last, sondern zu einer Lehre werden lassen? Wie kann man verhindern, daß man später zur Reue gezwungen wird?

Wer zu spät kommt, den bestraft die Geschichte. Die sowjetische Gesellschaft erhielt schon wiederholt eine solche Strafe, jetzt muß das vermieden werden. Ein so schrecklicher Preis für die Erkenntnis, wie wir ihn bislang zu zahlen hatten, darf nicht mehr gezahlt werden.



Lew
Besymenski

**Endlich nach
den Gesetzen
der Moral
leben**

Schwerter zu Pflugscharen – eine leichte Aufgabe?

„Komm zu mir ins Werk“, redete mir der leitende Ingenieur eines sowjetischen Rüstungsbetriebes Sergej Kowalenko zu, „hör dir einmal an, wie uns der Chefingenieur bei einer kurzen Planberatung wegen der Würstchen abkanzelt. In einem Raketenwerk zerbrechen sich die Konstrukteure den Kopf über eine Wurstanlage, die zum Erzeugnis Nr. 1 wurde.“

Arbeiter verlieren die Zuversicht, Werke verlieren Arbeiter. Raketenkonstrukteure entwerfen Würstchenaggregate, Panzerbauer lernen es, Teigknetmaschinen herzustellen. Ist das Konversion?

Ich hörte meinem Freund erstaunt und befremdet zu. Von den Problemen der Konversion ist schon nicht selten die Rede, doch erstmals spürte ich in den Worten eines Mannes, der davon direkt betroffen ist, so deutlich Besorgnis. Mitarbeiter, die kündigen, technologische Verluste und soziale Probleme – mit all dem wurde man im Werk konfrontiert. Wird sich auch die Konversion nur so schwer ihren Weg bahnen, wird es dabei nur auf das Ziel ankommen, das die Mittel angeblich rechtfertigt? Werden wir nach einer „Offensive“ oder einer weiteren Sturmschicht erneut die Opfer zählen müssen? Wann endlich werden diejenigen, die die „Offensive“ zu planen haben, auf die Stimme der Vernunft hören?

Doch die Offensive hat bereits begonnen, das aber, was Kowalenko sagte, bedeutete, daß es keinen Generalplan gibt! Wenn überhaupt eine Strategie der Konversion existiert, dann nur in allgemeinen Zügen, ohne auf die Spezifik der betroffenen Betriebe einzugehen. Das strategische Szenario wurde per Telefon und in Direktiven nach unten weitergeleitet. Die Absicht dabei ist klar: Unser Land braucht Konsumgüter, Anlagen für die verarbeitende und die Nahrungsmittelindustrie. Alles für die Defizite! Die Kapazitäten der Rüstungsindustrie in den Dienst des Volkes! Doch überlegt sollte gehandelt werden...

Solche Gedanken ließen mir keine Ruhe, als ich nach Rostow am Don flog, wo ich hoffte, einen Großbetrieb der Rüstungsindustrie aufsuchen und dort vor Ort Informationen, die meine Zweifel oder Befürchtungen beseitigen, erhalten zu können.

„Konzeption Sorenko“

Gennadi Sorenko zierte sich nicht lange, sondern reichte mir gleich eine Akte mit Plänen für die alternative Produktion von Konsumgütern in Betrieben von Rostow. „Entscheiden Sie selbst. Ich würde Ihnen die Hubschraubervereinigung empfehlen. Dort hat Michail Nagibin interessante Ideen.“

Der jetzige Leiter der Planungsabteilung des Gebietsexekutivkomitees, unlängst noch Bürgermeister der Stadt, legt mir gern seine Sicht der Konversion dar. Sein Gedanke ist die intensive Nutzung der Verbindungen zu ausländischen Partnerstädten – die Wirtschaftsverbindungen zu ihnen weiterzuentwickeln, dort Erzeugnisse der örtlichen Industrie zu verkaufen und die so eingehenden Devisen zu verwenden, um Konsumgüter, Lizenzen und Anlagen für die Leichtindustrie von Rostow zu erwerben. „Warum das Fahrrad noch einmal erfinden?“ fragte Sorenko. „Warum Konstruktionsbüros der Rüstungsindustrie zwingen, sich mit einer ihnen fremden Arbeit zu befassen? Sie brauchen mindestens 2 bis 3 Jahre, um tatsächlich zu für sie akzeptablen Wegen einer alternativen Produktion zu gelangen. Dann wird es keine technologischen Verluste, keine sozialen Probleme geben.“

Aus Sorenkos Überlegungen sprach seine feste Überzeugung. Die Werksdirektoren klagen über mangelnde Informationen, was die ausländischen Partner angeht. Sie bildeten einen Verband von Vertretern der Massenmedien der Partnerstädte. Jetzt erfolgt ein intensiver Austausch von Artikeln, werden Fernseh- und Rundfunksendungen ausgetauscht. Das aber ist eine Möglichkeit, einander besser kennenzulernen. Dazu kommt die Werbung. Eine Vereinigung für die geschäftliche Zusammenarbeit mit dem Ausland ist im Entstehen begriffen. Im Grunde ist dies der erste praktische Schritt, um Sorenkos Ideen zu verwirklichen. So gelingt es, auch das Devisenkonto der Stadt aufzufüllen – vor allem sind es Betriebe von Rostow, die Valuta abführen, das bereits einige tausend in fester Währung und nicht in weichen Rubeln auf seinem Konto hat.

Ich will nicht verhehlen, daß mir die Ideen meines Gesprächspartners, die ich insgeheim „Konzeption Sorenko“ nannte, sympathisch waren ebenso wie er selbst, offen und genau wissend, welchen Weg man gehen muß, noch bevor eine Direk-



Militärtechnik unter dem Hammer. Das ist noch keine Konversion

tive von oben eintrifft. Vielleicht hoffen diejenigen, die die Strategie bestimmen, gerade auf Leute wie Sorenko? Sie tun das, weil sie die Gewißheit haben: Leute wie Sorenko werden selbst die Taktik festlegen – und, wie ich meine, nicht ohne Nutzen für unser Land.

Ideen für die Zukunft

Michail Nagibin, Generaldirektor der Hubschrauberproduktionsvereinigung Rostow, war bis 17 Uhr mit einer durchreisenden Gruppe von Amerikanern beschäftigt. Ihr gehörten vor allem Vertreter der verarbeitenden und der Nahrungsmittelindustrie an. Und schon das brachte mich auf den Gedanken, daß die „Konzeption Sorenko“ in Rostow funktioniert.

Der Generaldirektor erwies sich als einfacher Mann mit gutem Kommunikationsvermögen – ein freundliches Gesicht mit spitzbüschigen Augen, die Hände eines Arbeiters, zeigte er sich, sprach er wie ein solider Geschäftsmann.

Nagibins erster Satz schon verblüffte etwas. „Ich will Ihnen ehrlich sagen, daß ich keine Probleme mit der Konversion habe. Wir bekommen so viele Aufträge für Hubschrauber, daß ich die Produktion verdoppeln könnte. Doch...“, er lächelte, und nach einer Pause fügte er hinzu: „Manches halten wir natürlich in Reserve – für den Notfall.“

Dieses „manches“ sollte sich als ein Paket von beachtenswerten Ideen für eine alternative Entwicklung der Produktion ohne Verlust der technologischen Kapazitäten und der Rentabilität erweisen.

Der Direktor deckte eine Karte nach der andere auf, da ihm klar war, daß die Effektivität der Art und Weise, wie er Informationen liefert, die Wirkung als solche ergänzt. Übrigens war ich schon darüber erstaunt, daß ein Leiter, dem die Konversion bislang keine Kopfschmerzen bereitet, nichtsdestoweniger bereits nach optimalen Lösungen sucht, daß er sich neben den Sorgen um die eigentliche Produktion zusätzlich Pflichten, Verantwortung für Dinge, die im Grunde noch gar nicht da sind, aufbürdet. Die Prognostizierung der Entwicklung, die Fähigkeit, sich rechtzeitig auf Unannehmlichkeiten vorzubereiten, hat hier greifbare Züge angenommen. Die Zeit, die sich glücklich ineinanderfügende Umstände oder Fortuna dem Generaldirektor gegeben haben, nutzte er, um eine optimale Taktik für seine Konversion zu erarbeiten.

„Jetzt vereinbaren wir mit der Firma Termatube die gemeinsame Produktion von sanitären Anlagen.“ Ich konnte mein Erstaunen nicht verhehlen. Doch Nagibin, der mir die Produktion verschiedener Haushaltsgeräte aus Kunststoffen beschrieb, zeigte mir Prospekte mit Mustern – was Design und Farbgebung angeht, beeindruckend. „Nichts einfacher als dies! Uns ist es ja ganz egal, was wir stanzen: Schraubenblätter für einen Hub-



Zeichnung: Wladimir Nenaschew

schrauber oder all diese Dinge – mit einer anderen Druckpresse. Wir können, falls erforderlich, den Markt mit leichten, stabilen Erzeugnissen der verschiedensten Art sättigen.“

Wahrscheinlich kann Nagibin jeder seiner Abteilungen und Werke, wenn die Produktion von Hubschraubern gedrosselt wird, schon morgen eine alternative Produktion anbieten.

Und doch war ich am stärksten beeindruckt vom Entwurf für die Produktion eigener Campinganhänger für PKWs. Von den Hubschrauberkonstrukteuren funktional entworfen, aerodynamisch bearbeitet, geräumig und zugleich leicht, vor allem aber zusammenlegbar, faszinierten sie die angereisten ausländischen Geschäftsleute aus den USA, Großbritannien und Japan. „Nichts ist da überflüssig, wie auf einer Segelyacht“, ließ sich ein Amerikaner begeistert vernehmen.

„Meine Auffassung von der Konversion unterscheidet sich grundsätzlich nicht von Sorenkos Haltung“, sagt Nagibin. „Man muß Devisen erarbeiten und dafür die Taktstraßen und Lizenzen kaufen, deren Entwicklung jetzt zu große Ressourcen, zu großen Kraftaufwand verlangen würde. In diesem Sinne bringt unser Wohnwagen Devisen. Das ist nicht das Endziel, sondern eine Zwischenstufe bei der Lösung des Konversionsproblems.“

Michail Nagibin ließ mich durch sein riesiges Unternehmen kutschieren, das mich, ehrlich gesagt, beeindruckte. Doch viel wichtiger schien mir der Umstand zu sein, daß die soziale Infrastruktur für die Beschäftigten – Schwimmbecken, Sportaal, Sauna, Einkaufsmöglichkeiten u.a. – auf höchstem Niveau sind. Und da dachte ich: Nein, von hier wird niemand fortgehen wollen. Natürlich hat der clevere Direktor den angereisten Korrespondenten nicht alle seine Geheimnisse wis-

sen lassen. Konkurrenz bleibt Konkurrenz.

In Charkow interessierte ich mich für das noch vor kurzem geheime Malyschew-Panzerwerk. Von seinen Fließbändern liefen mächtige Panzer, noch gestern unser Stolz, jetzt werden sie verschrottet. Mir schien es offensichtlich zu sein, daß Probleme der Konversion gerade für dieses Werk kritisch werden könnten. Allzu entfernt sind die Erzeugnisse des Betriebes von dem, was unsere Landwirtschaft braucht.

Panzer zu Altmetall

Der erste stellvertretende Bürgermeister Nikolai Timoschin zeigte Verständnis für meine Bitte. „Vielleicht haben Sie nicht gerade den geeignetsten Augenblick erwischt. Piwowarow, der Generaldirektor der Vereinigung, ist beim Plenum des ZK der KP der Ukraine in Kiew und wird erst morgen zurückkommen.“

Doch der Vizebürgermeister sollte sich geirrt haben. Probleme des Werks ließen den Generaldirektor schon heute zurückkehren. Er schaltete sich gleich nach seiner Ankunft in deren Lösung ein, trommelte in seinem Arbeitszimmer einen „großen Kriegsrat“ zusammen und antwortete nicht einmal auf Anrufe des Gebietskomitees der Partei.

Die Sekretärin des Direktors wiederholte immer wieder, unbittlich wie ein Automat: „Genosse Piwowarow ist nicht da.“ Ich aber wandte mich, da meine Zeit immer knapper wurde, lieber an Instanzen in Charkow. Bei erfolglosen Versuchen, Verbindung zum Generaldirektor aufzunehmen, verging ein Tag, doch ich konnte mich nicht darüber beklagen, daß er ohne Ergebnisse geblieben wäre. Von einem gesprächigen Taxifahrer erfuhr ich, daß im Panzerwerk eine „Rebellion“ heranreife.

Unzufrieden mit dem Lohn drohten Mitarbeiter der Dieselproduktion mit einem Streik. Und mir wurde klar, warum dem Direktor nicht gerade nach einem baldigen Treffen mit einem „Vertreter der zentralen Presse“ zumute war.

Gegen Abend meldete sich Piwowarow dann doch am Telefon. Er erklärte sich ohne besondere Begeisterung bereit, um 8 Uhr am nächsten Morgen mit mir zusammenzutreffen. „Später kann ich nicht. Um 9 Uhr haben wir unsere kurze Planberatung, dann folgt eine Sitzung des Stadtrates. Und überhaupt haben wir morgen einen arbeitsfreien Samstag.“

Um 8 Uhr erschien ich mit einem Wolga des Direktors bei der Werksleitung. Piwowarow war bereits da. Er war schrecklich erkältet, sah müde aus, war jedoch um einen munteren Eindruck bemüht. Nachdem er sich das Ziel meines Besuches hatte erklären lassen, öffnete er offenbar vorbereitete Akten, begann, mich mit Zahlen und Fakten zu überhäufen.

Vom Volumen der Rüstungsproduktion sind 15% verloren. Die Suche nach einem Ausgleich dafür erlaubt es jetzt, 50% des Gesamtverlustes zu überwinden – vor allem durch die Produktion von Details für schwere Diesellokomotiven und von Erzeugnissen für die Landwirtschaft. An der Umrüstung eines militärischen Sattelschleppers für volkswirtschaftliche Erfordernisse wird gearbeitet, man sucht auch andere Wege für eine alternative Entwicklung der Produktion. Zusammen mit dem Charkower Traktorenwerk ist die Produktion eines überschweren Halbraupenschleppers geplant, zusammen mit dem Belorussischen Automobilwerk soll ein leistungsstarker LKW entwickelt werden. Produktionsmuster gibt es bereits. Plänen zufolge soll der Zuwachs der zivilen Produktion verdoppelt, bei Konsumgütern um das 3,8fache und bei Erzeugnissen für die Nahrungsmittelindustrie um das 4,3fache gesteigert werden.

Ein idyllisches Bild wurde entworfen. Die Dimensionen der am grünen Tisch erarbeiteten Pläne waren beeindruckend, doch das Wichtigste fand keinen Ausdruck: Was soll mit der Technologie der Panzerproduktion und mit dem bequemen Leben auf Kosten des Staatshaushalts geschehen, wenn es die Basiserzeugnisse nicht erlauben, an Konkurrenzfähigkeit und soziale Probleme zu denken?

Und da beschloß ich, dem Generaldirektor zu helfen. Er sollte daran glauben, daß der Korrespondent aus Moskau nicht gekommen war, nur um zu kritisieren, sondern, daß er sich die Probleme des Direktors anhören und, falls erforderlich, darüber schreiben wollte. Damit von Piwowarows Problemen auch jene erfahren, die ihm vorschlagen, statt leistungsstarker Dieselmotoren für militärische Technik den winzigen Motor für den PKW Tawrija zu produzieren! Damit sich die klugen Köpfe im ukrainischen Ministerrat Gedanken darüber machen, daß man für eine solche Konversion im Grunde nur die Werksmauern stehen lassen kann, die Technologie und ... die Arbeiter aber auswechseln muß, da sich die weitaus meisten zusammen mit Konstrukteuren und Ingenieuren rechtzeitig in florierende Genossenschaften absetzen werden, ohne abzuwarten, bis das Panzerwerk zu einer Automobilfabrik wird. Und ich wollte, daß Piwowarow selbst von diesem Nonsens berichtet, für den er persönlich keinerlei Verantwortung trägt, weil er nur Direktiven per Telefon von Bürokraten, denen allein an einer schnellen

Ausführung der Kommandos gelegen ist, erfüllen mußte.

Statt der 15 Minuten, die mir der Direktor für das Gespräch reserviert hatte, sprachen wir über eine Stunde miteinander. Der Generaldirektor kam dabei so richtig in Fahrt, und er verwies auch offen auf Mängel. Wie sich herausstellte, hat er seine eigenen Gedanken zur Konversion. Ich berichtete ihm von der Begegnung mit Nagibin, von seinen Plänen, von dem devsträchtigen Wohnwagen, von der Suche nach Partnern im Ausland. „Auch wir haben solche Pläne – so unser vierrädriges Motorrad, zusammen mit dem Kollektiv in Kowrow.“ Der Generaldirektor sagte, dessen Technologie sei der Basistechnologie ähnlich. Das Motorrad verspricht Gewinn, und folglich wird die Rentabilität des Unternehmens nicht abnehmen.

„Jetzt aber zeichnet sich folgendes Bild ab“, sagte Piwowarow. „Staatsaufträge, die nur in allgemeinen Zügen die Spezifik unserer Kapazitäten berücksichtigen, schreiben die Entwicklung und Produktion einer Thermoverschlußanlage (wie ich verstand, eines Konservierungsaggregats), eines Komplexes für die Produktion von lösbarem Kaffee und einer Teigknetmaschine vor. Natürlich haben wir fähige Konstrukteure. Man studierte, wie das im Westen aussieht, und entwickelte Technik, die nicht schlechter ist. So überbietet unsere Teigknetmaschine alles, was es im Westen an Vergleichbarem gibt. Der Marktpreis dort beträgt 6000 bis 8000 Dollar, unser Ministerrat aber will nur 1500 Rubel zahlen. Damit die Taktstraße bei diesen Preisen Gewinn bringt, müßte ich jährlich nicht weniger als 10 000 Stück erzeugen. Wie viele aber braucht unsere Volkswirtschaft: 100, 200 oder 1000? Werden wir den Markt sättigen, in den roten Zahlen bleiben – und dann?“

Piwowarow ist sehr interessiert an der Suche seiner Kollegen in Rostow nach Wegen für eine Konversion und daran, wie sie die Verbindungen zu den Partnerstädten nutzen. „Sie sollten das einmal unserem Bürgermeister sagen. Wir haben Partnerstädte, allerdings haben wir davon nur geringen Nutzen.“

„Gebt mir zwei Jahre!“

Ich hatte mich nicht getäuscht: Die Probleme bei der Konversion sind für die Panzerfabrik schon jetzt, bei einer 15%igen Kürzung der Grundproduktion, spürbar. Piwowarow bemerkte diplomatisch, Kaderverluste seien jetzt teilweise „spürbar geworden“. Und nicht die ungelernten Arbeiter, nicht die Pförtner sind es, die sich aus dem Staub machen. Die besten Kader des Werkes gehen: die Panzerschweißer, der Stolz des Betriebes, Monteure, Dreher und Werkzeugschlosser höchster Qualifikation. Sie wandern in Genossenschaften ab, wo der Verdienst höher und die Arbeit sauberer ist. Sie tun das nicht, weil sie „arbeitsmüde“ wären, sondern weil sie Angst haben um die Zukunft ihres Werkes. Und auch deshalb, weil sie, wie der Generaldirektor sagte, es moralisch nicht aushalten können, aus einer Elite zu „Klempnern“ zu werden. Obwohl sie nicht unbedingt Lohneinbußen hätten hinnehmen müssen. Folglich gibt es da noch ein Problem – das des Arbeiterstolzes auf den erreichten Qualifizierungsstand. Offenbar ist

auch das bei der Erarbeitung einer alternativen Produktionsstrategie in den Rüstungsbetrieben zu berücksichtigen.

Es ist Piwowarows Glück, daß seine Konstrukteure bislang nicht gehen. Richtiger wäre es zu sagen, bislang gibt es keine konstante Tendenz eines solchen Prozesses. Und das, obwohl einige Konstrukteure nach der Anhebung der Gehälter in den wissenschaftlichen Forschungsinstituten, und davon gibt es viele in Charkow, ihren Arbeitsplatz im Konstruktionsbüro gegen die ruhigeren und nicht weniger einträglichen Funktionen eines Wissenschaftlers oder eines im Umfeld der Wissenschaft Tätigen einzutauschen begannen. Doch kann sich dieser instabile Status quo lange halten? Und wenn dieser Prozeß stärker wird? Was dann? Wir werden keine neuen Technologien schaffen, doch den erzielten Stand verlieren. Einmalige Spezialisten und Technologen, Konstrukteure und Ingenieure wird man verlieren. Ein Werk mit einer einst progressiven Technologie, wo wir Gott sei dank noch nicht hinter dem Westen zurückliegen, soll zu einem von sozialen Erschütterungen heimgesuchten Kombinat zur Montage von Einzelmustern werden, an denen es auf unserem Markt mangelt? Ist dies der beste Weg der Konversion?

Der Generaldirektor, der mich in den ersten Minuten unseres Gesprächs an einen „Leiter alten Typs“ zu erinnern schien, entpuppte sich als offen und mutig. Als jemand, der nicht weniger als sein Kollege aus Rostow an die Zukunft denkt. Nur schien mir, daß er stärker als Nagibin unter dem Einfluß seiner speziellen Technologie stand. Er fühlt sich in seinem Rüstungsbetrieb mehr als General denn als Direktor, und deshalb ist es gewohnt, daß Befehle nicht erörtert werden. Doch jetzt, da er weiß, daß seine Worte in eine zentrale Publikation gelangen können, da er vielleicht die Unzufriedenheit des Ministerrats und des Verteidigungsministeriums ahnt, erklärte er nichtsdestoweniger eindeutig: „Wir brauchen eine Konversionsstrategie im Rahmen des Landes. Die aber fehlt. Die Pläne, die wir von oben erhalten, berücksichtigen die Spezifik der Produktion nicht. Gebt mir ein Jahr oder zwei, damit wir unser Programm für eine alternative Produktion mit geringen Kosten, vor allem aber mit geringeren sozialen Erschütterungen erarbeiten können. Außer uns wird dies niemand schaffen. Die entsprechenden Arbeitskräfte und die technologischen Möglichkeiten dafür haben wir. Nur die Zeit fehlt.“

Ja, die Zeit fehlt. Die Zeit drängt. Alle haben es eilig, treiben die anderen an. Mit voller Kraft gegen den Mangel, die Rüstungsindustrie in den Dienst des Volkes! Die alte Weise...

Möglicherweise sollte man besser auf die Stimme der Direktoren der beiden Rüstungsbetriebe hören, die die Konversion unterschiedlich sehen, doch die beiden dazu aufrufen, erst einmal die Situation gründlich zu analysieren. Zu analysieren und dann zu handeln...

Sergej Babussenko

NZ-Sonderkorrespondent

ROSTOW AM DON – CHARKOW – MOSKAU

Der Blick unter die Bettdecke

Einmal habe ich mir den Videofilm „Die griechische Feige“ angesehen. Ein recht frivoler Streifen. Manchmal sogar zu frivol. Aber es wäre mir beim Betrachten des hübschen entblößten Mädchens nie in den Sinn gekommen, Mittäter eines Verbrechens zu sein. Dennoch hätte man mich verhaften können, so wie man 1986 sieben junge Leute in Gewahrsam nahm (ihre Namen tun nichts zur Sache).

Das Gebietsgericht von Perm befand sie für schuldig, die „in ihren Besitz befindliche Videoapparatur zur Verbreitung von Filmen mit pornographischem Inhalt verwendet und solche Filme zum Zweck der Verbreitung bei sich aufbewahrt“ zu haben. Zu diesen Filmen gehörte u. a. der schon erwähnte Streifen „Die griechische Feige“ sowie „This is America“. Dieses Verbrechen wurde als so schwer angesehen, daß einer der Angeklagten zu drei Jahren Haft verurteilt wurde. Die anderen kamen mit Geldstrafen davon.

Auf Protest des Generalstaatsanwaltes hat das Oberste Gericht der UdSSR dieses Urteil aufgehoben. Dabei wurde festgestellt, daß die Expertise dieser Filme von unkompetenten Leuten vorgenommen wurde und daß die Schlußfolgerung des Gerichts, diese Filme seien pornographisch bzw. enthielten pornographische Elemente, nicht auf glaubwürdigen Beweisen beruht. Die Sache mit dem Urteil ist also klar. Wie steht es aber um das Problem an sich? Was wäre, wenn die Expertise kompetent und der Film tatsächlich ein pornographischer gewesen wäre? Haft?

Die Frage ist übrigens gar nicht so einfach. Sie zu beantworten, fällt nicht leicht. Man könnte sich natürlich auf die Erfahrungen anderer „zivilisierter Länder“ berufen. Dort werden solche Sachen öffentlich gezeigt, die in einem normalen Menschen höchstens Abscheu hervorrufen. Die Werbung für derartige Filme ist sogar mit einer gewissen Anzahl von Kreuzchen versehen. Die Gesetze lassen das also zu und gewährleisten damit die Freiheit von bigotter Moral? Es gibt aber genügend zivilisierte Länder, wo Pornographie verboten ist und somit die bigotte Moral unter dem Schutz des Gesetzes steht.

Diese beiden Standpunkte stehen in einer inoffiziellen Diskussion miteinander, solange sich die Geschichte der Menschheit zurückverfolgen läßt. Ich denke, im antiken Hellas mit seinem Kult der Schönheit und des entblößten Körpers hat es kaum mehr Unzucht gegeben als im mittelalterlichen Europa, wo die Abkehr von den irdischen Freuden gepredigt wurde und leichte Mädchen an den Pranger kamen. In diesem Sinne hat die doppelte Moral immer schon geblüht, in antiken Spelunken wie in katholischen Klöstern. Offensichtlich liegt das in der Natur des Menschen begründet und setzt sich selbst gegen die härtesten Gesetze durch.

„Das gesunde Leben des Menschen“, schrieb Alexander Herzen, „flieht das Kloster ebenso wie den Viehhof“. Das 20. Jahrhundert mit seinem technischen Fortschritt, seinen humanen Gesetzen und seiner Pop-Kultur hat das Scham- und Sündhafte für alle sichtbar gemacht. Es ist aber eine Sache, unter der roten Laterne in die „Höhle“ zu kriechen, eine ganz andere, dasselbe auf dem Bildschirm zu sehen. Der Film hat die Bettdecke gelüftet und gibt den Blick frei auf intimste Geheimnisse.



Warum man für einen zu Hause gesehenen Film ins Gefängnis kommen kann

Das ist die Konstatierung einer Tatsache. Und was sollen wir nun damit anfangen? Ich bin weit entfernt von dem Gedanken, man solle alles verbieten. Gott sei Dank sind auch wir inzwischen zu der Einsicht gelangt, daß sich mit Gefängnis und Verbannung keine Besserung der Moral erreichen läßt. Auch eine stumpfsinnige Zensur kann da nichts ausrichten. Filme wie „Kleine Vera“ oder „Außerordentlicher Vorfall auf Rayonebene“ hätte sich vor zehn Jahren keiner auf der Leinwand vorstellen können. Heute dagegen, auch wenn verschiedene Meinungen darüber geäußert werden, will sie keiner ernsthaft verbieten. Beschnitten werden sie auch nicht mehr.

Also ist alles gestattet? Nein, nicht „alles“. Unsere Gesetze verfolgen beispielsweise jene, die Minderjährige zu Alkoholmißbrauch, Prostitution und Glücksspielen verleiten (Paragraph 210 StGB der RSFSR). Hier kann man dem Gesetz sicher nichts vorwerfen. In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heißt es:

„Bei der Ausübung seiner Rechte und dem Genuß seiner Freiheiten soll jeder nur den Beschränkungen unterliegen, die die Gesetze zu dem ausschließlichen Zwecke angeordnet haben, um die Anerkennung und Achtung der Rechte und Freiheiten anderer zu sichern und die angemessenen Erfordernisse der Moral... zu erfüllen.“ Das bedeutet aber, daß der von der ganzen zivilisierten Welt anerkannte „Freiheitskodex“ die Moralkategorien nicht der Jurisdiktion der nationalen Gesetzgebung entzieht. Die Frage ist nur die, wie man die Formulierung „die angemessenen Erfordernisse der Moral“ auslegt. Ich würde es nicht riskieren, sie zu definieren. Aber die Rechts- und Geschichtswissenschaft, die Soziologie, die Pädagogik und andere angrenzende Zweige müssen es tun. Meiner Ansicht nach ist das Aufgabe der Gesetzgeber der einzelnen Unionsrepubliken, weil diese die nationalen Traditionen und kulturellen Besonderheiten besser berücksichtigen können.

Nochmals möchte ich meine Position klarstellen: Ich habe mir den Film „Die griechische Feige“ mit Vergnügen angesehen. Ich bin dagegen, daß man dafür Leute ins Gefängnis steckt. Ich bin gegen eine Sittenpolizei. Sollte aber die Frage aufgeworfen werden, diesen Film überall in den Kinos oder im Fernsehen zu zeigen, würde ich nachdenklich werden.

Die Kinder- und Jugendkriminalität nimmt bekanntlich erschreckende Ausmaße an. Wir suchen die Gründe dafür in gestörten Familienbeziehungen, in Versäumnissen der Schule und des Komsomol, im allgemeinen Mangel. Sicher sind das alles gewichtige Gründe. Die „geistige Nahrung“ gehört aber auch dazu. Es ist natürlich schwierig, zwischen „wohlthuender Erotik“ und pornographischen Machwerken zu unterscheiden. Man sollte es trotzdem versuchen, allein schon deshalb, damit junge Leute, die sich nicht den richtigen Film angeschaut haben, nicht ins Gefängnis müssen.

*Juri
Feofanow*

Ungebetene Gedanken zu Fortschritt und Krise der Zivilisation, einem aufsehenerregenden Essay von Francis Fukuyama und zu den Zukunftsaussichten der liberalen Demokratie

Erinnerungen an das Ende der Geschichte

Elgis Posdnjakow, Dr. phil. habil., Historiker

In unserer Welt gehen bedeutungsvolle Dinge vor sich. Shakespeares „Es ist etwas faul im Staate Dänemark“ ist längst keine Phrase mehr, mit der witzige Skeptiker in der Provinz aufwarten, sondern gewinnt ihren ursprünglichen und von Shakespeare beabsichtigten universell-tragischen Charakter zurück

Ich denke dabei nicht einmal an die Gefahr der Selbstauslöschung mit Hilfe von atomaren Raketenwaffen, an die Umweltgefährdung oder die Verletzung von Menschenrechten. Das gibt es alles.

Ist es aber aus sich selbst heraus entstanden? Das haben wir selbst gemacht. Sonst keiner. Heute erheben wir nur unsere Stimme und warnen vor der Gefahr für das Überleben der Menschheit. Eine kleine, dafür um so bezeichnendere Einzelheit: Alle sprechen von der über uns „verhängten“ Bedrohung. Man könnte glauben, Außerirdische hätten sie da oben „hingehängt“. Sicherlich ist Bescheidenheit eine Zier. Trotzdem sollten wir vielleicht doch lieber sagen: Diese Bedrohung haben wir selbst geschaffen, selbst über uns „verhängt“, die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten, Westeuropa und alle anderen, die Menschheit selbst. Wir: Politiker, Wissenschaftler, Konstrukteure, Arbeiter, Redner usw. Alle, die einen gemeinsamen Beitrag zur Entstehung unerhörter technischer Wunderwaffen für die Massenvernichtung geleistet haben.

Quo vadis?

Die Parole vom Überleben scheint für den einen oder anderen besonders überzeugend und anziehend zu sein. Von was für einem Überleben ist aber die Rede, und wofür? Um auch weiterhin noch teuflischere und raffiniertere Waffen für die eigene Vernichtung und die Verwandlung der Erde in eine Mülldeponie zu schaffen? Oder sollte in der Welt tatsächlich etwas vorgefallen sein, daß der Mensch, nachdem er einmal sein Überleben gesichert hat, sich ändert und auf der Stelle seine Schwerter in Pflugschären umschmiedet? Es geht hier nicht um das Überleben an sich, es geht um mehr. Überleben als ausschließliches Ziel kann das Überleben nicht gewährleisten, weil, solange wir bleiben, wie wir sind, die Überlebensgefahr uns wie unser eigener Schatten folgen wird, denn sie ist integraler Bestandteil unserer Existenz.

Ich gebe durchaus zu, daß ich etwas nicht ganz verstanden oder womöglich überhaupt nicht recht habe. Dann bin ich gerne bereit, denen zuzuhören, die mir nachweisen, daß unsere Welt sich ausschließlich progressierend, vom Niederen zum Höheren entwickelt, sich unaufhaltsam die Stufen von den sozial weniger entwickelten zu den sozial höher entwickelten Formen hocharbeitet und daß mit ihr zusammen auch der Mensch Fortschritte macht, weicher, gütiger, sittlicher wird.

Trotzdem sind die Fortschrittsgläubigen ruhiger geworden, und immer häufiger dringt das Wort „Krise“ an unser Ohr. Heute kann man an jeder Straßenkreuzung, was den Durchschnittsbürger schreckt, etwas von der Krise hören, in der die

Sittlichkeit, die Gesellschaft oder die Zivilisation gerade stecken. Vor unseren Augen büßen die moralischen und kulturellen Werte früherer Generationen für die nachwachsende Generation ihre Bedeutung ein. Ersatz konnte bisher nicht geboten werden. Damit verliert der Mensch den Boden unter den Füßen und weiß nicht mehr, wer er selbst ist, was er von der ihn umgebenden Welt halten soll und was diese Welt eigentlich ist.

Eine der erstaunlichsten Seiten menschlichen Seins besteht eben nicht darin, daß wir nur leben, und auch nicht darin, nur gut zu leben, sondern darin, daß wir uns fragen, wozu wir arbeiten und unsere Gattung fortpflanzen, wer wir sind, was wir sind, wohin wir gehen und wofür wir leben. Die vielleicht gefährlichste aller Krisen ist die Krise der Ideale und des Glaubens. Wenn es nämlich kein Ideal gibt und keinen Glauben, wenn es nichts gibt, um dessentwillen man lebt, hängt dann nicht eine noch schrecklichere Gefahr als die Kriegsgefahr über uns, nämlich die Gefahr, ohne geistige Kultur zu sein? Treiben wir dann nicht auf jede Leugnung von Moral und Tugend zu? Man wagt es gar nicht auszu-denken, was Überleben dann für uns alle bedeuten würde. Wo sind die „Narren“, die uns heute eine Antwort auf diese Fragen geben, uns den Weg zeigen, den wir gehen müssen und ihn mit dem Feuer des Glaubens und der Hoffnung ausleuchten?

Entweder ist aber die menschliche Gattung ihrer hellen Geister beraubt, oder sie hat in der Vergangenheit zu viel Kraft und Energie darauf verwandt, sich aus der Umnachtung zu befreien, in der sie sich über Jahrhunderte befand, und ist nun in dem Gelobten Land der Zivilisation, in dem Milch und Honig fließen, angekommen, wo sie zu dem Schluß gelangt ist, hier offenbar ihr letztes Ufer erreicht zu haben, das Ende ihrer ganzen mühevollen Geschichte, von wo aus es nicht mehr weitergeht.

Nachdem sie die phantastische Spiralwindung der höchsten Gefühle menschlichen Geistes und des Traums von einem irdischen Reich der Gerechtigkeit nachvollzogen hat, findet sich die Idee vor dem zerrümmerten Futtertrog des Alltagsdaseins mit seinem ganzen Aberglauben und allen seinen Vorurteilen wieder. Vielleicht ist aber gerade der „Futtertrog“ die verheißene Wahrheit? Genug zu essen, anzuziehen, ein Dach über dem Kopf und Arbeit zu haben? Was macht es da schon für einen Unterschied, womit man sich beschäftigt, ob man einen atomaren Sprengkopf oder eine Kaffeemühle montiert, ob man eine neue todbringende Rakete oder ein Kulturhaus entwirft, ob man eine Cholerakultur oder Getreide auf den Feldern züchtet? Alles ist gleich, alles wird gebraucht, alles ist ehrenhaft.

Was ist das, ein Wahrzeichen der fortschreitenden Menschheit oder ein Vorzeichen der Krise, in die sie geraten ist? Wer könnte das mit Sicherheit sagen?



Der im Westen zu einer Sensation gewordene Essay des amerikanischen Politologen und Diplomaten Francis Fukuyama mit dem vielsagenden Titel „Das Ende der Geschichte?“ ist eine mögliche Antwort darauf. Er ist ein ernsthafter Versuch, sich Klarheit zu verschaffen darüber, wohin die Menschheit geht und was uns in Zukunft erwartet. Die widersinnig anmutenden Aussagen bei Fukuyama helfen uns zu sehen, was bei anderer Gelegenheit aus dem Blickfeld geraten würde.

Zurück zu Hegel

Für Fukuyama ist Geschichte Hegels Verkörperung des Weltgeistes, der Absoluten Idee. Der Hegelsche Geist hat sich in der Weltgeschichte verkörpert,

vollendet seine Selbstentfaltung und damit die Geschichte. Als Ausgangspunkt für sein „Ende der Geschichte“ wählt Fukuyama das Jahr 1806, als Napoleons Truppen bei der Schlacht von Jena einen Sieg über das feudale Preußen und damit über das ganze alte Europa errungen hatten. Dieser Sieg war nach Hegel ein Wahrzeichen für die Verbreitung liberaldemokratischen Gedankenguts in ganz Europa.

Von diesem Augenblick an breitet sich diese Idee bis auf den heutigen Tag ungebrochen in der ganzen Welt aus. Schon ist der Lärm vieler Revolutionen und Kriege verklungen, die im Namen von Ideen begonnen wurden, die sich dem Liberalismus entgegengestellt haben und zu denen auch Faschismus und Kommunismus gehören. Heute aber sind wir nach Fukuyama Zeugen eines unge-

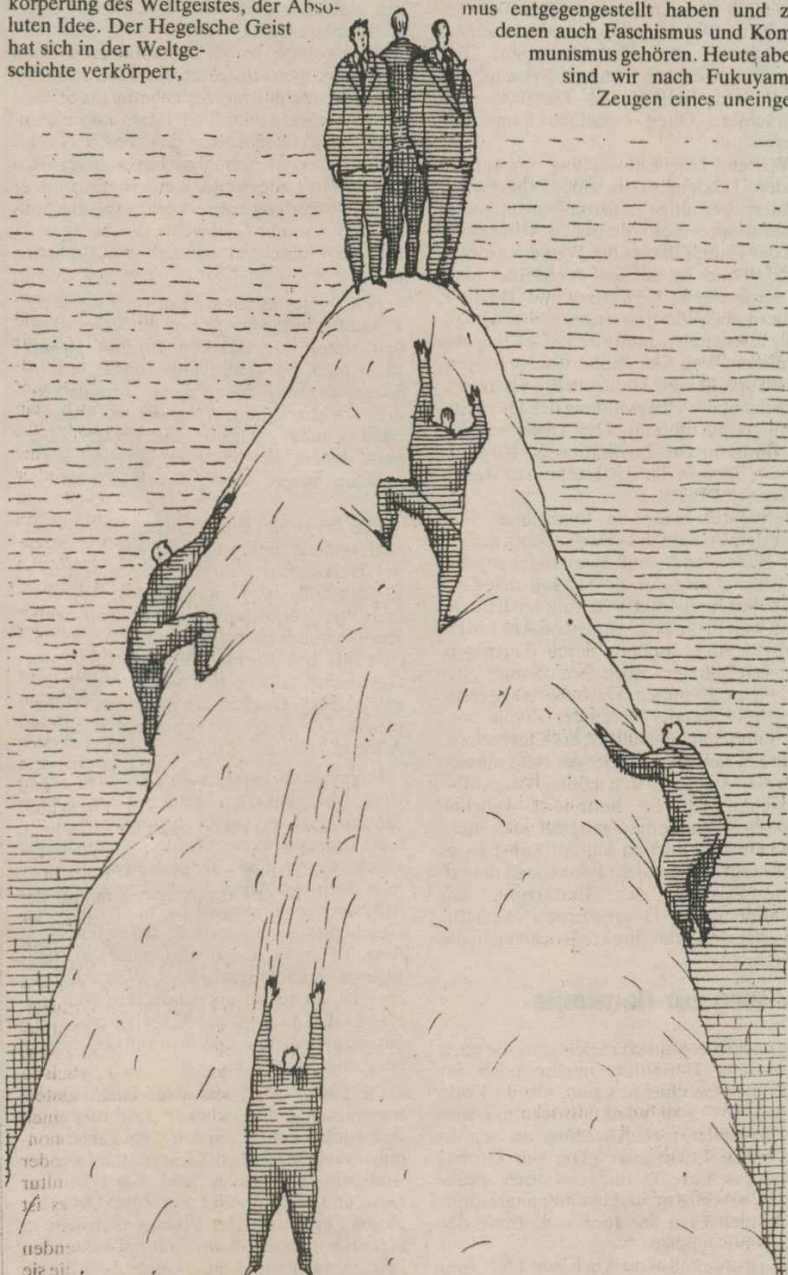
schränkten Triumphes der liberalen Demokratie. Dabei ist unerheblich, daß noch nicht alle Länder diesen Weg gänzlich eingeschlagen haben. Die Idee der liberalen Demokratie wird über kurz oder lang den Sieg davontragen. Deshalb ist die Geschichte in ihr Endstadium getreten, kündigt Fukuyama. Jetzt beginnt das posthistorische Zeitalter.

Soweit Fukuyamas Schema. Ihm zufolge gedeihen die Länder Westeuropas, Nordamerikas, Japan und einige andere schon heute glücklich im posthistorischen Zeitalter. Die übrigen befinden sich im „Sumpf“ der Geschichte. Auch sie aber haben nach Fukuyamas Ansicht begonnen, auf die liberale Demokratie zuzusteuern. Die in der Sowjetunion und in China einsetzenden politischen Veränderungen sind für Fukuyama eine Bestätigung seiner Konzeption.

„Das ist natürlich alles sehr interessant, aber worin besteht die Sensation?“ mag der eine oder andere fragen. Mir fällt dabei der Prediger Salomo ein: Was geschehen ist, eben das wird hernach sein..., und es geschieht nichts Neues unter der Sonne. Deshalb wiederhole ich auch ohne besondere Begeisterung, eher gewohnheitsmäßig die Frage Feuerbachs: Und wo bleibt der Mensch? Es gibt zwar eine Geschichte, aber keinen Menschen. Bei Fukuyama wie bei Hegel, dem er geflissentlich folgt, geht der Mensch verloren. Eben jener Mensch, der, was immer man von ihm halten und wie immer man seine Schwächen und Kapiolen verachten mag, trotzdem der einzige und unnachahmliche Gestalter seiner Geschichte ist.

Natürlich wäre es töricht zu leugnen, daß der Mensch sich vor dem Strom der Geschichte oft als machtlos erweist. Das gilt jedoch nur für den Menschen als Individuum. Was aber ist mit der Gattung Mensch überhaupt? Dostojewski, kein großer Freund all jener Schemata, Formeln, Regeln und Endziele, mit denen die Menschheit unbedingt ihre hellen Geister binden will, schreibt: „Liebt er nicht vielleicht deshalb Zerstörung und Chaos so, weil er selbst sich instinktiv davor fürchtet, ans Ziel zu gelangen und das von ihm geschaffene Gebäude zu vollenden? Wer weiß, vielleicht besteht ja auch dieses Ziel auf Erden, welches die Menschheit anstrebt, nur in diesem ununterbrochenen Annäherungsprozeß, mit anderen Worten im Leben selbst, und nicht eigentlich in einem Ziel, das, wie sich von selbst versteht, nichts anderes sein darf als zweimal zwei gleich vier, also eine Formel. Dabei ist zweimal zwei gleich vier schon kein Leben mehr, sondern der Anfang des Todes.“

Fukuyama läßt sich zugute halten, daß das Ende der Geschichte, wie er in seinem Finale eingesteht, eine äußerst trübsinnige und uninteressante Zeit ist. Darin gibt es keinen Platz mehr für Philosophie, Kunst oder neue Ideale. Dort werden nackter Utilitarismus, materielle und wirtschaftliche Berechnung herrschen. Fukuyama sympathisiert keineswegs mit einem Sieg der liberaldemokratischen Idee, die er selbst verkündet hat. Er ist bereit, auf das posthistorische Paradies zu verzichten, wenn nur die Geschichte von neuem beginnt.



Zeichnung: Igor Schein

Luftblasen auf der Oberfläche des Glücks

Ecce homo! Der unerreichbare, widersprüchliche, zerrissene und ganze Mensch. Er fühlt sich immer zu einem Zustand hingezogen, der dem entgegengesetzt ist, in dem er sich gerade befindet, sei er nun ein konsequenter Hegelianer wie Fukuyama oder ein einfacher Durchschnittsbürger mit allen seinen Schwächen und einem gesunden Mißtrauen gegen alle leichten Formeln wie zweimal zwei gleich vier. Darin besteht vielleicht gerade die Garantie dafür, daß, solange es den Menschen gibt, die Geschichte nicht zu Ende geht. Er mag progressieren, stagnieren oder sich in einer Krise winden: Das eben ist seine Geschichte. Er wird sie sogar dann noch selbst gestalten, wenn er denkt, er habe seine Obergrenze erreicht. Dazu bemerkt wieder Dostojewski: „Überhäuft ihn mit allen irdischen Gütern und ersäuft ihn im Glück, daß nur noch, wie im Wasser, Luftblasen an die Oberfläche seines Glücks aufsteigen, gebt ihm ein solches wirtschaftliches Auskommen, daß ihm weiter nichts mehr zu tun übrig bleibt als zu schlafen, zu prassen und sich um das Fortleben der Weltgeschichte zu sorgen“, und doch wird er euch wieder einen Streich spielen. Er wird das nur aus dem einen Grunde tun, um zu beweisen, daß er ein Mensch ist, und keine Niete oder Schraube in einem System, das irgendein anderer erfunden hat. Deshalb zertrümmert er es lieber und fängt wieder von vorne an.

Man wird nichts dagegen einwenden können, daß die liberale Demokratie wirklich eine Errungenschaft des Menschen und der Menschheit ist. Eine Errungenschaft, aber kein Endstadium. Schließlich sieht der Sieg der liberaldemokratischen Idee, wenn man ihn einmal genauer untersucht, gar nicht so siegreich aus, selbst dort nicht, wo ihr Triumph eigentlich außer Zweifel stehen müßte. Das kann man bedauern, aber das Offensichtliche nicht anzuerkennen wäre zumindest leichtsinnig. Der spanische Philosoph und Publizist Jose Ortega y Gasset behauptet, daß die liberale Demokratie für die wechselhafte, grobe und vielschichtige menschliche Natur viel zu verfeinert sei. Er meint, man dürfe sich nicht darüber wundern, daß die Menschheit inzwischen bereit ist, ihr den Rücken zu kehren: Das Experiment war zu kompliziert und zu schwer, als daß es hätte Wurzeln schlagen können. Wäre es damit nur getan! Eine liberale Demokratie mit atomarer Raketenladung, mit unaufhaltsam um sich greifender Rauschgiftsucht und zunehmendem geistigen Verfall: Wäre das die Krönung?

Rückkehr zum natürlichen Zustand

Während ich Fukuyamas Gedankenwindungen folgte, erinnerte ich mich an die Aussagen des von uns unverdientermaßen vergessenen sowjetischen Gelehrten Alexander Bogdanow. Er hat wahrscheinlich

als erster das Gesetz vom schwächsten Glied formuliert. Wenn es beispielsweise eine Kette gibt, die sich aus ungleich festen Gliedern zusammensetzt, dann wird die Festigkeit der ganzen Kette durch die Festigkeit des schwächsten Glieds bestimmt. Die Geschwindigkeit eines Geschwaders, das aus verschiedenen schnellen Schiffen besteht, wird durch die Geschwindigkeit des langsamsten Schiffes bestimmt. Analog dazu: Die Arbeitsproduktivität mehrerer in der Produktion zusammengeschlossener Betriebe wird durch den Betrieb mit der geringsten Arbeitsproduktivität bestimmt.

Folglich hat jedes funktionierende System die Tendenz, sich auf dem Weg des geringsten Widerstands orientiert an seinem schwächsten Teil fortzubewegen. Die Bewegungsrichtung jedes Systems ist unter dem Einfluß des Gesetzes vom schwächsten Glied eigentlich immer die Regression.

Während eine Entwicklung mit aufsteigender Tendenz, also eine Progression, ständige gewaltige Anstrengungen vieler Generationen von Menschen voraussetzt und der Kampf darum der Weg des größten Widerstandes ist, auf dem der Mensch nicht nur seine eigene Erstarrung und Trägheit, sondern auch die Erstarrung seiner Umgebung überwinden muß, bedarf es, um das auf diesem Weg Akkumulierte zu zerstören, überhaupt keiner Mühe mehr. Es reicht, einfach mit der Überwindung des Trägheitsmoments aufzuhören. Der Übergang von der Barbarei zur Zivilisation ist lang und schwer, der von der Zivilisation zur Barbarei kurz und leicht.

Betrachtet man nun Fukuyamas Idee unter dem Aspekt des Gesetzes vom geringsten Widerstand, muß man zugeben, daß die Entwicklung der Zivilisation sich nicht durch die Gesellschaften definieren läßt, die schon weit in die posthistorische Ära fortgeschritten sind, sondern durch diejenigen, die sich immer noch im Sumpf der Geschichte abmühen. Darin besteht gerade die größte Gefahr für unsere Zivilisation: Der Sumpf hat bekanntlich die Eigenschaft, andere in sich hineinzuziehen. Also müssen auch diejenigen, die sich schon in der posthistorischen Epoche befinden, wahrlich heroische Anstrengungen auf sich nehmen, um sich dort zu halten. Sonst ist es nicht mehr weit zu dem Punkt, daß man in einen Zustand der Erstarrung mit anschließender Degradierung verfällt. Das wäre dann der direkte Rückweg in die „Geschichte“.

Der Weg zur Harmonie

Müssen sich eigentlich diejenigen, die nach Fukuyamas Definition immer noch im Sumpf der Geschichte sitzen, um ihr Ende kümmern? Für sie wäre das doch nur eine Art Glasperlenspiel. Allerdings müssen sie das, meint Fukuyama. „Die um Gorbatschow gescharte liberale sowjetische Intelligenz“, schreibt er, „ist in einer ungewöhnlich kurzen Frist zur Idee vom Ende der Geschichte gelangt...“

Sie ist zweifellos wirklich zur Idee vom Ende der Geschichte gelangt, allerdings in

einem gänzlich anderem Sinn. Wir haben unser eignes Ende der Geschichte, wobei es nicht um ein hypothetisches, sondern durchaus handgreifliches Ende geht. Diesem Ende nähern wir uns nun schon seit 70 Jahren. Es ist das Ende der formelhaften Geschichte, das Ende des Versuchs, einen Kristallpalast zu bauen, der nach Zeichnungen entsteht, die von großen Denkern angefertigt wurden und denen, wie sich herausstellte, anders konnte es auch gar nicht sein, wieder nur die unverwüsthche Formel zweimal zwei gleich vier zugrunde lag. In ihr waren wie auch in Fukuyamas Geschichte die Menschen keine Gestalter, sondern Klaviertasten, die nur zu dem Zweck existierten, daß irgendein Großer auf ihnen eine selbstkomponierte tiefinspirierte Sinfonie spielen konnte. In Wirklichkeit aber wurde aus den großen Absichten und Zeichnungen eine Kaserne und aus der inspirierten Sinfonie für viele ein Lagerlied. Nein, das ist kein Ende der Geschichte, das voll ist von deprimierenden Vorahnungen einer grauen und satten Langeweile, sondern ein Ende, das den Anfang einer neuen Geschichte ankündigt, einer Geschichte des Menschen für den Menschen. Zumindest hoffen wir das.

Die majestätischen Entwürfe unserer Zukunft wurden übrigens in der Vergangenheit unter dem starken Einfluß Hegels gezeichnet. Diese nicht eben unbedeutende Tatsache mag uns dazu veranlassen, die hochtrabenden Hegelschen Gesetze noch einmal gehörig durchzuschütteln, nach denen, wie heute immer noch viele meinen, unsere sündige Welt sich entfaltet.

Die Wege der menschlichen Geschichte sind genauso unergründlich wie die Wege des Herrn. Einer für uns unbegreiflichen Logik zufolge ist, je majestätischer die Formel, ihre Verkörperung desto unansehnlicher. Darüber nachzudenken ist viel nützlicher als die Formel für das Ende der Geschichte da zu suchen, wo diese vielleicht erst anfängt. Das ist kein Angriff auf Fukuyama. Das geht an eine ganz andere Adresse...

Fukuyamas Essay veranlaßt uns, über viele Abwegigkeiten unseres Lebens und Zickzackkurven seines historischen Verlaufs nachzudenken. Wollte man ernsthaft sagen, wohin diese Wege führen, könnte man doch mehr dem Gedanken zuneigen, daß, wenn es überhaupt zu einem Ende der Geschichte kommen muß, das keineswegs dem Triumph der liberaldemokratischen Idee zu verdanken sein wird. Wahrscheinlicher ist da schon ein Ende durch eigene Hand, die diese ganze Ungeheuerlichkeit aus Atomraketen und Umweltverschmutzung angerichtet hat.

Gestehen wir uns ein, daß sowohl Geschichte als auch posthistorische Ära letztendlich genau so abstrakte und metaphysische Gegensätzlichkeiten sind wie Sozialismus und Kapitalismus, Geist und Materie, Gut und Böse. Die Harmonie liegt nur in der Einheit aller Seiten. Halten wir fest, daß wir, wenn wir die Einheit vernichten, Chaos und Zerstörung säen.

In Zeitungen und Zeitschriften stößt man heutzutage oft auf den Begriff der „bürgerlichen Gesellschaft“, einer Gesellschaft von Bürgern, einer zivilisierten Gesellschaft. Soziologen, Politologen, Philosophen und Juristen wissen genau, was unter diesem Begriff zu verstehen ist. Die Gebildeteren unter ihnen könnten aus dem Stand eine ganze Vorlesung halten, in der sie die französischen Aufklärer, Adam Smith, Hegel und Karl Marx zitieren. In theoretischen Diskussionen ist die Verwendung dieses Begriffs also durchaus gerechtfertigt. Weil er nun in den Zeitungen gewöhnlich ohne zusätzliche Erläuterungen Verwendung findet, könnte der Eindruck entstehen, daß er nicht nur Fachleuten, sondern allen Lesern geläufig ist.

Ich muß zugeben, das habe ich auch gedacht. Bis ich bei einer wissenschaftlichen Konferenz mit einer interessanten Tatsache Bekanntschaft schloß. Die bürgerliche Gesellschaft kam dort viel und oft zur Sprache. Dann trat ein Professor ans Rednerpult und brachte seine Verständnisschwierigkeiten zum Ausdruck. „Ich verstehe gar nicht“, sagte er, „warum hier andauernd behauptet wird, wir bräuchten eine bürgerliche Gesellschaft. Natürlich, wir haben eine große Armee, aber trotzdem haben wir eine bürgerliche Gesellschaft. Hätten wir eine Militärdiktatur, könnte ich noch verstehen, daß man sagt, wir brauchen eine bürgerliche Gesellschaft. Aber so...“ Er gab sein Befremden durch ein Achselzucken zu verstehen.

Auf diesen Redebeitrag haben die Zuhörer nicht sofort reagiert. Wahrscheinlich verstand man nicht sofort, worauf der Redner hinauswollte. Erst später ahnten viele, daß der verehrte Professor unter einer bürgerlichen Gesellschaft eine Gesellschaft verstand, in der es viele Zivilisten und wenig Militärs gab. Dort aber, wo es viele Militärs gibt, gibt es keine bürgerliche Gesellschaft. Mit anderen Worten, man könne eine bürgerliche von einer nichtbürgerlichen Gesellschaft daran unterscheiden, wo mehr Biesen und Schulterstücke getragen werden.

Da schloß ich, daß der Inhalt des Begriffs der bürgerlichen Gesellschaft bei weitem nicht so klar ist, wie es Fachleuten vorkommen mochte.

Ihm liegt der recht vieldeutige Begriff des Bürgers zugrunde. Um die Grundbedeutung herauszufinden, schlug ich das „Sowjetische enzyklopädische Wörterbuch“ auf. In meinem Regal steht die Ausgabe von 1984. Unter „Der Bürger“ fand ich nur die gleichnamige Zeitschrift, ein Organ des reaktionären Adels von 1872 bis 1914. Einen Bürger ohne Gänsefüßchen konnte ich in diesem Wörterbuch nicht ermitteln.

Also mußte ich selbst denken. In dem uns am meisten vertrauten Sinne ist der Bürger eine Person, die juristisch einem bestimmten Staat zugeordnet ist, zum Beispiel ein Bürger der UdSSR. Auf diese Person erstrecken sich folglich die

durch die Gesetze dieses Staates geregelten Rechte und Pflichten.

Im weiterführenden sozialphilosophischen Sinne ist der Bürger ein freies, aktives und, weil im Besitz von Privateigentum, wirtschaftlich unabhängiges sowie mit Stimmrecht ausgestattetes Mitglied der Gesellschaft.

Diese Vorstellung vom Bürger kam während der Französischen Revolution auf. Später wurde der Bürger von Marx kritisiert. Er arbeitete zwei Seiten des Begriffs Bürger heraus. 1. Ein unabhängiges, durch Privateigentum zum Egoismus angehaltenes Individuum und Mitglied der Bourgeois-Gesellschaft. 2. Ein moralisch verantwortungsbewußtes Individuum, ein Staatsbürger. Privateigentum führt nach Marx zu Deformation und Zerstörung der privaten und sozialen Beziehungen. Deshalb mußte es abgeschafft werden. Die künftige staatsbürgerliche Gesellschaft werde sich dann auf Recht und Moral gründen.

Die tatsächliche Entwicklung des Sozialismus zeigte, wie problematisch diese Vorstellung ist. In der Praxis kam es so weit, daß die Beseitigung des Privateigentums, die zu einer totalen Verstaatlichung der Produktionsmittel führte, den einzelnen des Wichtigsten beraubte, nämlich seiner wirtschaftlichen Unabhängigkeit, in einem beachtlichen Ausmaß jeden schöpferischen Anreiz in ihm unterdrückte und ihn zum Sklaven von administrativen bürokratischen staatlichen Strukturen machte. Im Grunde hat das zur Zerstörung seiner Existenz als Staatsbürger geführt.

In der Sprache fand das einen interessanten Niederschlag. Das Wort „Bürger“ wurde bei Verhandlungen zwischen Rechtsverletzern oder Verdächtigen und Repräsentanten der Staatsmacht („Bürger Untersuchungsrichter“) gebraucht. Allgemein üblich war dagegen die Anrede „Genosse“. Der Bürger war kein Genosse. Wenn man sich mit der Anrede „Bürger“ an jemanden wandte, bedeutete das, daß derjenige (beinahe schon) aus den genossenschaftlichen Beziehungen ausgegrenzt wurde, aus Beziehungen zwischen Menschen, die sich an einer gemeinsamen Sache beteiligten. Diese gemeinsame Sache war vor allem im sozialistischen Staat verkörpert, der immer mehr als einzige Quelle für Recht und Moral angesehen wurde.

Damit hat die Verstaatlichung des Privateigentums zu einer Verstaatlichung von Recht und Moral, zu einer Verstaatlichung des Menschen insgesamt geführt, und das war gleichbedeutend mit der Vernichtung der bürgerlichen Gesellschaft.

Heute kämpfen wir dafür, daß sie in unserem Land zu neuen Ehren gelangt. Wir sind Zeugen zunehmenden politischen Engagements und weit um sich greifender gesellschaftlicher Aktivitäten. Wir legen das Fundament für Marktbeziehungen, wir legen das Fundament für Rechtsbeziehungen zwischen Staat und Individuum. Rechtsstaat, politische Freiheit und Markt sind die Grundpfeiler der bürgerlichen Gesellschaft. Ist aber ohne Privateigentum überhaupt ein Markt möglich? Diese Frage ist noch nicht endgültig beantwortet. Damit ist auch die Frage nach dem weiteren Werdegang der bürgerlichen Gesellschaft hierzulande offen.

Was den schon erwähnten Professor angeht, hatte er in gewissem Sinne recht. In der Form wie sie bei uns existiert, ist die Armee die konsequente Negation der bürgerlichen Gesellschaft. Auf einem anderen Blatt steht, daß eine Berufsmarine, die sich aus unabhängigen, auf vertraglicher Basis beschäftigten und politisch freien Individuen zusammensetzt, auch eine Armee von Staatsbürgern sein kann. Besonderen Anforderungen an soldatische Disziplin widerspricht das auf gar keinen Fall. Schließlich ist Disziplin ein Ergebnis der Verantwortung. Und Verantwortung ist ein Ergebnis der Freiheit.



Eine Gesellschaft von Bürgern

Leonid Ionin

Fall. Das Ansehen der Universität stieg dadurch, und nun folgen auch andere diesem Beispiel.

Obwohl man hier nicht darüber schreibt oder spricht, habe ich den Eindruck, in den USA herrscht eine völlig andere Konzeption der Hochschulbildung, jene Konzeption, über die bei uns so viel geschrieben und gesprochen wird. Ungeachtet der Tatsache, daß die Universitäten Fachleute erster Güte ausbilden, sorgen sich die amerikanischen Pädagogen mehr als die sowjetischen um rein kulturelle und humane Ziele. Man ist hier der Ansicht, der Mensch brauche die Hochschulausbildung unabhängig davon, wo und in welchem Beruf er arbeitet. Mit Stolz schreibt man, daß die Hälfte der Absolventen aus irgendeiner Berufsschule ein Studium am College aufnimmt, nicht aber, wie viele an Maschinen arbeiten. Natürlich gibt es viele Enttäuschte. In unseren Zeitungen wird häufig von solchen Fällen berichtet. Da haben sie nun jahrelang an Hochschulen studiert, können aber keine fachspezifische Anstellung finden. Ich bin auch einem Drucker und einer Schulbusfahrerin begegnet, die in einem College Sprachwissenschaft studiert hatten. Natürlich ist eine gewisse Unzufriedenheit aus ihrer Lebenserzählung herauszuhören. Aber sie bedauern nur, keine bessere Arbeit gefunden zu haben, nicht aber, daß sie am College studierten.

Das ist einer der Widersprüche des Lebens, der nie beseitigt sein wird und den man einfach als Widerspruch ansehen muß. Selbst die supertechnischste Hyperrevolution wird nie dazu führen, daß man für jeden Arbeitsplatz Hochschulbildung benötigt. Und dennoch kann sich das menschliche Gewissen schwerlich damit abfinden, daß die einen eine höhere, andere eine niedere Bildung erhalten. Dabei murmelt man etwas vor sich hin, daß ja doch jemand die Straße fegen muß, und was wird, wenn alle an Universitäten studieren werden. Die stolze

Phrase „Wir keine Akademien haben nicht besucht!“ ist trotz aller Erfolge unseres Bildungswesens im Unterbewußtsein vieler Menschen lebendig.

Und was wird passieren, wenn alle studieren? Wir würden uns dadurch dem höchsten Ziel nähern, das im vorigen Jahrhundert verkündet wurde: Freie Entwicklung des Einzelnen als Voraussetzung für die freie Entwicklung aller. Oder, anders ausgedrückt, wir würden ein intelligentes Volk erziehen.

Vieles hängt von den im Land üblichen Normen, von der allgemeinen Meinung, den Sitten und Bräuchen ab. Man lernt nicht, um später mehr zu verdienen (obwohl in den USA ein Schulabgänger mit abgeschlossener Bildung 25 Prozent mehr verdienen kann als einer, der die Schule nicht bis zu Ende besucht hat), nicht weil die Maschinen und Computer immer komplizierter werden usw., sondern weil das so üblich ist. Lernen ist ein natürliches Bedürfnis aller. Suchomlinski sagt: „Ein Mensch muß lernen, weil er ein Mensch ist.“

Die USA sind reicher als wir und können ihre Kinder besser ausbilden lassen. Wir sind ärmer, aber warum müssen wir diese Armut hinter der hochtrabenden Phrase verstecken, nicht alle würden eine gute Ausbildung brauchen?

Übrigens wird in den USA mit Bildung ebenfalls gegeizt. Liest man die amerikanische Presse, könnte man glauben, morgen würde der letzte Tag Amerikas anbrechen, das Land sei vom Unterang bedroht, nicht durch irgend etwas, sondern aufgrund der mangelnden Aufmerksamkeit für das Bildungswesen. „Von allen Mängeln, mit denen wir konfrontiert werden, ist dieser (das Zurückbleiben im Bildungswesen) solcher Art, daß die Zeit gegen uns läuft.“ Woher stammt wohl dieses Zitat? Aus einer sowjetischen Perestroika-Zeitung? Nein, aus dem Leitartikel der amerikanischen Zeitschrift „U.S. News & World Report“ mit der Über-

schrift „The Lost Generation“ (August 1989). Man bekommt wirklich einen Schrecken, wenn man das liest. Zum Ende des Jahrhunderts würden in den USA 450 000 Bakkalaurei und 10 000 habilitierte Doktoren fehlen. Amerika steht kurz vor dem Zusammenbruch!

Kurz danach schrieb „Time“ zum selben Thema („Krise in der Klasse der Naturwissenschaften“, September 1989) und in demselben Tonfall wie bei uns: Die ganze Welt kennt die Errungenschaften der Wissenschaftler der USA, aber jetzt stecken wir in einer Krise. Vor zwanzig Jahren haben vier Prozent der Studenten Mathematik studiert, heute nur noch ein Prozent. Bei internationalen Vergleichen belegen amerikanische Schüler die letzten Plätze. Aufgrund des Mangels an Wissenschaftlern sind die USA auf die Dauer nicht mehr dem Wettbewerb mit solchen technologischen Giganten wie Japan, Südkorea und der BRD gewachsen. „Wie kommt es, daß wir, die Heimat von Thomas Edison und der Gebrüder Wright, in diese Lage geraten sind?“ fragt die Zeitschrift besorgt. Dasselbe Klagelied singt auch die sowjetische Presse.

Man könnte diese Ausschnitte zusammenstellen und überzeugend daran beweisen, wozu die bürgerliche Gesellschaft ihre Leute bringt, wie schlecht es ihnen geht. Jedem Zitat könnte man die Worte voranstellen: „Wie die Zeitung ... selbst eingestehen mußte...“ oder „Nach Zeugnissen der bürgerlichen Presse...“ Nein, ich räume diesen Zitaten deshalb so viel Platz ein, weil sie in gewisser Hinsicht eine Antwort auf die Frage geben, die die Delegierten des zweiten Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR und viele andere Menschen beunruhigt: „Warum gibt es das nur bei ihnen“, bei uns dagegen nicht? Wir haben ja nicht einmal eine Vorstellung davon, warum...“ (aus dem Diskussionsbeitrag des Deputierten A. Shurawljow). Wie kommt es, daß bei „ihnen“ alles blüht und gedeiht, wo sie doch selbst von Krise, Zusammenbruch und Not sprechen? In anderen Ländern dagegen, wo alles fault und stinkt (ich will keine Namen nennen), wird einer, der seine Besorgtheit zu erkennen gibt, gleich als Schwarzmalier verschrien.

So kommt es, daß wir, um positive Beispiele zu betrachten, oft sehr weit reisen müssen.

Die sowjetische Hochschule befindet sich in einem weitaus schlimmeren Zustand als die amerikanische. Unsere Professoren bekommen viel geringere Gehälter als ihre amerikanischen Kollegen. Von der Ausrüstung der Unterrichtsräume und Laboratorien wollen wir am liebsten ganz schweigen. In der State University of Washington gibt es an der Fakultät für Veterinärmedizin einen Lasertomographen für Pferde. Bei uns gibt es solche Geräte nicht einmal für Menschen! Und wo sind die himmelschreienden Beiträge, in denen die Alarmglocken angesichts der schlechten Zukunftsaussichten unserer Wissenschaft geläutet werden? Und das Wichtigste: Wer schenkt solchen Beiträgen Aufmerksamkeit, selbst wenn sie erscheinen



würden? Kürzlich ging die Nachricht durch den amerikanischen Blätterwald, daß laut einer Untersuchung des Gallup-Instituts in 10 Ländern von 1500 Einwohnern aus Moskau und Kursk 13 Prozent ein bestimmtes Land nicht auf der Weltkarte zeigen konnten. Welches? Nach siebenjähriger Geographieausbildung in unserer Schule waren sie nicht in der Lage, die Sowjetunion zu finden! Insgesamt sahen die Ergebnisse der Umfrage so aus: An erster Stelle lag die BRD, gefolgt von Schweden, Japan, Frankreich, Kanada, den USA, Großbritannien und Italien. Mexiko und die UdSSR belegten die letzten Plätze.

In den USA waren die Umfrageergebnisse in einzelnen Punkten noch schlechter als unsere: 14 Prozent der Befragten fanden ihr eigenes Land nicht auf der Weltkarte, wobei die Resultate junger Menschen negativer waren als die von 55jährigen. Sie aber schreiben darüber, und die „Los Angeles Times“ berichtet über diese Tests unter der Schlagzeile „Wo befinden wir uns in dieser Welt? Einige Amerikaner und Sowjetbürger wissen das nicht.“ Bei uns wird geschwiegen. Wir lachen höchstens darüber, mehr nicht.

Es liegt doch nicht daran, daß sie dort reich sind. Natürlich sind sie reich! Aber vielleicht sind sie deshalb so reich, weil sie für Probleme Verständnis aufzubringen verstehen? Wir haben schon unseren ersten Sputnik vergessen, sie dagegen erinnern sich in fast jedem Artikel über das Bildungswesen daran: „Nach dem Sputnik stiegen die Einlagen des nationalen Wissenschaftsfonds, des wichtigsten Forschungssponsors, von 18 auf 130 Millionen.“ Man hat ausgerechnet, daß die Zahl der Techniker zum Ende unseres Jahrhunderts um 38 Prozent wachsen muß. Wo will man sie hernehmen? Man nahm die Sache in Angriff, und jetzt wird davon berichtet, daß eine wahre Revolution in der Berufsausbildung stattgefunden hat. Wie die Zeitung „Fortune“ berichtet, haben in den vergangenen vier Jahren mindestens 43 Bundesstaaten ihre Berufsbildungspolitik revidiert. Die Berufsschulen erneuerten ihre Methoden und experimentieren jetzt mehr. Die Lehrlinge befassen sich in größerem Umfang mit Physik, Mathematik und Chemie. Die Berufsschulen von heute sind computerisiert und weisen kaum noch Ähnlichkeiten zu ihren Vorgängern aus den 50er Jahren auf. Die Amerikaner streben also an, wovon wir abgehen wollen. Wenn die Lage in den Schulen bei ihnen miserabel ist, bemühen sie sich, die Lage zu bessern. Sieht es bei uns schlecht aus, verlangt man die sofortige Schließung. Gegenwärtig gibt es in den USA 26 000 staatliche Bildungseinrichtungen, die eine Berufsaus-



Foto: „U.S. News & World Report“

bildung anbieten, alle auf dem Niveau der Oberstufe und sogar des College. Bei uns dagegen wird im Fernsehen ernsthaft über die Rückkehr zur überholten Gewerbeschule auf der Grundlage einer Sechsklassenbildung laut nachgedacht. Zwei Länder, zwei Betrachtungsweisen. In dem einen denkt man über die allgemeine Hochschulbildung nach, im anderen über die generelle Rückkehr zur Gewerbeschule.

Das Interessanteste am amerikanischen Hochschulsystem ist die zweijährige Ausbildung am College. Überall in der Welt steht man vor demselben Problem: Nicht jeder hat das Zeug oder das Geld für ein Hochschulstudium, nicht jeder kann in eine weit von zu Hause entfernte Universität fahren. Für alle, die kein vierjähriges Studium aufnehmen können, wurden in den USA lokale Zweijahres-Colleges eröffnet. Inzwischen ist man der Ansicht, daß sei die bedeutendste pädagogische Entdeckung des 20. Jahrhunderts. Inzwischen gibt es 1200 dieser Bildungseinrichtungen. Von den 13 Millionen amerikanischen Studenten erwerben 40 Prozent ihre Hochschulbildung innerhalb von zwei Jahren. Mancher wird sagen: Was ist denn das für eine Ausbildung! Praktisch kommt diese Form der Abiturientenklassen dem sowjetischen Technikum nahe. Der Unterschied besteht aber darin, daß das sowjetische Technikum auf die Erlernung eines Berufs ausgerichtet ist. Das amerikanische zweijährige College bietet umfangreichere Bildungsmöglichkeiten und stellt oft eine Vorstufe zu einem weiterführenden Studium an einem vierjährigen College dar. Das sind also in gewissem Sinne Vorbereitungsklassen für jene, die den Sprung in die Universität nicht im ersten Anlauf geschafft haben, eine weitere Möglichkeit zur Erlangung einer höheren Bildung. Die Zeitschrift „U. S. News & World Report“, die im August die Situation im Hochschulwesen in den düstersten Farben geschildert hatte, widmete im Oktober eine ganze Ausgabe strahlenden Berichten über die besten Universitäten des

Landes. Haben die Journalisten vielleicht einen Wink aus der Presseabteilung bekommen und wollten die Sache wieder geradebiegen? Nun heißt es, das zweijährige College stelle das „globale Modell für eine demokratische Hochschulausbildung im 21. Jahrhundert dar“. In staatlichen wie in privaten Universitäten müssen die amerikanischen Studenten immer höhere Gebühren entrichten, nicht nur für die Ausbildung insgesamt, sondern auch für jeden einzelnen Kurs, für Unterkunft, für alles. In der dortigen Presse wird voller Sorge darüber geschrieben, daß diese Summen ständig steigen und in den besten

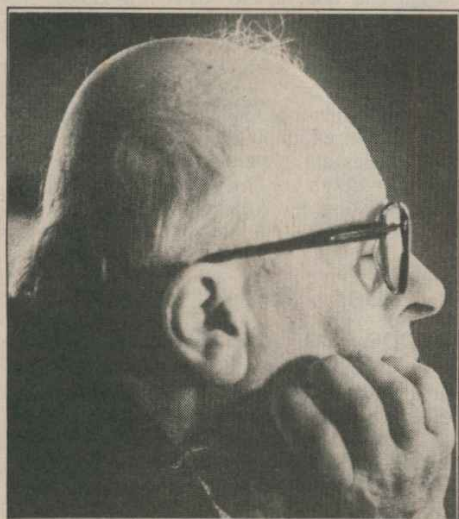
Universitäten bereits ein schwindelerregendes Niveau erreicht haben. Man sagt, nichts wachse so langsam wie das Ansehen eines Colleges, nichts so schnell wie die Studiengebühren.

In der Praxis sieht das so aus: Der Unterschied ist beträchtlich, denn man kann für 1000 Dollar im Jahr studieren (an der Universität seines Bundesstaates), aber auch für 18 000 Dollar. Wenn man bei uns von den hohen Lebenshaltungskosten in den USA schreibt, wird meist nicht dazugesagt, daß die Leute dort auch viel mehr verdienen. Wenn ein Student jeden Tag ein paar Stunden oder in den Ferien arbeiten geht, reichen ihm diese Einkünfte für die Studiengebühren und alles andere. Etwa 70 bis 80 Prozent der amerikanischen Studenten verdienen sich ihr Universitätsstudium selbst. Sie können das Geld selbst verdienen, das ist wichtig. Viele bekommen Beihilfen aus verschiedenen Fonds, andere nehmen Kredite auf, die sie in ihren ersten Berufsjahren nach dem Abschluß ihres Studiums zurückzahlen. Niemand sagt hier, der Kapitalismus sei das Gelbe vom Ei, das Paradies auf Erden. Marktwirtschaft heißt die Devise. Bildung ist eine Ware. Eine Absolventin klagte gegen ihr College, man habe es dort nicht verstanden, ihre Fähigkeiten zu entwickeln, unter Bezugnahme auf das Verbraucherschutzgesetz.

Allerdings kann man in den amerikanischen Universitäten ohne Furcht den freien Vorlesungsbesuch einführen. Wenn ein Student eine beträchtliche Summe für eine Vorlesungsreihe bezahlt hat, die er zudem noch selbst hart erarbeiten mußte, wird er sie bestimmt nicht schwänzen. Jedenfalls waren bei den Vorlesungen, die ich besucht habe, die Hörsäle überfüllt.

Das aber sind nur meine allgemeinen Eindrücke vom amerikanischen Hochschulsystem. Im nächsten Beitrag werde ich davon berichten, wie es dort zugeht, wie man die Universität wählt, wie man sich immatrikulieren läßt, wie man lernt und wer dort lehrt.

Simon Solowjtschik



Der Satz, den wir zur Devise unserer Rubrik erkoren haben, mag unterschiedliche Wirkung haben. Diejenigen, die frei denken und ihre Gedanken an andere weitergeben, ermutigt diese Devise, erinnert sie an das Gericht der Geschichte, dessen Urteil selbst das eines Militärtribunals verblässen läßt. Diejenigen, die freies Denken verfolgen, die Bücher verbieten und vernichten, aber warnen sie, daß ihre Anstrengungen vergeblich sind. In der neuen Rubrik möchten wir unseren Lesern Werke vorstellen, deren Lektüre noch vor kurzem fast als kriminell galt. Die „verbrecherische Absicht“ ihrer Verfasser bestand darin, daß sie sich Gedanken über die Paradoxa des Jahrhunderts machten, in dem für Millionen von Menschen der Freiheitskampf mit der schlimmsten Tyrannei endete, das Streben nach Gleichheit Kastengeist hervorbrachte und selbstlose Arbeit um des allgemeinen Wohlergehens willen zu Armut und Zerstörung führte. Sterne, deren Licht letztlich auch uns erreichte.

POLITISCHE
GEDANKEN
DES
20.
JAHRHUNDERTS

Die Welt in einem halben Jahrhundert

Andrej Sacharow

Starke und widersprüchliche Gefühle erfassen jeden, der sich Gedanken darüber macht, wie die Welt in 50 Jahren aussehen mag – über jene Zukunft, in der unsere Enkel und Urenkel leben werden. Es sind Depression und Angst vor der Ansammlung tragischer Gefahren und Probleme in der überaus komplizierten Zukunft der Menschheit, doch zugleich Hoffnung in die Kraft des Verstandes und der Menschlichkeit bei Milliarden Menschen, die allein dem drohenden Chaos widerstehen kann. Es sind Begeisterung und größtes Interesse, bedingt durch den vielseitigen und unaufhaltsamen wissenschaftlich-technischen Fortschritt der Gegenwart.

Was bestimmt die Zukunft?

Nach fast übereinstimmender Meinung sind unter den Faktoren, die das Bild der Welt in den nächsten Jahrzehnten bestimmen werden, zweifellos folgende:

das Bevölkerungswachstum (bis zum Jahre 2024 mehr als sieben Milliarden Erdenbürger); die Erschöpfung der Naturressourcen – des Erdöls, der natürlichen Fruchtbarkeit des Bodens, von reinem Wasser usw.; die schwerwiegende Störung des natürlichen Gleichgewichts und der Umwelt des Menschen.

Diese drei Faktoren sorgen für einen deprimierenden Hintergrund aller Prognosen. Doch ebenso unbestreitbar und bedeutsam ist ein weiterer Faktor – der wissenschaftlich-technische Fortschritt, der in Jahrtausenden der Entwicklung der Zivilisation nur einen Anlauf genommen hat und erst jetzt seine glänzenden Möglichkeiten voll zu zeigen beginnt.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß die enormen materiellen Perspektiven, die im wissenschaftlich-technischen Fortschritt eingeschlossen sind, bei all ihrer ausschließlichen Bedeutung und Notwendigkeit das Schicksal der Menschheit nicht von allein lösen. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt wird kein Glück bringen, wenn er nicht von überaus tiefgreifenden Veränderungen im sozialen, moralischen und kulturellen Leben der Menschheit begleitet sein wird. Das geistige Leben der Menschen, die inneren Impulse ihrer Aktivität lassen sich am schwersten prognostizieren,

doch gerade davon hängt letztlich der Untergang oder die Rettung der Zivilisation ab.

Die größte Unbekannte in unseren Prognosen ist die Möglichkeit eines Untergangs der Zivilisation, ja der Menschheit selbst in einem nuklearen Inferno. Solange es Nuklearraketen sowie einander feindlich gegenüberstehende Staaten und Staatengruppen voller Mißtrauen gegenüber dem anderen gibt, ist diese entsetzliche Gefahr die brutalste Realität der Gegenwart.

Doch auch wenn die Gesellschaft einen großen Krieg vermeiden kann, kann sie trotzdem untergehen, wenn sie ihre Kräfte in „kleinen“ Kriegen, in zwischennationalen und zwischenstaatlichen Konflikten, bei Rivalitäten und bei mangelnder Koordination im wirtschaftlichen Bereich, beim Umweltschutz, bei der Regelung des Bevölkerungszuwachses und bei politischem Abenteuerum aufzehrt.

Der Menschheit droht ein Niedergang der Moral des einzelnen und des Staates, der schon jetzt im weitgehenden Zerfall der Grundideale von Recht und Gesetzlichkeit zum Ausdruck kommt, im Konsumegoismus, in der weltweiten Zunahme der Kriminalität, im nationalistischen und politischen Terrorismus, der zu einer weltweiten Geißel wurde, in der zerstörerischen Verbreitung von Alkoholismus und Rauschgiftsucht. In verschiedenen Ländern sind die Ursachen dieser Erscheinungen etwas unterschiedlich. Trotzdem scheint mir, daß der eigentliche Grund die geistige Leere des einzelnen ist, bei der die persönliche Moral und die Verantwortung des Menschen verdrängt und durch die abstrakte und ihrem Wesen nach unmenschliche, vom Individuum entfremdete Autorität (des Staates oder einer Klasse, einer Partei oder durch die Autorität eines Führers – das alles sind nicht mehr als Varianten der gleichen Geißel) unterdrückt werden.

Beim heutigen Stand der Welt, da es eine enorme Kluft in der wirtschaftlichen Entwicklung der Länder, eine Kluft, die zunehmend größer wird, gibt, da die Teilung der Welt in einander gegenüberstehende Staatengruppen deutlich ist, nehmen alle Gefahren, die der Menschheit drohen, in kolossalem Maße zu.

Einen Großteil der Verantwortung dafür haben die sozialistischen Länder zu tragen. Ich muß das hier sagen, da auf mir als Bürger des einflußreichsten sozialistischen Landes ebenfalls ein Teil

dieser Verantwortung lastet. Das Monopol von Partei und Staat in allen Bereichen des wirtschaftlichen, politischen, ideologischen und kulturellen Lebens; die nichtbewältigte Last der verborgen gehaltenen blutigen Verbrechen der jüngsten Vergangenheit; die ständige Unterdrückung der Andersdenkenden; die heuchlerisch Eigenlob spendende, dogmatische und oft nationalistische Ideologie; die Geschlossenheit dieser Gesellschaften, die freie Kontakte ihrer Bürger zu Bürgern beliebiger anderer Länder behindern; die Herausbildung einer egoistischen, amoralischen, selbstzufriedenen und heuchlerischen bürokratischen herrschenden Klasse in ihnen – all das schafft eine Situation, die nicht nur für die Bevölkerung dieser Länder ungünstig, sondern gefährlich für die ganze Menschheit ist. Die Bevölkerung dieser Länder ist in ihren Bestrebungen durch die Propaganda und einige unbestreitbare Erfolge weitgehend gleichgeschaltet, teilweise durch die Verlockungen des Konformismus verführt, doch zugleich leidet sie unter dem ständigen Rückstand gegenüber dem Westen und unter den tatsächlichen Möglichkeiten des materiellen und sozialen Fortschritts und ist gereizt darüber. Die bürokratische Führung ist ihrer Natur nach nicht nur ineffektiv bei der Lösung der anliegenden Aufgaben des Fortschritts, sie ist außerdem stets auf Augenblicksinteressen engbegrenzter Gruppen konzentriert, auf die nächste Meldung nach oben. Eine solche Führung kann in der Tat nur schlecht für die Interessen künftiger Generationen (so für den Umweltschutz) sorgen, vor allem aber kann sie das nur in Sonntagsreden erklären.

Was widersteht den zerstörerischen Tendenzen des heutigen Lebens (oder kann ihnen, muß ihnen widerstehen)? Ich halte die Überwindung der Teilung der Welt in antagonistische Staaten-Gruppen, den Prozeß der Annäherung (Konvergenz) des sozialistischen und des kapitalistischen Systems für besonders wichtig, begleitet von einer Entmilitarisierung, einer Stärkung des internationalen Vertrauens, vom Schutz der Menschenrechte, von Recht und Freiheit, von weitgehendem sozialem Fortschritt und von Demokratisierung, von der Stärkung des Moralischen, Geistigen in jedem Menschen.

Ich meine, daß die Wirtschaftsordnung, die infolge dieses Prozesses der Annäherung entsteht, eine Mischwirtschaft sein muß, die ein Höchstmaß von Flexibilität, Freiheit, sozialen Errungenschaften und Möglichkeiten für eine globale Regelung in sich vereint.

Bedeutend muß die Rolle internationaler Organisationen – der UNO, der UNESCO und anderer – sein, in denen ich die Vorform einer Weltregierung, der alle Ziele außer den allgemeinen menschlichen fremd sind, sehen möchte.

Doch es ist notwendig, so schnell wie möglich wesentliche, schon heute mögliche Zwischenschritte zu tun. Meiner Meinung nach sollte das eine Ausweitung der wirtschaftlichen und kulturellen Hilfe für die Entwicklungsländer sein, insbesondere der Hilfe bei der Lösung der Ernährungsprobleme und bei der Schaffung einer wirtschaftlich aktiven, geistig gesunden Gesellschaft; die Schaffung internationaler konsultativer Organe, die über die Achtung der Menschenrechte in jedem Land und über den Umweltschutz wachen. Und das Einfachste – die weltweite Beendigung so unzulässiger Dinge wie jeglicher Formen der Verfolgung Andersdenkender. Die weltweite Zulassung bereits bestehender internationaler Organisationen (des Roten Kreuzes, der Weltgesundheitsorganisation, von Amnesty International u. a.) dort, wo man Menschenrechtsverletzungen vermuten kann, vor allem zu den Haftanstalten und den psychiatrischen Gefängnissen; die demokratische Lösung des Problems der weltweiten Bewegungsfreiheit (der Emigration, der Reemigration und von Privatreisen).

Die Lösung des Problems der weltweiten Bewegungsfreiheit ist besonders wichtig, um die Geschlossenheit der sozialistischen Länder zu überwinden, um eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen, um rechtliche und wirtschaftliche Kriterien in verschiedenen Ländern einander anzugleichen.

Ich weiß nicht, ob die Menschen im Westen voll verstehen, was die jetzt angekündigte Freiheit des Reiseverkehrs in den soziali-

stischen Ländern bedeutet – wie viel darin Propaganda und strengste Reglementierung liegt. Für die wenigen, die Vertrauen genießen, sind derartige, meist einfach mit Konformismus bezahlte Reisen nur eine überaus attraktive Möglichkeit, sich „westlich“ anzuziehen, ja in die Elite aufzusteigen. Ich habe schon viel über Probleme der fehlenden Bewegungsfreiheit geschrieben, doch dies ist das Karthago, das zerstört werden muß.

Ich möchte noch einmal betonen, daß der Kampf für die Menschenrechte der reale heutige Kampf für Frieden und Zukunft der Menschheit ist. Eben deshalb meine ich, daß die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte zur Grundlage der Tätigkeit aller internationalen Organisationen werden muß, darunter der Organisation der Vereinten Nationen, die sie vor 25 Jahren verkündete.

Hypothesen über das technische Profil der Zukunft

In der zweiten Hälfte meines Artikels will ich einige futurologische Hypothesen, vor allem wissenschaftlich-technischer Art, darlegen. Die meisten von ihnen wurden bereits in der einen oder anderen Form veröffentlicht, und ich bin hier weder Autor noch Fachmann. Ich verfolge ein anderes Ziel – ich versuche, ein allgemeines Bild der technischen Aspekte der Zukunft zu entwerfen. Natürlich ist dieses Bild sehr hypothetisch und subjektiv, bisweilen bedingt utopisch. Ich betrachtete mich dabei nicht fest gebunden an das Jahr 2024, d. h. mir ging es weniger um den konkreten Zeitpunkt als vielmehr um die meiner Meinung nach möglichen Tendenzen. Die Zukunftsforscher der jüngsten Vergangenheit gingen in ihren Prognosen meist von zu großen Zeiträumen aus, doch bei den heutigen Futurologen kann auch der entgegengesetzte Fehler nicht ausgeschlossen werden.

Ich gehe von einer allmählichen (bis zum Jahre 2024 noch keineswegs abgeschlossenen) Ausgliederung von zwei Typen von Territorien aus der überbevölkerten, für das Leben der Menschen und die Bewahrung der Natur schlecht organisierten Industriewelt aus. Ich will sie so nennen: „Arbeitsterritorium“ (im weiteren AT) und „Schutzterritorium“ (ST). Das seiner Fläche nach größere ST soll das natürliche Gleichgewicht auf der Erde aufrechterhalten, die Erholung der Menschen und die aktive Wiederherstellung des inneren Gleichgewichts des einzelnen ermöglichen. Auf dem AT (der Fläche nach kleiner und mit viel größerer Bevölkerungsdichte) verbringen die Menschen einen Großteil ihrer Zeit, intensive Landwirtschaft wird betrieben, die Natur ist vollständig umgewandelt für praktische Erfordernisse, die gesamte Industrie mit gigantischen automatischen und halb-automatischen Werken ist dort konzentriert, fast alle Menschen leben in einer Megalopolis, in deren Zentrum Wolkenkratzer mit künstlichem Komfort stehen – mit künstlichen Klimaanlage, mit künstlicher Beleuchtung, mit vollautomatischen Küchen, holografischen Landschaftswänden usw. Ein Großteil dieser Städte sind Vororte, die sich über Dutzende von Kilometern hinziehen. Ich stelle mir diese Vorstädte der Zukunft vor wie in den heute reichsten Ländern – gepflegte Einzelhäuser mit Garten, Kindereinrichtungen, Sportplätzen, Schwimmbecken, mit allen Dienstleistungsbetrieben und mit modernem städtischem Komfort, mit einem lautlosen und bequemen öffentlichen Nahverkehr, mit reiner Luft, mit Klein- und Heimgewerbe, mit einem freien und vielfältigen kulturellen Leben.

Trotz der recht hohen Bevölkerungsdichte kann das Leben in den AT bei vernünftiger Lösung der sozialen und zwischenstaatlichen Probleme genau so gesund, natürlich und glücklich sein wie das Leben eines Vertreters der Mittelschicht in den heutigen Industrieländern, d. h. viel gesünder als das der überwiegenden Mehrheit unserer Zeitgenossen. Doch der Mensch der Zukunft wird, wie ich hoffe, die Möglichkeit haben, einen Teil seiner Zeit, und sei es einen geringeren, unter den noch „natürlicheren“ Bedingungen des ST zu verbringen. Ich gehe davon aus, daß in den ST die Menschen ebenfalls ein Leben führen werden, das ein

reales gesellschaftliches Ziel hat – sie erholen sich nicht nur, sondern arbeiten auch mit den Händen und mit dem Kopf, lesen Bücher, machen sich Gedanken. Sie leben in Zelten oder in Häusern, die von ihnen wie die Häuser ihrer Vorfahren erbaut wurden. Sie hören das Rauschen eines Gebirgsbaches oder erfreuen sich einfach an der Stille, an der Schönheit der unberührten Natur, der Wälder, des Himmels und der Wolken. Ihre eigentliche Arbeit besteht darin, zur Bewahrung der Natur und des Menschengeschlechts beizutragen.

Wollen wir das mit einigen Zahlen verdeutlichen. Die Fläche des AT beträgt 30 Mio Quadratkilometer, die durchschnittliche Bevölkerungsdichte 300 Personen pro Quadratkilometer. Die Fläche des ST hingegen beläuft sich auf 80 Mio Quadratkilometer, durchschnittliche Bevölkerungsdichte 25 Personen pro Quadratkilometer. Die Gesamtbevölkerung der Erde beläuft sich auf 11 Mrd., die Menschen können etwa 20 Prozent ihrer Zeit in den ST verbringen.

Eine natürliche Ausweitung der AT werden „fliegende Städte“ sein, künstliche Trabanten der Erde, die wichtige Produktionsfunktionen erfüllen. Auf ihnen sind die helioenergetischen Anlagen konzentriert, möglicherweise ein Großteil der nuklearen und thermonuklearen Anlagen mit einer Strahlungskühlung der energetischen Kühleinrichtungen, was es erlaubt, eine Überhitzung der Erde zu vermeiden; dabei handelt es sich um Betriebe der Vakuum-Metallurgie, der Treibhauswirtschaft usw., um kosmische Forschungslabors, Zwischenstationen für Langzeitflüge. Sowohl für die AT als auch für die ST gibt es ein enges Netz unterirdischer Städte – für den Schlaf, für Amusements, für die Betreuung des unterirdischen Verkehrs und für die Förderung von Bodenschätzen.

Ich gehe von einer Industrialisierung, Mechanisierung und Intensivierung der Landwirtschaft (insbesondere in den AT) aus – nicht nur bei breitem Einsatz klassischer Düngertypen, sondern auch mit der allmählichen Schaffung eines künstlichen überaus fruchtbaren Bodens, bei allseitiger umfassender Bewässerung, in den nördlichen Regionen die umfassendste Entwicklung der Treibhauswirtschaft unter Einsatz von Flutlicht, der Erwärmung des Bodens, der Elektrophorese und möglicherweise auch anderer physikalischer Methoden. Natürlich wird die vorrangige, entscheidende Rolle der Genetik und der Selektion erhalten bleiben, ja sogar noch stärker werden. So muß sich die „grüne Revolution“ der letzten Jahrzehnte fortsetzen und weiterentwickeln. Auch neue Formen der Landwirtschaft werden entstehen – in den Meeren, mit Hilfe von Bakterien, kleinen Algen, Pilzen usw. Die Oberfläche der Meere, der Antarktis und später möglicherweise auch des Mondes und der Planeten wird allmählich landwirtschaftlich genutzt.

Heute ist der Eiweißmangel, unter dem Hunderte Millionen Menschen leiden, das akuteste Problem der Ernährung. Die Lösung dieses Problems durch die Intensivierung der Viehzucht wird nicht möglich sein, da schon jetzt die Futtererzeugung etwa die Hälfte der Produktion der Landwirtschaft verschlingt. Überdies drängen viele Faktoren, darunter die Erhaltung der Umwelt, zu einer Verringerung der Viehzucht. Ich gehe davon aus, daß in den nächsten Jahrzehnten eine leistungsstarke Industrie zur Produktion von Ersatzstoffen für tierisches Eiweiß, insbesondere zur Produktion künstlicher Aminosäuren, entstehen wird, vor allem um pflanzliche Produkte anzureichern, was zu einer bedeutenden Verringerung der Viehzucht führen wird.

Fast ebenso radikale Veränderungen müssen sich in der Industrie, der Energiewirtschaft und im Alltag vollziehen. Vor allem die Erhaltung der Umwelt verlangt den allgemeinen Übergang zu einem geschlossenen Produktionszyklus ohne schädliche Abfälle. Die enormen technischen und wirtschaftlichen Probleme, die mit einem solchen Übergang verbunden sind, können nur weltweit gelöst werden (ebenso wie die Umgestaltung der Landwirtschaft, demografische Probleme usw.)

Ein anderer Zug der Industrie wie der gesamten Gesellschaft der Zukunft wird eine viel umfassendere Nutzung der kybernetischen Technik als heute sein.

Ich gehe davon aus, daß die parallele Entwicklung der Halbleiter-, der Magnet-, der Elektrovakuum-, der Fotoelektro-, der Laser-, der Kryotron-, der gasdynamischen und anderer kybernetischer Technik dazu führen wird, daß ihre wirtschaftlich-technischen Möglichkeiten enorm zunehmen werden.

Im Bereich der Industrie kann man von einem hohen Grad der Automatisierung und der Flexibilität, der Anpassungsfähigkeit der Produktion ausgehen – je nach der Nachfrage und den Bedürfnissen der Gesellschaft insgesamt. Eine solche Anpassungsfähigkeit der Industrie wird weitreichende gesellschaftliche Folgen haben. Als Ideal kann man sich insbesondere die Überwindung der gesellschaftlich schädlichen, für die Erhaltung der Ressourcen und der Umwelt verhängnisvollen Erscheinungen der künstlichen Stimulierung einer „überzogenen Nachfrage“ denken, die jetzt in den Industrieländern zu beobachten sind und teilweise mit dem Konservatismus der Massenproduktion verbunden sind.

Im Alltag werden einfachste Automaten eine immer größere Rolle spielen.

Doch eine besondere Rolle wird dem Fortschritt im Bereich der Kommunikation und des Informationswesens zukommen.

Eine der ersten Etappen dieses Fortschritts könnte die Schaffung eines einheitlichen weltweiten Telefon- und Videotelefon-Kommunikationsnetzes sein. In der Perspektive, vielleicht noch nicht in 50 Jahren, gehe ich von der Schaffung eines weltweiten Informationssystems (WIS) aus, das jedem zu jedem Augenblick den Inhalt eines beliebigen Buches, das irgendwann irgendwo veröffentlicht wurde, den Inhalt eines beliebigen Artikels, jegliche Information zugänglich macht. Das WIS muß individuelle winzige Datenempfänger und Sender, Dispatcherpunkte, die die Informationsströme leiten, Kommunikationskanäle mit Tausenden künstlicher Nachrichtensatelliten, mit Kabel- und Laserlinien umfassen. Selbst die teilweise Verwirklichung des WIS wird tiefen Einfluß auf das Leben eines jeden, auf seine Freizeit, auf seine intellektuelle und ästhetische Entwicklung haben. Anders als beim Fernseher, der jetzt wichtigste Informationsquelle für viele unserer Zeitgenossen ist, wird das WIS jedem größtmögliche Freiheit bei der Wahl der Informationen geben und die Aktivität des einzelnen verlangen.

Doch die fürwahr historische Rolle des WIS wird darin bestehen, daß endgültig alle Hindernisse für den Informationsaustausch zwischen Ländern und Menschen beseitigt werden. Die volle Zugänglichkeit der Informationen, insbesondere ausgeweitet auf die Kunstwerke, trägt die Gefahr ihrer Entwertung in sich. Doch ich glaube, daß dieser Widerspruch irgendwie überwunden werden wird. Die Kunst und ihre Rezeption sind stets so individuell, daß der Wert des persönlichen Kontakts mit dem Werk, mit dem Künstler erhalten bleibt. Auch das Buch, die eigene Bibliothek behalten ihre Bedeutung – gerade, weil sie das Ergebnis einer persönlichen, individuellen Wahl sind und infolge ihrer Schönheit und Traditionalität im guten Sinne dieses Wortes. Der Umgang mit der Kunst, mit dem Buch wird stets ein besonderes Ereignis sein.

Zur Energiewirtschaft. Ich bin davon überzeugt, daß in den kommenden 50 Jahren die Bedeutung der Energiewirtschaft, die auf der Verbrennung von Kohle in riesigen Kraftwerken bei voller Absorption der schädlichen Abfälle beruht, erhalten bleibt, ja sogar zunehmen wird. Zugleich wird die Kernenergie zweifellos eine enorme Entwicklung erfahren – und zum Ende dieser Zeit die thermonukleare Energiewirtschaft. Die Endlagerung der Abfälle der Atomenergiewirtschaft ist bereits jetzt ein rein ökonomisches Problem, und in Zukunft wird das nicht komplizierter und teurer sein als die in Zukunft ebenso erforderliche Gewinnung von Schwefelgas und Stickstoffoxiden aus den Heizgasen der Wärmekraftwerke.

Zum Verkehrswesen. Im Bereich des Individualverkehrs, der in den ST die Grundlage sein wird, wird das eigene Auto, wie ich meine, von akku-betriebenen Fahrzeugen mit Gelenkbeinen abgelöst werden, die den Rasen schonen und keine Asphaltstraßen verlangen. Für den eigentlichen Fracht- und Personenverkehr bedeutet das Helium-Flugschiffe mit Atomtrieb und vor allem Expres-

züge mit Atomtrieb auf Hochgleisen und in Tunnels. In einer Reihe von Fällen, insbesondere im städtischen Nahverkehr, wird die im Fahren erfolgende Be- und Entladung unter Einsatz von speziellen mobilen Zwischeneinrichtungen (rollenden Bürgersteigen, etwa wie sie in Herbert Wells' „When the Sleeper Wakes“ beschrieben wurden, Entladewaggons auf Parallelgleisen usw.) Verbreitung erfahren.

Zu Wissenschaft, modernster Technik und Raumforschung. Die theoretische kybernetische Modellierung vieler komplizierter Prozesse in der Forschung wird noch größere Bedeutung erlangen als jetzt. Der Einsatz von Computern mit großer Speicherkapazität, die in Bruchteilen von Sekunden Aufgaben lösen (parallel funktionierende Computer, möglicherweise fotoelektronische oder rein optische mit Verknüpfungen innerhalb der Datenfelder), wird es erlauben, multidimensionale Aufgaben zu lösen, Aufgaben mit einer größeren Zahl von Varianten, quantenmechanische und statistische Aufgaben vieler Körper usw. Einige Beispiele für derartige Aufgaben: Wettervorhersagen, die Magnetfeld- und Gasdynamik der Sonne, der Corona und anderer astrophysikalischer Objekte, Berechnungen organischer Moleküle, Berechnungen elementarer biophysikalischer Prozesse, Berechnungen der Eigenschaften von festen und flüssigen Körpern, von flüssigen Kristallen, Berechnungen der Eigenschaften der Elementarteilchen, kosmologische Berechnungen, Berechnungen multidimensionaler Produktionsprozesse, z. B. in der Metallurgie und der Chemieindustrie, komplizierte ökonomische und soziologische Berechnungen usw. Obwohl die kybernetische Modellierung auf keinen Fall das Experiment und Beobachtungen ersetzen kann und darf, gibt sie nichtsdestoweniger enorme zusätzliche Möglichkeiten für die Entwicklung der Wissenschaft. So ist das eine hervorragende Möglichkeit, um die Richtigkeit der theoretischen Erklärung einer bestimmten Erscheinung zu überprüfen.

Möglicherweise werden Erfolge bei der Synthese von Stoffen erzielt, die Supraleitfähigkeit bei Zimmertemperatur besitzen. Eine solche Entdeckung würde eine Revolution in der Elektrotechnik und in vielen anderen Bereichen der Technik, z. B. im Verkehrswesen, bedeuten (supraleitfähige Gleise, auf denen ein Fahrzeug ohne Reibung auf einem Magnetkissen gleitet; natürlich können andererseits auch die Gleitkufen supraleitfähig und die Gleise magnetisch sein).

Ich gehe davon aus, daß es die Erfolge der Physik und der Chemie (vielleicht bei mathematischer Modellierung) nicht nur erlauben werden, synthetische Stoffe, die all ihren wesentlichen Eigenschaften nach die natürlichen überbieten (hier sind die ersten Schritte bereits getan), zu entwickeln, sondern auch künstlich viele einmalige Eigenschaften ganzer Systeme der lebenden Natur zu reproduzieren. Man kann sich vorstellen, daß in den Automaten der Zukunft ökonomische und leicht steuerbare künstliche „Muskeln“ aus Polymeren, die die Fähigkeit zur Zusammenziehung besitzen, eingesetzt werden, daß hochsensible Meßgeräte für organische und anorganische Zusätze in Luft und Wasser, die nach dem Prinzip einer „künstlichen Nase“ funktionieren, entwickelt werden, usw. Ich gehe davon aus, daß die Produktion künstlicher Diamanten aus Graphit mittels spezieller unterirdischer Nuklearexplosionen möglich sein wird. Diamanten spielen bekanntlich eine sehr wichtige Rolle in der modernen Technik, und deren billigere Produktion könnte dazu noch mehr beitragen.

Einen noch wichtigeren Platz in der Wissenschaft der Zukunft muß die Raumforschung einnehmen. Ich gehe von einer Intensivierung der Versuche aus, Kontakt zu Zivilisationen auf anderen Planeten aufzunehmen. Dazu gehören Versuche, Signale von ihnen in allen bekannten Strahlungsarten zu empfangen, sowie zugleich die Entwicklung und Inbetriebnahme eigener Strahlungsanlagen. Dazu gehört die Suche nach Informationskapseln

von Zivilisationen anderer Planeten im Weltraum. Informationen aus anderen Welten könnten revolutionierenden Einfluß auf alle Seiten des menschlichen Lebens, auf Wissenschaft und Technik haben und zu einem Austausch von gesellschaftlichen Erfahrungen beitragen. Untätigkeit in dieser Richtung wäre, obwohl es keinerlei Garantien für einen Erfolg in absehbarer Zukunft gibt, unvernünftig.

Ich gehe davon aus, daß es leistungsstarke Teleskope, installiert in Forschungslabors im All oder auf dem Mond, ermöglichen würden, die Planeten, die sich in einer Umlaufbahn um die nächsten Sterne befinden (Alpha Centauri und andere), zu sehen. Die atmosphärischen Störungen lassen eine Vergrößerung der Spiegel der auf der Erde aufgestellten Teleskope nicht sinnvoll erscheinen.

Offenbar wird man Ende dieses halben Jahrhunderts mit der wirtschaftlichen Erschließung der Mondoberfläche sowie mit der Nutzung der Asteroiden beginnen. Durch Explosionen spezieller Atomladungen auf der Oberfläche der Asteroiden wird es vielleicht gelingen, ihre Bewegung zu steuern, sie näher an die Erde heranzubringen.

Soweit einige meiner Hypothesen über die Zukunft von Wissenschaft und Technik. Doch dabei habe ich fast vollständig das umgangen, was das eigentliche Herz der Wissenschaft ausmacht und oft, was die praktischen Folgen angeht, am bedeutsamsten ist – die abstrakte theoretische Forschung, die von unerschöpflichem Wissensdrang, von der Flexibilität und der Kraft des menschlichen Verstandes bestimmt wird. In der ersten Hälfte des 20. Jh. waren das die Entwicklung der speziellen und der allgemeinen Relativitätstheorie, die Schaffung der Quantenmechanik, die Entdeckung der Struktur des Atoms und des Atomkerns. Derartige Entdeckungen waren und bleiben stets unvorhersehbar. Das einzige, was ich wagen kann, und auch das mit großen Fragezeichen versehen, ist, einige recht breite Richtungen zu nennen, in denen meiner Meinung nach besonders wichtige Entdeckungen möglich sind. Die Forschungen im Bereich der Theorie der Elementarteilchen und in der Kosmologie können nicht nur zu einem großen konkreten Fortschritt in bereits vorhandenen Forschungsbereichen führen, sondern auch zur Herausbildung völlig neuer Vorstellungen über die Struktur von Raum und Zeit. Die Forschungen im Bereich der Physiologie und der Biophysik, zur Regulierung der Lebensfunktionen, in der Medizin, in der sozialen Kybernetik und zur allgemeinen Theorie der Selbstorganisation können große Überraschungen bringen. Jede große Entdeckung wird direkt oder indirekt größten Einfluß auf das Leben der Menschheit haben.

Unvermeidlicher Fortschritt

Mir scheint die Fortsetzung und Weiterentwicklung der jetzt bestehenden Haupttendenzen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts unvermeidlich zu sein. Ich betrachte das, was die Folgen angeht, nicht als tragisch, obwohl mir die Befürchtungen jener Denker, die den entgegengesetzten Standpunkt vertreten, nicht ganz fremd sind.

Das Bevölkerungswachstum, die Erschöpfung der Naturressourcen – all das sind Faktoren, die die Rückkehr der Menschheit zum „gesunden“ Leben der Vergangenheit (in Wirklichkeit eines sehr schweren, oft grausamen und freudlosen Lebens) absolut unmöglich machen – selbst, wenn die Menschheit das wollte und es unter den Bedingungen der Konkurrenz und bei allen nur möglichen wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten verwirklichen könnte. Die verschiedenen Seiten des wissenschaftlich-technischen Fortschritts – die Urbanisierung, die Industrialisierung, die Mechanisierung und die Automatisierung, der Einsatz von Düngern und Pestiziden, die Entwicklung der Kultur und der Freizeitmöglichkeiten, der Fortschritt der

Medizin, die Verbesserung der Ernährung, die Verlängerung der Lebenserwartung – sind auf das engste miteinander verbunden, und es gibt keine Möglichkeit, irgendwelche Richtungen des Fortschritts zu „beseitigen“, ohne die Zivilisation insgesamt zu zerstören. Nur der Untergang der Zivilisation in einem nuklearen Inferno, durch Hunger, Seuchen und allgemeine Zerstörung kann den Fortschritt rückgängig machen, doch nur ein Wahnsinniger könnte das wünschen.

Heute steht es in der Welt fürwahr nicht zum besten, Hunger und vorzeitiger Tod bedrohen direkt unzählige Menschen. Die vorrangige Aufgabe eines fürwahr menschlichen Fortschritts besteht heute daher darin, gerade diesen Gefahren entgegenzuwirken, und jede andere Haltung wäre unverzeihlicher Snobismus. Bei all dem neige ich nicht dazu, nur die materiell-technische Seite des Fortschritts zu verabsolutieren. Ich bin davon überzeugt, daß die eigentliche Aufgabe der menschlichen Institute, auch des Fortschritts, nicht nur darin besteht, alle Erdenbürger vor unnötigen Leiden und vorzeitigem Tod zu bewahren, sondern auch in der

Menschheit alles Menschliche aufrechtzuerhalten – die Freude der Arbeit mit geschickten Händen und einem klugen Kopf, die Freude der gegenseitigen Hilfe und eines liebevollen Umgangs mit den Menschen und mit der Natur, die Freude der Erkenntnis und der Kunst. Ich betrachte den Widerspruch zwischen diesen Aufgaben nicht als unüberwindlich. Schon heute haben die Bürger der höher entwickelten Industriestaaten mehr Möglichkeiten für ein normales gesundes Leben als ihre Zeitgenossen in rückständigeren und hungernden Ländern. Und zumindest der Fortschritt, der die Menschen vor Hunger und Krankheiten rettet, kann kein Widerspruch sein zur Bewahrung des Elements des aktiven Guten, das das Menschlichste im Menschen ist.

Ich glaube, daß die Menschheit eine vernünftige Lösung für die komplizierte Aufgabe finden wird, den grandiosen, notwendigen und unvermeidlichen Fortschritt bei der Bewahrung des Menschlichen im Menschen und des Natürlichen in der Natur zu verwirklichen.

17. Mai 1974

Ein Mann, auf den man endlich hören muß

Wir alle stehen bei Andrej Sacharow in der Schuld – und das weniger, weil wir ihm nicht das gesagt haben, was wir hätten sagen sollen, sondern weil wir das, was er uns sagte, nicht gehört haben. Nachdem er von uns gegangen ist, nimmt diese Schuld noch zu – mit jedem Tag. Er kann uns schon nichts Neues mehr sagen, doch die Tatsache, daß all das, was er uns vor einem Jahr, vor 10 und vor 20 Jahren sagte, immer noch für uns neu ist, zeigt, daß wir Zeit verlieren.

Sacharow ist der letzte Beweis dafür, daß die menschliche Vernunft grenzenlos ist, daß man sie nicht begrenzen, einsperren, unterjochen kann. Das ist eine Binsenwahrheit, doch offenbar braucht sie eine Bestätigung in jeder neuen Generation.

Es geht dabei nicht nur um die bitteren Seiten. Es geht viel mehr grundsätzlich um die Idee, die Vernunft in den Dienst von etwas anderem als der Suche nach der Wahrheit zu stellen.

Die Gesetze der Physik sind frei von Ideologie. Versuche, Ideologie in die Naturwissenschaften einzuführen, wie die Erfindung der „arischen Physik“ oder die Behauptung, die Kybernetik sei eine „bürgerliche Pseudowissenschaft“, endeten mit einem Fiasko. Das Phänomen Sacharow erklärt sich dadurch, daß er nicht nur seinen starken Intellekt für die gesellschaftliche Analyse einsetzte, sondern auch die Unbestechlichkeit des Wissenschaftlers, die Unvoreingenommenheit des Analytikers...

Intellektuelle Kraft kann man nicht lernen. Man muß aber lernen, unabhängig zu denken. Wir überhörten das, was uns Andrej

Sacharow sagte, nicht deswegen, weil er eine schwache Stimme hätte und nicht zu formulieren verstünde. Unser Bewußtsein konnte ihm nicht folgen, und da schalteten wir sein Mikrophon ab. In dem Augenblick, da wir für die Erkenntnis reif werden, daß sein Mikrophon eingeschaltet bleiben muß, begreifen wir: Das, was er uns sagte, ist vernünftig und im Grunde einfach. So einfach wie die Wahrheit.

Die Logik seiner gesellschaftlichen Entdeckungen wird sich zweifellos Bahn brechen. Doch schon jetzt kann man wohl sagen, daß sein unbegreiflich paradoxes Leben von höchster Logik war.

Einer großen Menschen kennzeichnen zwei Züge. Er sieht das, was den übrigen verborgen bleibt. Und er lebt nach dem Kriterium der Wahrheit. Uns einfachen Sterblichen ist weder das eine noch das andere gegeben, deshalb zürnen wir unserem großen Zeitgenossen und erlauben es der Nachwelt, ihm Tribut zu zollen.

Andrej Sacharow lebte drei Leben, das eine bedeutsamer als das andere. Der Physiker, der die Bombe erfand – so begann er. Dafür überhäufte der dankbare Staat ihn mit Auszeichnungen... Doch der Wissenschaftler verstand besser als andere, was er erfunden hatte. Er versuchte, den Politikern klarzumachen, daß die Bombe unter Kontrolle gestellt werden müßte. Nichts außer Gerechtigkeit konnte bei den Politikern eine solche „Einmischung in ihre Angelegenheiten“ hervorrufen... In seinem dritten Leben trennte er sich nicht von der Physik, und bis zu seinem Tod gab er den Politikern immer wieder die



Chance, seine Ratschläge zu nutzen, doch von seiner hohen Warte aus wandte er sich schon direkt an unser Volk, an die Menschheit. Die Welt, unser Land lernten den gesellschaftlichen Denker und einen temperamentvollen Kämpfer von prophetischer Größe kennen.

Wissenschaftler... Bürger...
Künder einer neuen Welt...

Sacharow durchlebte gleichsam das Leben der Menschheit. Oder, was das gleiche ist: Mit seinem Leben bahnte er der Menschheit den Weg. Wie sieht dieser Weg aus?

Wenn man Probleme beim Formulieren hat, versteckt man sich nur zu gern hinter Fremdwörtern. Sollte man hier nicht das Wort „Konversion“ verwenden?

Im Nuklearzeitalter sind die Waffen an ihre Grenze gestoßen, wurden zu einem Absolutum, haben sich erschöpft. Außer einer Apokalypse kann man mit ihnen nichts erreichen. Das Jahrhundert der Waffen ist an seinem

Ende angelangt. Nötig ist eine Konversion!

„Konversion“ bedeutet ja vor allem Umwandlung. Erforderlich ist eine Umwandlung, d. h. eine Entmilitarisierung, eine Wende hin zum Frieden und zum Humanismus in allem – in Wirtschaft, Politik, Lebensweise und im Denken.

Im realen Leben erfolgt die Umstellung selbst von Rüstungsbetrieben überaus langsam und widersprüchlich, was nur die Größe der Aufgabe unterstreicht. Sacharow begann bei sich selbst, er konvertierte selbst.

Sacharows erste Verwandlung erinnert an den „Fall Oppenheimer“, an den Komplex Albert Einstein. Letzteres stellt ihn in eine Reihe neben Persönlichkeiten wie Tolstoi, Gandhi und Martin Luther King.

Im Genus kommt die Vielfalt der Menschheit zum Ausdruck. Der Genius ist Ausdruck der Universalität. Der Genius ist die Antwort der Menschheit auf die Grundfrage der Epoche.

Sacharows erste Konversion bedeutete, daß nicht die Physik, sondern die Politik unserem Land und der Menschheit Sicherheit bringen muß. Die zweite Konversion zeigte die Hauptstraße der Umwandlung der Politik – aus einem Instrument zur Erreichung der egoistischen nationalen und gesellschaftlichen Ziele hin zu allgemeinem menschlichen Werten, zum Humanismus.

Die NZ wird die Veröffentlichung von Sacharows Arbeiten fortsetzen.

Alexander
Pumpjanski

Foto: Juri Rost



Vorsitzender der Moskauer armenischen Kulturgesellschaft wurde der 46jährige **Wagan Emin**, Sohn des bekannten sowjetarmenischen Dichters Gework Emin und Enkel des Klassikers der armenischen Literatur Wagan Terjan.

Der Absolvent der Moskauer Hochschule für Internationale Beziehungen, Arabist und Spezialist für Völkerrecht arbeitete nach seinem Studium als NZ-Korrespondent in Ägypten.

Gegenwärtig unterrichtet er an der Lumumba-Universität der Völkerfreundschaft.

Das Erwachen des nationalen Selbstbewußtseins machte auch keinen Bogen um die armenische Diaspora. Die Tragödien von Spikak und Leninakan haben die Moskauer Armenier enger zusammenrücken lassen. Es entstanden Hilfskomitees, man sammelte Geld und leistete Dienst in Krankenhäusern... Auch Wagan Emin, dessen Name jedem Armenier geläufig ist, blieb nicht abseits.

In Moskau gibt es bereits sieben Schulen, in denen samstags und sonntags die armenische Sprache gelehrt wird. Konzerte, Vorlesungen und Abende werden organisiert. In den von der Organisation ins Leben gerufenen Sektionen arbeiten

bekannte Wissenschaftler und führende Spezialisten ökonomische, ökologische, soziale und kulturelle Projekte für Armenien aus. Juristen erweisen den Volksdeputierten der Unionsrepublik Hilfe.

Inzwischen erscheint bereits die Zeitung „Armjanskij westnik“ in armenischer und russischer Sprache. Geplant ist die Wiedereröffnung des Hauses der armenischen Kultur, das vor dem Krieg bestanden hat, sowie eine umfassende Verlagstätigkeit.

Der 60jährige Wirtschaftswissenschaftler **Valtr Komarek** wurde erster Vizepremier der Tschechoslowakei. Lange Zeit leitete er das Institut für Wirtschafts-



prognosen der AdW der CSSR und wurde ständig dafür kritisiert, er würde „68ern“ Unterschlupf bieten, d. h. jenen, die damals die Grundlagen für eine Wirtschaftsreform ausgearbeitet hatten, die nach dem „Prager Frühling“ demontiert wurde. Er war einer der eng-

sten Mitarbeiter von Ota Sik, dem „Vater“ der tschechoslowakischen Wirtschaftsreform. Ohne Unterstützung seitens der entmachteten politischen Führer, die der Ausarbeitung alternativer Projekte für die Entwicklung der tschechoslowakischen Wirtschaft aufgeschlossen gegenüberstanden, hatte es Komarek und seine Kollegen recht schwer. Sie blieben mit ihren Ideen einer radikalen Reform allein und mußten sich häufig gegen Verdächtigungen seitens der Machthaber zur Wehr setzen, die in ihnen Dissidenten vermuteten. Das „Hirn“ der Verfechter der Marktwirtschaft, dem neben Komarek Adolf Suk, Vaclav Klaus u. a. angehörten, exi-

stierte dennoch weiter.

Die Tatsache, daß sie nicht zu jenen gehörten, die 1968 auf dem „Säuberungsalter“ geopfert wurden, aber dennoch ihren Ansichten treu blieben, gibt einigen Anlaß, ihn als Galilei der Reform zu bezeichnen (wogegen Ota Sik mit Giordano Bruno verglichen wird, der auf dem Scheiterhaufen starb). Aber weder Galilei noch Komarek hatten ein leichtes Schicksal. Als Neunjähriger kam er in ein faschistisches KZ.

Antifaschistische Überzeugungen brachten ihn 1946 zur KPTsch. Und obwohl er nach dem „Prager Frühling“ nicht durch das Scherbengericht verurteilt wurde, kann man ihm keinesfalls vorwerfen, zusammen mit der Parteilinie geschwankt zu haben. Seinen neuen Posten, der ihm kein leichtes Leben verspricht, hat er auch ohne Schwanken angenommen, als neue Herausforderung des Schicksals.

Im Kino und im „Sessel“

Dem bekannten Film- und Theaterregisseur **Juli Gusman** ist es offenbar gelungen, kreative und administrative Tätigkeit unter einen Hut zu bringen. Schon seit anderthalb Jahren ist er Direktor des Zentralen Hauses der Filmschaffenden.

Juli Gusman gehört zu den Begründern des „Klubs der Lustigen und Findigen“ („KWN“). Das Fernsehen machte den damaligen Medizinstudenten aus Baku in der ganzen Union als einen der witzigsten Kapitäne von Studentemannschaften bekannt. Er verteidigte trotz allem sein Diplom sowie seine Dissertation auf dem Gebiet der Psychiatrie. Der Hang zur Kunst war allerdings stärker. Er belegte und absolvierte einen Regisseur-Hochschulkurs. Heute ist er ein erfahrener Meister seines Faches, der sechs Spielfilme und eine Vielzahl von Theaterstücken in Szene gesetzt hat. Direktor wurde er nach dem 5. Kongreß des Verbandes der Filmschaffenden der UdSSR, als der Vorstand des Hauses der Filmschaffenden, das vom Dramaturgen Viktor Mereshko geleitet wird, beschloß, einen Kollegen mit dieser Aufgabe zu betrauen.

Seither gibt es im Leben des Hauses der Filmschaffenden viele Neuerungen. Hier fanden die ersten Abende statt, die dem Schaffen von Alexander Solshenizyn und anderer im Ausland lebender Vertreter der russischen Kultur gewidmet waren. Hier fand der erste Nikita-Chruschtschow-Gedenkabend statt. Man gibt hier eine eigene Zeitung heraus, hier gibt es ein Theater (unter der Leitung von Sergej Jewlachischwili), und bald wird es auch ein eigenes Kabelfernsehstudio geben.

„Unser Unglück besteht darin, daß viele warten, bis man oben unsere Probleme löst“, meint Gusman. „Als Direktor werde ich mit denselben Schwierigkeiten konfrontiert, vor denen auch ein Politiker steht: Opposition von links, Opposition von rechts, keine verwendbaren Strukturen, der Sumpfhauch des administrativen Systems u. v. m.“

Zu den nächsten Plänen von Juli Gusman gehört die Inszenierung eines Musicals nach Motiven des Theaterstückes „Der Drache“ von Jewgeni Schwarz auf der Bühne des Kindertheaters von Dallas (USA) und sein sieben-



B. Balkarej

Der Name des deutschen Schriftstellers **Stefan Heym**, der früher viel bei uns übersetzt, später jedoch von allen Listen gestrichen wurde, taucht wieder in der Presse der DDR auf. Zusammen mit anderen Kulturschaffenden, Wissenschaftlern und Geistlichen unterzeichnete er die „Erklärung '89“, ein regelrechtes Manifest der Befreiung.

Helmut Flieg, so sein richtiger Name, legte sich in der Emigration das Pseudonym Stefan Heym zu. Schon 1931 wurde er für Gedichte verfolgt, die gegen den deutschen Nationalismus gerichtet waren. Nach seiner Übersiedlung in die USA arbeitete er an einer antifaschistischen Zeitung mit. In den USA gab er auch seinen ersten Roman in englischer Sprache heraus. Während des Krieges kämpfte er in den Reihen



der US-Army. Nach der Zerschlagung des Faschismus arbeitete er in einer Zeitung, die von den amerikanischen Besatzungsbehörden in München herausgegeben wurde, und beim Rundfunk. Der kalte Krieg machte ihn zur Persona non grata in den westdeutschen Massenmedien, was ihn zwang, erneut in die USA zurückzukehren. Als Zeichen des Protestes gegen den Koreakrieg gab er der US-Regierung alle militärischen Auszeichnungen zurück. Da bekam er es mit den McCarthy-Leuten zu tun. 1952 siedelte er in die Hauptstadt der DDR über. In den 50er Jahren wurde sein Schaffen hoch gewürdigt, darunter mit dem Heinrich-Mann-Preis. Bald aber gefiel seine kritische Betrachtungsweise auch den Behörden dieses Landes nicht mehr.

Sein 850-Seiten-Roman, Briefe aus der DDR, erschien 1988, als der Schriftsteller 75 Jahre alt wurde, in München. In Berlin war damals an eine Veröffentlichung noch nicht zu denken. Heym schreibt von sich, obwohl er in der dritten Person erzählt. Der Autor mehrerer historischer Romane, darunter „Kreuzfahrer von heute“ und „Goldsborough“ hat diesmal auf epische Motive verzichtet. Der mit S. H. bezeichnete Held verbringt in „Nachruf“ seine Tage wie ein Eingemauerter. Er

stößt auf eine Mauer der Entfremdung, eine Mauer des Autoritarismus und Bürokratismus, eine Mauer der Gleichgültigkeit der nichts verstehenden und schweigenden Masse. Selbst der kurze Augenblick der gesellschaftlichen Anerkennung, die den Helden auf den Gipfel des Ruhms trägt, entfremdet ihn den Menschen noch mehr, denn nun wird er zu einem Objekt des Neides, der Neugier und der Nachspioniererei. Ein Kapitel des Buches bilden die Notizen eines vom Helden im Garten gefundenen Blocks, den ein Stasiagent verloren hatte, der den Schriftsteller observierte...

Die aktive Einbeziehung von Stefan Heym in das öffentliche Leben hat gezeigt, daß in den vergangenen Monaten

nicht nur die Berliner Mauer gefallen ist, sondern auch die Mauer der Entfremdung, die bisher den Schriftsteller umgab.

Die junge italienische Schauspielerin **Alessandra Mussolini** fühlt sich immer etwas unwohl, wenn man ihren Namen nennt. Die Enkelin des Duce sagte, sie hätte es mit einem einfacheren Familiennamen bestimmt leichter gehabt. Sie beabsichtigt allerdings nicht, den Namen zu wechseln, weil sie der Ansicht ist, daß Alessandra Mussolini nie etwas Schlechtes getan habe. Die 25jährige Schauspielerin hatte tatsächlich Schwierigkeiten wegen ihres Großvaters bekom-



men, als sie vor fünf Jahren keine Rolle im Streifen „Der Untergrund von Assisi“ bekam, weil Verwandte von Juden, die während des Krieges umgekommen waren, dagegen protestierten, daß Alessandra ein Mädchen aus einer jüdischen Familie spielen sollte.

Das, was sie von ihrem Großvater weiß, den man 18 Jahre vor ihrer Geburt mit dem Kopf nach unten aufgehängt hatte, unterscheidet sich allerdings deutlich von der historischen Einschätzung: „Mein Vater erinnerte sich an ihn als einen guten Familienvater, einen impulsiven Menschen und Verehrer des weiblichen Geschlechts.“ Die amerikanische Wochenzeitschrift „People Weekly“ meinte allerdings, Alessandra habe weit erfolgreichere Verwandte. Die zauberhaften grünen ausdrucksvollen Augen habe sie von ihrer Tante Sophia Loren geerbt. Im Alter von neun Jahren spielte sie zusammen mit der Filmdiva in „Rot, weiß und ...“ 1977 spielte sie zusammen mit Sophia Loren und Marcello Mastroianni im Film „Ein besonderer Tag“, der eine Ironie des Schicksals, vom aufkommenden Faschismus handelt.

1985 nahm Alessandra an der Medizinischen Hochschule von Rom ein Studium auf. Sie will ihr Leben nicht als „kleine Laus“ verleben, weshalb sie trotz einer erfolgreichen Karriere als Schauspielerin ein Diplom erwerben will. Alessandra trinkt nicht, raucht nicht und wird wahrscheinlich auch nicht als „kleine Laus“ enden. Vor sechs Jahren wählte man sie zur schönsten Moderatorin eines italienischen Unterhaltungsprogramms. Kürzlich spielte sie die Hauptrolle in einem Reißer mit dem Titel „Der Weg nach Ain Horad“, die Rolle einer israelischen Soldatin, die sich in einen Journalisten verliebt hat. Vielleicht wird der Name Mussolini bei der neuen Generation weniger Erinnerungen an den Duce heraufbeschwören als vielmehr an seine bezaubernde und friedliebende Enkelin.

D. Rosental

Aus der Zeitung in die Regierung

Der „Prawda“-Korrespondent **Otachon Latifi** wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates der Tadschikischen SSR berufen.

Dieser Schritt soll ihn auf Herz und Nieren prüfen: Kritisieren kannst du, jetzt zeige auch, daß du in der Lage bist, Lösungen zu finden.

Nach dem Schulabschluß arbeitete er als Kolchosbauer und nahm danach ein Studium an der Leningrader Universität auf. Dann kehrte er in seine Heimat zurück und arbeitete als Redakteur im Verlag „Irfon“.

Er arbeitete für die Jugendzeitung der Unionsrepublik und im Apparat des ZK des Tadschikischen Jugendverbandes, schrieb für die „Komsomolskaja Prawda“ und bereiste in den vergangenen 16 Jahren die mittelasiatischen Unionsrepubliken als „Prawda“-Korrespondent.

Wenn in der „Prawda“ Beiträge von ihm erschienen, konnte man sicher sein, daß Fragen aufgeworfen werden, die nicht nur für Tadschikistan von Bedeutung sind. Er schrieb über das Nurek-Wasserkraftwerk und das Schicksal des Aralsees. Seine Reportage „Ein Kischlak in Duschanbe“ wurde sogar bei einer ZK-Sitzung der KP Tadschikistans erörtert. Man beschloß daraufhin, einigen Behörden die Flügel zu stutzen und mehrere Verwaltungsgebäude der öffentlichen Nutzung zu übergeben. So kam auch das wissenschaftlich-technische Jugendzentrum zu einem Dach überm Kopf. Der Artikel „Der Staudamm“ veranlaßte den Ministerrat der Unionsrepublik, das Programm der Wassernutzung zu revidieren.

„Im Ministerrat muß ich mich mit denselben Problemen befassen, über die ich in der Zeitung geschrieben habe“, sagte Otachon Latifi. „Zu meinem Aufgabenbereich gehören die Kultur, Künstlerverbände und gesellschaftliche Organisationen, das Gesundheits- und Sozialwesen, die Volksbildung, die Akademie der Wissenschaften und das Außenministerium. Meine Aufgabe besteht nicht darin, sie zu schulmeistern, sondern ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Ich fühle schon, daß ich mich bald um Unterstützung an die Presseleute wenden werde. Immerhin bin ich nach wie vor Vorstandsvorsitzender des tadschikischen Journalistenverbandes.“

V. Chalin



Umsteigen

Warum geht ein Regisseur aus einem berühmten Theater an ein weniger populäres? Wie sieht das Theater der Zukunft aus?

Der künstlerische Leiter des Jermolowa-Theaters
Wladimir Fokin antwortet auf Fragen des NZ-Korrespondenten

Sie begannen in einem so wunderbaren Theater wie dem "Sowremennik", heute sind Sie künstlerischer Leiter des Jermolowa-Theaters. Ohne die Verdienste des letzteren herabzuwürdigen, muß man doch aber zugeben, daß der "Sowremennik" ein Theater ist, mit dem eine ganze Epoche in unserer Kunst verbunden ist. Warum sind Sie da weggegangen?

Ich wollte natürlich vor allem selbständig werden. Man darf nicht vergessen, daß das im April 1985 war, damals wurden junge Leute nicht zu Chefregisseuren ernannt. Nennen Sie es, wie Sie wollen: den Wunsch, sich zu bestätigen, einen neuen Weg zu gehen. Wenn man 38 ist, und sich eine, vielleicht auch noch so illusorische Möglichkeit bietet, freier zu werden im eigenen Schaffen, überlegt man nicht lange. Es gab übrigens Einwände gegen meine Ernennung sowohl in der Theaterszene als auch im Stadtparteikomitee.

Sie haben das Theater gewechselt. Auch die Ansichten über das Theater?

Theater bleibt immer Theater. Eine andere Sache, wenn man den "Sowremennik" nimmt, so gründen sich seine Traditionen vor allem auf die Stücke, die staatsbürgerliche Positionen behaupten. Er erfüllte eine uralte Funktion, die der russischen Kunst eigen ist und die Gogol einst definierte: Theater ist eine Tribüne. Das war also vor allem ein Theater gesellschaftspolitischer Ausrichtung, das seine Hauptaufgabe im Dienst an der Gesellschaft sah. Wenn ich heute sage, daß sich die Zeiten geändert haben, so heißt das nicht, daß ich in den gesellschaftlichen Idealen enttäuscht worden bin oder den Glauben verloren habe. Nur, die Zeiten haben sich wirklich geändert. Und das Theater, wenn es nicht hinter der Zeit zurück bleiben will, und das will es natürlich nicht, muß umsteigen.

Was verstehen Sie darunter?

Erinnern Sie sich an unsere jüngste Vergangenheit. Man schlägt die Zeitschrift auf – Lügen, schaltet das Radio an – Lügen, geht auf Ausstellungen – auch Lügen. Die Menschen gingen um der Wahrheit willen ins Theater. Heute kauft man dafür Zeitungen oder schaltet den Fernseher an. Das heißt, heute muß sich das Theater meiner Meinung nach direkt mit dem Menschen befassen. Seine Seele ergründen, seine Mentalität.

Sie wollen das Theater wieder weg von der Publizistik, zurück zur rein künstlerischen Verarbeitung der Wirklichkeit führen?

Das ist bei uns oft so: Das eine bauen wir auf, das andere begraben wir. Publizistik

wurde in letzter Zeit zum Schimpfwort. Mir scheint, das sei nicht richtig, weil die Publizistik ein wunderbares Genre ist. Das Theater muß aber heute weitergehen, sich direkt mit Kunst befassen. Man darf nicht vergessen, daß es auch schöngestige Publizistik gibt. Das schließt aber nicht aus, daß sich einzelne Theater mit Politik beschäftigen. Überhaupt sollte der Sinn dieser neuen Sichtweise darin bestehen, daß alles Daseinsberechtigung hat. Wenn ein Theater ein politisches Stück aufführen will, bitte. Man soll nichts ausklammern. Der einzige Richter ist der Zuschauer.

Wer besucht heute Ihr Theater?

Die Zuschauer sind unser größtes Problem. Ich bin nicht ganz einverstanden mit der Meinung unserer Kritiker, daß das Theater heute insgesamt in einer Krise stecke und die Gleichgültigkeit der Zuschauer nur den Mißerfolgen des Theaters zuzurechnen sei. Das ist wohl nicht richtig. Es gibt auch noch die Krise des Zuschauers. Das ist meiner Meinung nach natürlich, weil man heute die Möglichkeit hat, auszuwählen. Bücher, Kino, Video... Es entstand ein Markt. Schlecht? Das ist herrlich. Es gibt Konkurrenz. Der Zuschauer wählt aus. Heute ist wohl die Zeit gekommen, da wir uns überlegen müssen, für wen und wofür wir die Stücke spielen. Wenn ich vor einigen Jahren auf der großen Bühne (für 800 Zuschauer) die "Einladung zur Hinrichtung" von Nabo-

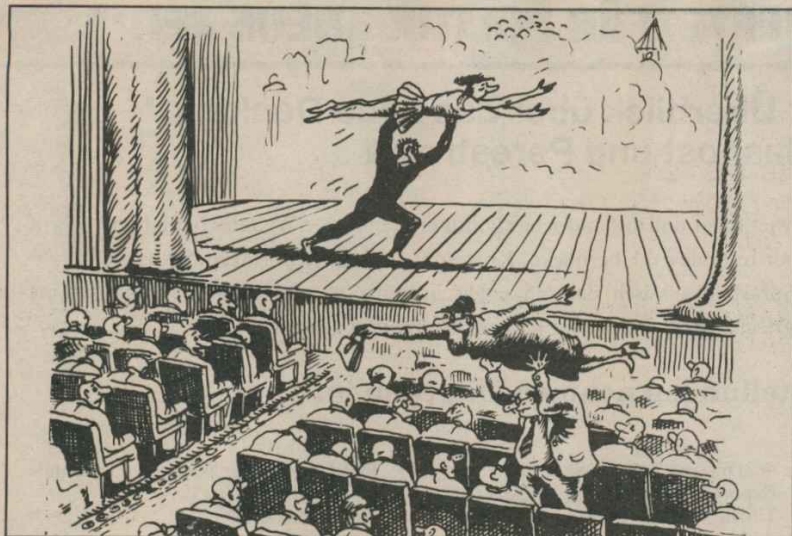
kow hätte inszenieren wollen, hätte ich mir keine Gedanken darüber gemacht, ob ich den Saal vollkriege oder nicht. Die Eintrittskarten wären weggegangen wie warme Semmeln. Heute, ungeachtet dessen, daß das immerhin Nabokow ist und sich unser Theater im Stadtzentrum befindet, kann ich dieses Stück nicht auf der großen Bühne inszenieren. Weil das ein elitärer Autor ist, der einen begrenzten Zuschauerkreis anspricht. Das Stück läuft im Saal für 150 Zuschauer.

Unsere Premiere "Unser Decamerone" nach einem Stück von Radsinski, das Roman Wiktjuk inszenierte, füllt im Gegenteil jeden Saal. Bei diesem Stück rennt man uns die Türen ein. Kitsch? Boulevard-Theater? Nennen Sie es, wie Sie wollen, doch der Saal ist voll.

Pluralismus im Repertoire setzt eine starke Schauspielertruppe voraus. Wenn ein und derselbe Zuschauer nicht zu zwei verschiedenen Aufführungen geht, kann in ihnen denn ein und derselbe Schauspieler mitwirken?

Ich denke, daß sich überhaupt unsere Wechselbeziehungen zu der Truppe, unsere internen Theatergesetze verändern sollten. Wir sind heute praktisch frei. Haben alles bekommen, dürfen den Lohn in der Höhe zahlen, wie wir das für richtig erachten. Wir können selbst den Stellenplan ändern, die Zahl der Aufführungen festlegen. Wir machen alles selbst, außer einem. Wir können keinen guten Schauspieler am Theater halten und keinen schlechten rauswerfen. Also das Problem der Beziehungen zwischen mir als künstlerischer Leiter und der Truppe blieb ungelöst. Ich kann niemanden rauswerfen, wenn jemand nicht gerade säuft, und kann keinen guten Schauspieler halten, der zum Film geht. Wir haben die Verträge nicht, von denen wir immer reden und ohne die es letztlich nicht geht. Jetzt kann man Kontrakte noch nicht einführen, denn die sozialen Bedingungen sind nicht reif, es fehlt der Rechtsschutz für die Persönlichkeit. Eine Menge Leute werden einfach auf der Straße landen. Sie können doch aber nichts... Solange dieses Problem nicht gelöst ist, haben wir nicht die Möglichkeit, normal zu arbeiten. Wenn ich zum Beispiel sage, daß ich dem und dem 500 Rubel mehr zahlen möchte, weil mit ihm das Repertoire steht und fällt, bekomme ich gleich zu hören: Nichts da. Alle müßten mehr kriegen, jeder 15 Rubel. Und an dieser Gleichmacherei kränken alle Theater, außer den neuen Studiotheatern, die auf Vertragsbasis arbeiten. Nur unter der Bedingung, daß man selbst die Truppe zusammenstellen und Schauspieler unter Vertrag nehmen kann, hat man die Möglichkeit, eine optimale Zusammensetzung für jedes Theaterstück zu fin-





Zeichnung: Wladimir Nenaschew

den. Das ist übrigens auch das Kernstück meiner Idee, ein Theater- und Kulturzentrum zu gründen.

Was ist das für eine Idee?

Unser Zentrum ist gedacht als ein Ort, wo sich die Kultur nicht aufs Theaterspielen beschränkt. Hier gibt es alles: von Ausstellungen bis zu Videoclubs und Bibliotheken. Dafür ist eine Rekonstruktion nötig. Kann sein, das übernimmt eine ausländische Firma. Wir wollen, die Fassade erhaltend, ein völlig neues Gebäude errichten. Dort wird es vier Bühnen geben, mit Zuschauerräumen für 400, 200 und 100 Besucher. Dazu die Räumlichkeiten für Ausstellungen, ein Videoteater und ein Hotel der Spitzenklasse. Ein kleines komfortables Hotel für ausländische Gäste, das die Finanzen unseres Zentrums auffüllen helfen soll.

Warum gehen Sie von der üblichen Form des Theaters ab?

Die Leute werden hierher mit ihren Familien kommen. Ich möchte in unserem Zentrum eine Ausbildungsstätte für Kinder aufmachen, die sich nicht nur aufs Theaterspielen spezialisiert, sondern eine breite ästhetische Bildung vermittelt. Auf den Bühnen des Zentrums werden übrigens nicht nur Theaterfestivals stattfinden.

Sie hoffen damit dem Theater eine Möglichkeit geben zu können, mit Kino, Video und Musikshows zu konkurrieren?

Unbedingt. Auf der ganzen Welt gibt es schon derartige Zentren. Man muß den Leuten das Recht geben, auszuwählen. Das Theater darf sich heute nicht eingeln. Wir verändern uns, und wer das nicht wahrhaben will, ist verurteilt. Ich möchte eigentlich noch folgendes bemerken: Wenn wir Künstler nicht aufhören,

von der Vergangenheit zu zehren, wobei ich keineswegs dazu aufrufe, die Vergangenheit zu vergessen, wenn wir nicht aufhören, ständig davon zu reden, sich herauszustellen als Helden, die sich mit Ministerien und Behörden herumschlagen, so ist das in künstlerischer Hinsicht unser Ende. Diese Gefahr wird deutlich sichtbar in den Werken einiger unserer Dissidenten. Sie treten auf der Stelle und können nicht vorwärtskommen.

Mit anderen Worten, Sie meinen, daß sich viele Künstler an der eigenen Abrechnung mit der Vergangenheit festgebissen haben?

Wissen Sie, man hat das leidenschaftliche Vor-die-Brust-Schlagen satt: Wie schwer wir es hatten und was wir doch für ungewöhnliche Menschen sind. Das ist Vergangenheit. Wir müssen heute leben.

Wie sieht Ihr Heute aus?

Ich arbeite an dem Stück „Die Besessene“ von N. Klimontowitsch nach dem „Idiot“ von Dostojewski. Übrigens habe ich vor kurzem dieses Stück in Japan inszeniert. Ich werde nicht erzählen, wie interessant das war und was das für ein herrliches Land ist. Vom rein beruflichen Standpunkt aus ist das japanische Theater ein ganz besonderes. Der wichtigste Unterschied sind nicht die verschiedenen kulturellen Wurzeln und Traditionen, das ist normal. Was verblüfft, ist die Einstellung der Schauspieler zu ihrem Beruf. Die Leute bekommen kein Geld, bevor nicht das Stück steht. Erst wenn es auf den Spielplan kommt, aufgeführt wird, die Zuschauer kommen und Einkünfte erzielt werden, gibt es die Gage. Es gilt als völlig normal, daß die Schauspieler Nebenverdienste haben. Ich habe selbst gesehen, wie ein ausgezeichnete Schauspieler nachts in der Bar arbeitet, eine Schauspie-

lerin Zeitungen austrägt. Das Theater ist für sie etwas Heiliges, etwas Wertvolles. Nicht ein Ort, wo man Geld verdient, keine Dienststelle. Eine erstaunlich hohe Disziplin und Organisiertheit.

Heißt das, daß der Professionalismus nicht von der Höhe des Verdiensts abhängt? Wir hegen doch gerade in dieser Hinsicht so große Hoffnungen...

Irgend etwas ist mit uns geschehen. Vielleicht begreifen wir selbst nicht die ganze Tragik... Unsere Senioren aber... Seinerzeit war es im Künstlertheater nicht erlaubt, von drei Uhr bis zu Beginn der Abendvorstellung einen Schauspieler anzurufen. Er erholte sich, bereitete sich vor, stimmte sich auf das Theaterstück ein. Heute kommt der Schauspieler vom Fernsehen oder vom Filmstudio manchmal gerade so ein paar Minuten vor dem ersten Akt angerannt. Der Lebensrhythmus hat sich verändert? Teilweise wahr. Doch da ist noch etwas anderes. Wir haben die innere Ruhe verloren. Alle haben sie verloren. Ob wir sie wieder erlangen können, wird die Zeit zeigen.

Scheint Ihnen nicht, daß Dostojewski ein Autor für europäische Bühnen ist?

Dostojewski ist ein Schriftsteller für alle, ich will jedoch niemanden zwingen, den „Idiot“ auf russisch zu spielen. Dort gibt es eine prächtige Truppe mit zwei Stardarstellern. Ohne ihre Teilnahme kann man kaum mit Erfolg rechnen. Der dortige Zuschauer steht teilweise ganz im Banne der Werbung. Deshalb spielen durchaus nicht die künstlerischen Faktoren die größte Rolle, sondern die Art der Bühne, für wieviel Stücke sie berechnet ist, wieviel das kostet. Obwohl natürlich das Stück selbst und der Schlüssel zum Erfolg von entscheidender Bedeutung sind – die Idee, der man es zu verdanken hat, daß der „Idiot“ dem japanischen Publikum nahegebracht wird. Wahrscheinlich spielen meine Erfahrungen bei der Arbeit im Ausland ebenfalls eine Rolle. Ich habe bereits Stücke in Polen, Ungarn und den USA inszeniert.

Ist eine solch aktive Tätigkeit auf Bühnen im Ausland nicht ihrer Arbeit im Jermolowa-Theater hinderlich?

Sie hilft mir sogar. Mir sind aber solche Befürchtungen bekannt. Mit diesen Fragen meint man immer indirekt, ich sei des Verdienstes wegen ins Ausland gegangen. Das hat so einen abwertenden Beigeschmack. Ich antworte gewöhnlich darauf, daß, wenn man mich einlädt, meine Arbeit offensichtlich konkurrenzfähig sei. Von solchen Reisen kommt man immer mit neuen Ideen, neuen Kräften und großem Arbeitshunger zurück...

Das Gespräch führte
Anatoli Tschebotarjow

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK „NEUE ZEIT“:

Ein aktueller Überblick über das neue Denken, Glasnost und Perestroika

Die „**Neue Zeit**“ bringt Beiträge sowjetischer und ausländischer Politiker, namhafter Wissenschaftler und Schriftsteller, führender Journalisten, ferner Interviews, Überblicke, Korrespondenzen, Reportagen und Glossen.

Die „**Neue Zeit**“ erscheint in zehn Sprachen: russisch, deutsch, englisch, französisch, spanisch, portugiesisch, italienisch, polnisch, tschechisch und griechisch. Sie hat Leser in mehr als hundert Ländern.

Bestellungen nehmen entgegen in:

BELGIEN (620 bfr.)

- Librairie du Monde Entier, rue du Midi, 162, 1000 Bruxelles.
- Association Belgique – URSS, 21, rue du Meridien, B-1030 Bruxelles.
- Agence et Messageries de la Presse 1, Rue de la Petite-Ile, B-1070, Bruxelles

BUNDESREPUBLIK

DEUTSCHLAND (58 DM)

- VVG Verlags- und Vertriebsgesellschaft m. b. H. Xantener Str. 7 Postfach 10 15 55 4040 Neuss 13
- Lange & Springer GmbH & Co. KG Postfach 10 16 10 5000 Köln 1
- Kubon und Sagner GmbH Postfach 34 01 08 8000 München 34

DÄNEMARK (150 dkr.)

- „Sputnik“ International Vester Voldgade 11 1552 Copenhagen K
- „Akademisk Boghandel“ Universitetsparken, 8000 Aarhus C

DDR – alle Postämter

HOLLAND (52 hfl.)

- Pegasus Boekhandel Leidsestraat 25 1017NT Amsterdam
- Swets Subscription Service 347b. Heerweg Lisse-Holland

JUGOSLAWIEN

- „Jugoslovenska knjiga“, 11 000 Beograd, Trg. Republike, POB 36
- Prosveta Export-Import Agency, 11 001 Beograd, Terazije 16/1.
- „Mladost“, Export-Import 41 000 Zagreb, Ilica, 30

- „Drzavna Zalozba Slovenije“, Export-Import, 61 001 Ljubljana, Titova 25. P. O. B. 50-1.
- „Veselin Maslesa“ OOUR Jzvoz-Uvoz Ulica Jna 42 71 000 Sarajevo, SFRY
- Knigoizdatelstvo Makedonska Kniga Otdelenije za Stranska literatura Ulica Tiranska b.b. 91 000 Skopje, SFRY

LUXEMBURG (620 bfr.)

- Messageries Paul Kraus, Case Postale 2022, 5, rue de Hollerich Luxemburg-Gare

NORWEGEN (130 nkr.)

- „Narvesens“ Info Center P. O. Box 6125 Etterstad, Oslo

ÖSTERREICH (240 ÖS)

- „Globus“-Vertrieb ausländischer Zeitschriften, Höchstädtplatz 3, A-1206 Wien.
- „Das Internationale Buch“, Trattnerhof 1, A-1010 Wien 1

POLEN – Niederlassungen, Postämter und internationale Presse- und Bücherklubs

SCHWEIZ (40 SF)

- Cobram, CP 117 CH 1211 Geneve 1MB.
- Pinkus Genossenschaft Froschaugasse 7 8025 Zürich 1

TSCHECHOSLOWAKEI

- PNS-UED Jindiska 14, Praha 1
- PNS-UED Gottwaldovo nam. 6. Bratislava

UNGARN – alle Postämter

USA (23.00 Dollar)

- Victor Kamkin, Inc. 12224 Parklawn Drive Rockville, Md. 20852

BERLIN (WEST) (58 DM)

- „das europäische buch“ Thielallee 34, 1000 Berlin 33 West.
- Buchhandlung Elwert & Meurer, Hauptstraße 101, 1000 Berlin 62 West

Bitte diesen Kupon ausschneiden, auf eine Postkarte kleben und an eine der obenangeführten Firmen einsenden.

Herrn / Frau / Frl. / Fa. / Buchhdlg.

Name: Vorname:

Anschrift:

Abonnementbestellung

Anzahl: Titel:

Preis:

BEZUGSZEITRAUM

1 Jahr 2 Jahre 3 Jahre Datum

Bitte Entsprechendes ankreuzen Unterschrift



Neue Möglichkeiten für Geschäftsleute



Die Internationale Handelsverwaltung der Zivilluftfahrt (MKU GA) hilft Ihnen, Ihre Probleme beim internationalen Lufttransport und bei der Gründung von Gemeinschaftsbetrieben mit ausländischen Partnern zu lösen.

MKU GA



wickelt jede außenwirtschaftliche Tätigkeit der Zivilluftfahrt ab, inklusive Lufttransport und Service in der UdSSR und im Ausland; Devisen- und Finanzverrechnungen; Abschluß von Verträgen und Vereinbarungen; Werbung für Lufttransport und Service; technische Hilfe für sowjetische und ausländische Organisationen, Firmen und Einzelpersonen bei Wartung und Reparatur von Flugtechnik, bei Lieferungen von Ausrüstung und Material und bei der Ausbildung von Fachleuten.

Einen Geschäftspartner wie MKU GA zu haben, bedeutet schnellen und effektiven Zugang zu direkten Geschäftsverbindungen mit Luftfahrtgesellschaften, Firmen und Organisationen in fast 100 Ländern ohne zusätzliche Ausgaben.

Wenn Sie mit uns zusammenarbeiten wollen, schreiben Sie uns:
125167 Moskau, A-167, Leningradski Prospekt 37
Internationale Handelsverwaltung der Zivilluftfahrt

Telefon: 155 66 47
Telex: 411 969

АЭРОФЛОТ
Soviet airlines



GESCHÄFTSLEUTE, TOURISTEN!

Aeroflot bietet ge
Airlines und All N
Fluglinie an: Wier
dem 16. Juli 1989
der komfortable Airbus A-310 zur Verrugung.
Abflug aus Wien dienstags und sonntags,
aus Tokio montags und mittwochs.

14159.2
UTPATEL/C
1055 3016 4964

100 000 002

MTZR 11



АЭРОФЛОТ
Soviet airlines

AUSTRIAN AIRLINES

ANA

Die Verbindung Wien – Tokio via Moskau ist besonders
bequem für Fluggäste aus der Bundesrepublik
Deutschland, der Schweiz, Spanien und Italien.

*Flugplan der neuen Linie

Flug OS/NH/Su-555		Flughäfen	Flug NH/OS/Su-556	
Ankunft	Abflug		Abflug	Ankunft
-	11.25	WIEN	-	17.30
15.50	17.15	MOSKAU	16.25	15.20
08.00	-	TOKIO	09.50	-

*Ortszeit

**TRANSIT DURCH DIE UdSSR –
DER KÜRZESTE UND BEQUEMSTE WEG
AUS WESTEUROPA NACH JAPAN UND ZURÜCK!**